



Der Reichskanzler und die Freisinnigen.

Die sogenannte Absage des Herrn von Caprivi an die Freisinnigen, welche in der Sonnabend-Sitzung des Reichstages vom Stapel ging, wird, wie es nicht anders zu erwarten war, von den ehemaligen Cartell-Organen der verschiedensten Parteistellungen als ein außerordentliches, sehr erfreuliches und rühmenswerthes Ereignis bejubelt. Sie mögen sich im Innern bereits weitverbreiteten Hoffnungen hingeben, daß die eines seligen Todes verblichene Cartellwirtschaft eine würdige Auferstehung feiern werde, daß die privilegierte Gesinnungstüchtigkeit von Neuem zur Herrschaft im Parlament und in der regierungsfreundlichen Presse berufen sei. Sie begrüßen die Rede des Reichskanzlers als eine Klärung der Situation. Gerade mit dieser Ausrufung aber gestehen sie selber zu, daß sie es gewesen sind, in deren Auffassung die Situation sich dermaßen verdunkelt hatte, daß sie einer Klärung durch einen solchen unmotivierten Vorstoß des Regierungschefs auf die Freisinnigen bedurft. Sie standen in ihrem Denken und Empfinden noch vollständig unter dem Banne des Bismarck'schen Regimes; sie konnten es nicht begreifen, daß es im Deutschen Reich und in Preußen eine Regierung geben sollte, welche nicht bei jeder ihr in den Kram passenden Gelegenheit die begeisterte Zustimmung zu ihren gesetzgeberischen Vorschlägen als Prüffeld für den Patriotismus und den staatsverhaltenden Charakter einer Partei hinstellte und unter allen Umständen die freisinnige Partei, insbesondere ihren erprobten Führer Eugen Richter, mit persönlichen Angriffen regalierte. So lange das nicht geschah, erschien ihnen die conservative Regierung nicht conservativ genug und im Grunde nicht regierungsfähig. Sie täuschten andere und vielleicht auch sich selbst mit dem Märchen, daß die deutschfreisinnige Partei mit der Regierung oder die Regierung mit der deutschfreisinnigen Partei Fühlung suche; das war natürlich das Allergeringste, was sich ihre Phantasie ausdenken konnte. So können sie nunmehr glücklich darüber sein, daß die Rede des Herrn v. Caprivi die von ihnen zur Discreditierung seiner Regierungsmaßnahmen erdachte Mythe gründlich zerstört hat.

Die Stellung, welche die freisinnige Partei der neuen Regierung gegenüber eingenommen hat, haben die Abgeordneten Richter und Richter in ihren Erörterungen auf die Provocationen des Reichskanzlers präcis dargelegt. Es hat niemals, wie Richter treffend bemerkte, ein gemeinsames Tafelgeschick zwischen beiden bestanden, so daß es auch nicht zerschnitten werden konnte. Die Freisinnigen sind genau so, wie sie es stets unter der Antiführung des Fürsten Bismarck gethan haben, in eine sachliche Prüfung der vom Reichskanzler und Ministerpräsidenten von Caprivi vorgelegten Gesetzesentwürfe eingetreten; sie haben dasjenige gebilligt, was ihrer Meinung nach für die Wohlfahrt des Reichs und Staats zuträglich ist, und gegen dasjenige Opposition gemacht, wovon sie nicht die Ueberzeugung zu gewinnen vermochten, daß es sich als ein Fortschritt zum Besseren darstelle. Sie waren ganz im Allgemeinen erfreut darüber, daß die innere preussische Gesetzgebung, welche in den vorhergehenden zwölf Jahren vollständig ins Stocken gerathen war, wiederum mit Energie und Eifer in Gang gebracht wurde. Sie konnten an mancher Abweichung, welche der Kurs der neuen Regierung von demjenigen der alten zeigte, ihr Wohlgefallen finden, und sie hatten nicht die mindeste Veranlassung, daraus ein Hehl zu machen. Sie glaubten vor Allem ihrer Verriedigung darüber Ausdruck geben zu müssen, daß der Ton, welchen der Reichskanzler bisher der parlamentarischen Opposition gegenüber angeschlagen, ein loyalere und für das Gemeinwohl erspriechlichere war, als der unter dem Fürsten Bismarck beliebte. Ob die Ausfälle des Reichskanzlers vom Sonnabend einer vorübergehenden Verstimmung entsprungen waren, ob sie nur einem bestimmten politischen Zweck dienen sollten, oder ob sie eine völlige Wandlung des fast ein Jahr lang festgehaltenen Verfahrens bedeuten, wird die Zukunft lehren. Für die sachliche Stellung der Freisinnigen zu den Absichten der Regierung aber ist es durchaus belanglos, welchen Weg diese Entwicklung nimmt.

Die Rede des Herrn v. Caprivi hat auch den Beifall des Moniteurs des Fürsten Bismarck, der „Hamburger Nachrichten“, gefunden. Das ist nun freilich kein Wunder. Bestritt doch der Kanzler das ein Kampf zwischen ihm und seinem Vorgänger besthe. Und wenn man die Worte strikt nimmt, so hat er mit dieser sophistischen Fassung sicherlich Recht. Zu einem Kampf gehören immer zwei. In dem vorliegenden Falle jedoch gab es eigentlich nur einen leidenschaftlichen und unermüdeten Angreifer, während sich der Angegriffene so gut wie völlig passiv verhielt. Daß aber Fürst Bismarck eine ganze Reihe der Regierungsmaßnahmen seines Nachfolgers durch eine erbitterte Kritik bekämpft hat, wird Herr von Caprivi gewiß nicht in Abrede stellen. Allein abgesehen hiervon — die „Hamb. Nachr.“ und ihr Inspirator haben allen Grund, zufrieden zu sein. Die Rede des Reichskanzlers zeigte ihn als einen gelehrigen Schüler des Fürsten Bismarck, sie nahm sich aus wie eine Capitulation des Systems Caprivi vor dem System Bismarck. Herr v. Caprivi suchte aus dem ihm von seinem Vorgänger überkommenen Inventar ein paar staubbedeckte Schlagworte hervor und probirte, ob sie sich nicht wieder aufrechten ließen. Er erparte es sich, eine Widerlegung der von Richter in aller Ruhe und Objectivität gegen die Regierungsvorlage und ihre Verschlimmerungen ins Feld geführten sachlichen Gründe zu versuchen, sondern schleuderte gegen die freisinnige Partei und ihren Führer Anklagen, die mit der Sache absolut nichts zu thun hatten. Er machte ihr ihre oppositionelle Haltung zum Vorwurf, als wäre es nicht selbstverständlich, daß eine entschieden liberale Partei einer conservativen Regierung oft ihre Unterstützung wird vorenthalten müssen, ebenso wie eine liberale Regierung sicher nicht auf die Gefolgschaft der Conservativen Anspruch erheben dürfte, als könne er es nicht begreifen, daß jemand überzeugungstreue genug sein könne, um selbst der Regierung zu Liebe nicht seinen Standpunkt aufzugeben. Das waren Bismarck'sche Klänge. Und sie wurden von den „Gesinnungstüchtigen“ verstanden. Noch immer laßt dumpf auf den Gemüthern die unter dem Regime Bismarck großgezogene Verwirrung, welche kein größeres politisches Vergehen kennt als Ueberzeugungstreue.

In dem Reigen der sich an der Caprivi'schen Rede erbauenden cartellistischen Blätter fehlt natürlich auch die „Schlesische Zeitung“ nicht. Sie hat viele Monate hindurch dem neuen Laufe der Dinge

gegenüber ein undurchdringliches Stillschweigen bewahrt. Sie war sich offenbar nicht klar darüber, ob sie mit fliegenden Fahnen in Caprivi's Lager übergehen oder sich grollend bei Seite halten sollte. Erst kürzlich hat sie sich bewogen gefühlt, in einem vorsichtigen programmatischen Artikel zu verathen, daß sie doch lieber mit Herrn von Caprivi practiren wolle. Jetzt ist sie aber von allen Beschränkungen befreit. Von den Vorgängen in der Sonnabend-Sitzung sagt sie, daß sich „ein Stück Zeitgeschichte“ in ihnen wiederpiegle, was sich übrigens von allen politischen Vorgängen behaupten läßt. Sie erklärt es als „charakteristisch für die Gestaltung unserer politischen Verhältnisse, daß die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt war, die freisinnige Gefolgschaft energisch abzuschütteln“ — was es damit auf sich hat, ist schon zur Genüge erörtert — und beschäftigt sich dann des Weiteren eingehend mit dem Abgeordneten Richter. Sie läßt seinen hervorragenden Fähigkeiten nach mancher Richtung Gerechtigkeit widerfahren, um für ihre späteren Angriffe den Schein objectiver Würdigung zu gewinnen. „Wenn absolute Rücksichtslosigkeit“, sagt sie, „bedeutende Specialkenntnisse und Befähigung zu sachlicher und persönlicher Polemik als die einzigen Erfordernisse für den Beruf eines Volksvertreters anzusehen wären, so müßte Eugen Richter als der bedeutendste deutsche Parlamentarier bezeichnet werden.“ Darin hat sie gewiß Recht, daß wer auf diesen Ruhmesstiel Anspruch macht, noch andere Eigenschaften besitzen muß, nämlich Muth und Treue der Ueberzeugung. Und daß Richter auch diese Eigenschaften besitzt, ist es grade, was mit in erster Linie seine Bedeutung ausmacht und den Zorn seiner Gegner weckt. Die „Schles. Ztg.“ bemüht sich, ein „klug berechnetes Verhalten des Abgeordneten Richter“ zu construiren, welches die angebliche Verschleierung des wirklichen Verhältnisses der Regierung zur freisinnigen Partei hervorgerufen habe. Mag sie in einer solchen Annahme einen späten Trost für ihre langen Nothe finden — wir werden sie nicht darin stören. Jedenfalls werden wir sie aber nunmehr wohl wieder sich frohlich auf dem alten Steckenpferde tummeln sehen.

Deutschland.

XX Berlin, 2. März. Von 149 862 M. auf 2 064 286 M. ist ein so weiter Sprung, daß ihn selbst die im Großen und Ganzen sehr militärfreundliche Budgetcommission des Reichstages nicht mitmachen wollte. Es handelt sich bei dieser Positionssteigerung im Militäretat um die Gewährung von Vergütungen zur Anschaffung von Dienstpferden für alle berittenen Offiziere. Die Budgetcommission hat jedoch die erbetenen Pferdegelder nur für die berittenen Infanterieoffiziere vom Stabs-Offizier abwärts (und Ausschluß des Regimentscommandeurs) bewilligt. Mit dieser Streichung stimmte auch die freisinnige Partei für die Bewilligung. Die Abgeordneten Hünze und Richter legten die Gründe für diese Beschränkung der Bewilligung in einleuchtender Weise dar. Den provocationistischen Ausführungen des Abgeordneten von Frege, welcher der Linken unterstich, sie habe aus Fraktionspolitik ein weitergehendes Bedürfnis nicht anzuerkennen gerührt, trat, noch bevor ein freisinniger Redner hierauf etwas erwidern konnte, mit großer und dankenswerther Entschiedenheit Freiherr von Huene entgegen, der sich heute in der Rolle eines Oppositionsmannes gefiel. (Hervorgehoben zu werden verdient, daß auch Motive gegen die weitergehende Forderung der Regierung mit der Commission stimmte.) Es wäre zu wünschen, daß Herr von Huene erfreuliche Annahmen der geschilderten Art öfter hätte. Von diesem Zwischenfall abgesehen, verhielt sich heute wiederum das Centrum in hohem Grade „bewilligend“, selbst gegenüber der Forderung der Mehrkosten für zwei neu zu errichtende Unteroffizier-Vorschulen in Jülich und Wolsau, obwohl bei der Errichtung der Vorschule in Neubreisach seinerzeit vom Centrum die entschiedensten Bedenken gegen die Unteroffizier-Vorschulen geltend gemacht worden sind.

Einen ansehnlichen Raum nahm heute die Debatte über eine Frage ein, die man als die militärische „Inzucht“ bezeichnen könnte und thatsächlich bezeichnet hat. Den Ausdruck fand der General Vogel v. Falkenstein, der Erfinder der „Feriencolonien“, nicht schön; gut; mindestens ist er treffend, und in einem Zeitalter, in dem Darwin bereits in den Theatercouplets zum Gemeinplatz geworden ist, soll man sich vor millionenfältig ausgesprochenen naturwissenschaftlichen Sachausdrücken nicht fürchten. Gegen die militärische Inzucht also in Cadettenhäusern und Unteroffizierschulen läßt sich viel sagen und ist viel gesagt worden. So lange aber auf das potenzierte Standesbewußtsein derer vom Militär, das leider von einem einseitigen Kasinogeist, der in die moderne Welt und in ein auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhendes Heer schlecht hineinpaßt, nicht immer gehörig unterchieden werden kann, so lange auf dieses hochgefeigerte Standesbewußtsein ein übertriebener Werth gelegt wird, so lange wird der Militarismus freilich auf diese einseitig-militärischen Fachschulen nicht verzichten wollen. Auch wird ja stets mit Nachdruck betont, daß es der Staat den Offizieren schuldig ist, ihnen seinen Dank für ihre Dienste durch billige Ausbildung seiner Söhne noch über die Gewährung des Gehalts hinaus abzustatten. Was diese Vergünstigung in Baar bedeutet, mag man daraus ersehen, daß in den Cadettenhäusern zur Zeit 72 % aller Stellen, Freistellen (6 %) oder solche Stellen sind (66 %), welche zu einem Pensionsfuß von 202 Mark vergeben werden. So billig kann kein steuerzahlender Bürger sein Kind, wenn es eine höhere Schule besucht, erhalten, denn zumeist beträgt das Schulgeld allein (die Cadettenhäusern entsprechen dem Lehrplan eines Realgymnasiums) 90 oder 100 Mark. Von Seiten der Militärverwaltung wird weiter gesagt, aus dem Bürgerthum strömten dem Militär nicht soviel Offiziersaspiranten zu, daß man die Cadetten-Ausbildung einschränken könnte. Dieser Behauptung gegenüber wäre darauf zu verweisen, daß Fälle bekannt geworden sind, in denen man junge, sich zum Offiziersdienst meldende dienstfähige Leute bei einem Regiment nach dem andern abgelehnt hat aus Rücksichten, die ein unbefangener Laienverstand nicht begreift. Es machen sich bei solchen Gelegenheiten häufig Anschauungen über die sociale Stellung der Väter der betreffenden Aspiranten geltend, die deutlich beweisen, daß eine von Vorurtheilen freiere Beurtheilung dieser Dinge durch die zuständigen Instanzen wohl am Platze wäre. Praktisch wäre es, eine Liste derjenigen Verufe aufzustellen, denen principell die Väter solcher Söhne nicht angehören dürfen, die sich zur Offizier-Carrière melden. Man würde alsdann ersehen, daß manche Regiments-

Commandeure da Bürger zweiter Klasse seien, wo einem Nichtmilitär diese unter Umständen sehr kränkende Unterscheidung ganz und gar nicht in den Kopf will.

Eine interessante Episode erregte heute die Aufmerksamkeit der Linken. General Vogel v. Falkenstein machte den Versuch, seinen berühmten gewordenen Ausspruch über die „Feriencolonien“ zu mildern. Er behauptete, gesagt zu haben: im Vergleich zu vielen Fabrikarbeitern seien die Soldaten in hygienischer Beziehung in den Kasernen wie in einer Feriencolonie aufgehoben. Demgegenüber konnte Richter auf Grund stenographischer Aufzeichnungen dem General nachweisen, daß sich derselbe in diesem Falle irrte. Von Fabrikarbeitern war damals absolut nicht die Rede; wohl aber davon, daß die Soldaten in der Kaserne so viel Fleisch essen könnten, wie sie wollten, daß manche vom Commisbrot so fett werden, daß sie plagen: das waren die Merkmale der Vogel von Falkenstein'schen „Feriencolonien“. Das schöne gestülpte Wort wird also seinen uneingeschränkten Werth behalten!

[Tages-Chronik.] Es wurde bereits kurz mitgetheilt, daß nach der „B. Z.“ zwischen Berlin und Friedrichshagen ein lebhafter Meinungsaustrausch stattgefunden habe. Die Mittheilung des genannten Blattes, die ihm angeblich „von besser Seite“ zugeht, lautet wörtlich folgendermaßen: „Der äußere Schein spricht gegen die Meldung aus Hamburg, demnach die Meinungsäußerungen des Fürsten Bismarck in Zukunft spärlicher fließen würden. Die „Hamburger Nachrichten“ der letzten Tage enthalten nicht weniger als fünf Artikel, bei denen die Ansichten des Fürsten maßgebend für Abfassung und Aufnahme gewesen sein mochten. Gleichwohl kann die erst erwähnte Hamburger Meldung eine gewisse Begründung haben. Wir glauben aus lauterster Quelle zu schöpfen, wenn wir mittheilen, daß ein freundschaftlicher Gedankenaustausch zwischen Berlin und Friedrichshagen erfolgt ist, — wenn auch nicht in den „letzten Tagen“, so doch in einer Zeit, die auf das Erscheinen der oelbemerkten Stellungnahme der „Hamb. Nachr.“ gegen wichtige Theile der Preussischen Reform- und gegen die Deutsche Handelspolitik folgte. Ebenso zutreffend dürfte unsere Information weiterhin sein, welche bestätigt, daß Fürst Bismarck sich dagegen verwahrt habe, seinem Nachfolger in der Regierung Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Man darf sich der Erwartung hingeben, daß der einmal wieder angeknüpfte Verkehr zwischen Berlin und Friedrichshagen zur Folge hat, daß der Altreichskanzler die Intentionen seines Nachfolgers fernerhin aus unmittelbaren Mittheilungen zu beurtheilen in der Lage bleibt und daß nun auch die auf ihn zurückgeleiteten Rundmachungen der Presse vor mißverständlichen Auslegungen geschützt sein werden.“

Die „Nat.-Ztg.“ bringt folgende Mittheilung: „Friedrich Spielhagen hat sein Trauerspiel „In eiserner Zeit“, dessen Aufführung ihm von Director Dr. Otto Devrient bereits für den 28. December 1890 fest zugesagt war, von der Intendantur des königlichen Schauspielhauses zurückgezogen, vielmehr: zurückziehen müssen. Die Intendantur hatte ihm am 19. Februar 1891, in den Tagen, als man die Vetheiligung der französischen Künstler an der Berliner Kunstausstellung so lebhaft erhoffte und sich um dieselbe so eifrig bemühte, mitgetheilt, daß eine „vorläufiglich längere“ Verschiebung der Aufführung notwendig geworden sei, in welcher der Autor „nichts weiter erblicken“ möge, als „eine dem königl. Schauspielhause, das sich einer gewissen politischen Rücksicht nicht entziehen könne, durch seine Rangstellung auferlegte Maßregel.“ Nun würde der Autor dieser Aufforderung willig gefolgt sein, hätte das betreffende Schreiben der Intendantur nicht noch gewisse Bemerkungen über das Werk selbst enthalten, aus denen er einen anderen Schluß ziehen zu müssen glaubte, den nämlich, daß es der Intendantur überhaupt un bequem und Aufgehoben in diesem Falle gleichwerthig mit Aufgehoben sei. Er ersuchte deshalb die Intendantur, ihre Stellung zu seinem Stücke offen einzuräumen und ihm dasselbe, wenn es ihr nicht passe, zurückzugeben. Nun hat sich zwar die Intendantur in einem folgenden Schreiben zu der von dem Autor definirten Stellung nicht ausdrücklich bekannt; die Rückgabe des Stückes ist aber nichtsdestoweniger erfolgt und damit dem Autor indirect zugesandt, daß die eigentliche Veranlassung der Hinausschiebung resp. Rückgabe die von ihm bezeichnete ist. So der Verlauf eines Handels, der, wenn auch unerfreulich, so doch im Uebrigen durchsichtig genug erscheint. Bis auf einen Punkt: Wie konnte es der Intendantur jemals „zur aufrichtigen Freude“ gereichen, ein Stück anzunehmen, dessen Zurückziehung seitens des Autors sie in der Folge augenscheinlich von einer unbequemen Last befreite? Vielleicht findet das Publikum die Auflösung des Räthfels in dem Werke selbst, das demnächst in Buchform erscheinen wird. Das Publikum der Theater in Hamburg, Frankfurt am Main, Wien und Leipzig, welches die Novität mit lebhaftem Beifall begrüßte und dem Autor, wo er zugegen war, warme Donationen bereite, hat sie nicht gefunden.“

[Ueber die Theilnahme des Kaisers] an dem Festcommers des Bonner Corps „Rurussia“ wird von Festtheilnehmern folgendes berichtet: Der Kaiser erschien in der Uniform seines Leib-Garde-Husaren-Regiments und trug darüber das Band des Corps; zu seiner Rechten und Linken saßen die ältesten Mitglieder und dem Kaiser gegenüber die drei Ehrenmitglieder des Corps, Graf Limburg-Stirum (Mitglied des Abgeordnetenhauses), Graf Mirbach (Mitglied des Reichstags und des Herrenhauses) und Herr v. Plöth. Der Kaiser war in heiterster Stimmung und sprach wiederholt seine Befriedigung über die zahlreiche Vetheiligung bei dem Festmahl aus. Mit vielen Festtheilnehmern wechselte der Kaiser in liebenswürdigster Weise Trunt und Rede.

[Vom Fürsten Bismarck.] Die „Hamb. Nachr.“ bringen wieder verschiedene Mittheilungen. Das Deutsches-Bureau „Herold“ hatte kürzlich die Nachricht gebracht, Fürst Bismarck habe sich einer hervorragenden Hamburger Persönlichkeit gegenüber in erregtem Tone darüber ausgesprochen, daß man ihn für alle politischen Artikel der „Hamb. Nachr.“ verantwortlich mache. Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnen diese Meldung für erfunden, eine solche Ausrufung sei vom Fürsten Bismarck nicht gemacht worden. — Ferner betont das Hamburger Blatt nochmals, daß sich der Ausübung eines Mandats durch den Fürsten Bismarck Hindernisse entgegenstellen. „Rücksichten persön-

licher, häuslicher und geselliger Natur erfüllen ihn gegen einen längeren Aufenthalt in Berlin mit Bedenken." — Schließlich drucken die „Hamb. Nachr.“ einen aus den Märztagen des Jahres 1848 geschriebenen Brief Bismarck's ab. Derselbe ist an einen Zeitungsredacteur in Magdeburg gerichtet und lautet:

Sw. Wohlgebornen
haben in die heutige Nummer Ihrer Zeitung einen „Aus der Altmark“ datirten Artikel aufgenommen, der einzelne Persönlichkeiten verdächtigt, indirect auch mich, und ich stelle daher Ihrem Gerechtigkeitsgefühl anheim, ob Sie nachstehende Erwidrerung aufnehmen wollen. Ich bin zwar nicht der in jenem Artikel bezeichnete Herr, welcher von Potsdam nach Stendal gekommen sein soll, aber ich habe ebenfalls in der vorigen Woche den mit benachbarten Gemeinden erklärt, daß ich den König in Berlin nicht für frei hielte, und dieselben zur Absendung einer Deputation an die geeignete Stelle aufgefordert, ohne daß ich mir deshalb die selbstständigen Motive, welche Ihr Correspondent anführt, unterschieben lassen möchte. Es ist 1) Sehr erklärlich, daß jemand, dem alle mit der Person des Königs nach dem Abzug der Truppen vorgegangenen Ereignisse bekannt waren, die Meinung fassen konnte, der König sei nicht sicher gewesen, zu thun und zu lassen, was er wollte. 2) Hatte ich jeden Bürger eines freien Staates für berechtigt, seine Meinung gegen seine Mitbürger selbst dann zu äußern, wenn sie der augenblicklichen öffentlichen Meinung widerspricht; ja nach den meisten Vorfällen möchte es schwer sein, jemand das Recht zu bestreiten, seine politischen Ansichten durch Volksaufregung zu unterstützen. 3) Wenn alle Handlungen Sr. Majestät in den letzten 14 Tagen durchaus freiwillig gewesen sind, was weder Ihr Correspondent noch ich mit Sicherheit wissen können, was hätten dann die Berliner erkämpft? Dann wäre der Kampf am 18. und 19. mindestens ein überflüssiger und zweckloser gewesen und alles Blutvergießen ohne Veranlassung und ohne Erfolg. 4) Glaube ich die Gefinnungen der großen Mehrzahl der Ritterschaft dahin aussprechen zu können, daß in einer Zeit, wo es sich um das sociale und politische Fortbestehen Preußens handelt, wo Deutschland von Spaltungen in mehr als einer Richtung bedroht ist, wir weder Zeit noch Reizung haben, unsere Kräfte an reactionäre Versuche, oder an Vertheibigung der unbedeutenden und bisher verbliebenen gutsherrlichen Rechte zu vergeuden, sondern gern bereit sind, diese auf würdigere zu übertragen, indem wir dieses als untergeordnete Frage, die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit unseres Vaterlandes aber als die für jetzt alleinige Aufgabe eines Jeden betrachten, dessen Blick auf unsere politische Lage nicht durch Parteianfichten getrübt ist.

Gegen die Veröffentlichung meines Namens habe ich, falls Sie Vorstehendes aufnehmen wollen, nichts einzuwenden. Genehmigen Sie die Versicherung der größten Hochachtung, mit der ich bin
Bismarck.

Sw. Wohlgebornen ergebenster
Schönhausen bei Jerichow, 30. März 1848.

[Die erste Veranlagung auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes] soll, wie die „B. Pol. Nachr.“ hören, so früh als möglich stattfinden. In Bezug auf die Frage der Ordnung der Wahlberechtigung hört das Blatt, daß man mit dem Plane umgeht, ohne Verzug das gesammte tatsächliche Material zur Beurtheilung der Frage des Wahlrechts in Staat und Gemeinden zu sammeln und zu verarbeiten. Insbesondere soll dies auch bezüglich des in den Wahlacten der letzten Landtagswahlen enthaltenen, in Betracht kommenden, tatsächlichen Materials geschehen. Die Bearbeitung desselben dürfte in nächster Zeit in Angriff genommen werden; sie wird voraussichtlich auch schon für die Beurtheilung der Wirkungen des in zweiter Lesung angenommenen Antrages der Commission, wonach in Gemeinden, welche in mehrere Wahlbezirke getheilt sind, die Bildung der Abtheilungen fortan nicht mehr für die ganze Gemeinde, sondern für jeden Wahlbezirk für sich vorgenommen werden soll, in Betracht kommen.

[Eine Denkschrift über die Ausführung des Ansbiedelungsgesetzes] wurde dem Abgeordnetenhaus vorgelegt. Darnach sind 1890 der Ansbiedelungscommission freibändig zum Ankauf angeboten worden: 52 Güter und 46 bäuerliche Grundstücke, darunter aus polnischer Hand 52 Güter und 26 bäuerliche Grundstücke. In 52 Fällen trat die Ansbiedelungscommission außerdem dem Ankauf von Gütern und Grundstücken, welche zur Zwangsversteigerung standen, näher. Thatsächlich sind im Jahre 1890 für Zwecke der Ansbiedelungscommission angekauft und übernommen: a. 10 Rittergüter, b. 1 adliges Gut, c. 1 Freischulzengut, zusammen 12 größere Güter. (Haupthöfe mit oder ohne ausgebauten Vorwerke und theilweise mit zugehörigen und nicht zugehörigen, früher angelaufenen bäuerlichen Grundstücken.) d. 2 bäuerliche Grundstücke.

[Telegraphenkabel nach Helgoland und England.] Dem Reichstage wird, wie die „Köln. Ztg.“ berichtet, in den nächsten Tagen ein weiterer Nachtragsetat zugehen, der die Mittel zur Legung von Telegraphenkabel nach Helgoland und England verlangt. Das bis-

herige Kabel nach Helgoland hat sich bereits unter englischer Herrschaft, namentlich in der eigentlichen Badezeit, als nicht ausreichend bewiesen, dabei ist es so ungünstig gelegt, daß es sehr vielen Störungen ausgesetzt ist, die namentlich auch bei der jüngsten Kälte wiederholt in empfindlicher Weise sich fühlbar gemacht haben. Es ist daher beabsichtigt, ein weiteres Kabel von der Insel Wangeroo aus nach England zu legen, welches damit zugleich gewissermaßen eine Fortsetzung des schon jetzt vorhandenen Kabels von Wilhelmshaven nach Wangeroo bilden wird. Ferner hat sich die Nothwendigkeit gezeigt, ein weiteres Kabel auf der Strecke Emden-Romestoff zu legen. Der Depeschenerverkehr mit England hat sich einerseits in Folge der am 1. April v. J. eingetretenen erheblichen Herabsetzung der Depeschengebühren und andererseits in Folge erheblicher Verbesserungen im Telegraphendienst selbst in der letzten Zeit derartig gehoben, daß namentlich in den eigentlichen Hörsenstunden und in Zeiten erregter Politik die beiden vorhandenen Kabel sich als völlig unzureichend erwiesen haben. Die Verhandlungen mit England behufs Legung eines dritten Kabels, dessen halbe Kosten England zu tragen hat, haben ein sehr rasches Einverständnis erzielt, weil auch dort das bringende Bedürfnis zur Vermehrung der Kabelnlinien anerkannt worden ist. Sobald Bundesrath und Reichstag diesen Nachtragsetat, der sich auf etwa 1 200 000 Mk. beziffern wird, genehmigt haben, soll sofort mit Eintritt ruhiger See mit der Legung der beiden Kabel begonnen werden.

[Nachrichten von Emin Pascha.] Aus Bukumbi, am Südsüder des Victoria-Nyanza-Sees, ist ein Brief vom P. Schynse, datirt vom 20. November 1890 eingetroffen, dem die „Köln. Volksztg.“ Folgendes entnimmt:

„Die Schlaflosigkeit von Zanzibar ist vergangen; die ersten Wochen marschirten wir im Regen, und die Kühle der Nacht hat besser geholfen, als andere Medicin. Auch mit den Gezeiten in Ugogo war es nicht besonders schlimm. Es wurden wohl an einem Tage etwa 1000 Patrouillen verschossen, doch blieben deren noch über 30 000 und sämtliche Geschütz-Munition, sowie ein guter Vorrath losen Pulvers für Vorderlader. Auch waren die Kämpfe gar nicht so schwer. Emin Pascha hatte nicht einmal einen einzigen Verwundeten. Das Unangenehme war nur das fortwährende Schießen in der Nacht, da die Rasai ihre Kinder wieder haben wollten und die Posten feuerten. Doch nach drei bis vier Stunden war man daran gewöhnt und schlief bis zum Morgen, obwohl alle Viertelstunden die Posten bald vereinzelt, bald in Salven auf einen wirklichen oder eingebildeten Feind schossen. Ich schrieb Dir von Mpwapwa, Tabora, und vorigen Monat von Bukumbi. Der apostolische Vicar, Bischof Hirth, ist vor fünf Tagen nach Uganda abgereist; doch müssen wir ihn schon wieder herholen lassen, da gestern die Boten ankamen. Eine japanische Karawane ist nämlich für uns auf dem Wege und wird bald hier eintreffen. Ich blieb hier der deutschen Expedition wegen. Emin Pascha ist vor vier Wochen abgefahren und baut bei den Bajisa am Westufer des Nyanza eine Station. Doch viel Gepäck, 30 Soldaten und 2 Europäer von der Expedition sind noch hier.

[Der Verein für innere Medicin] trat Montag in die Besprechung des Koch'schen Heilverfahrens ein, nachdem in der Sitzung zuvor Sanitätsrath Dr. Thorneer und Privatdocent Dr. Klempner einzelne Beiträge gehalten hatten. An erster Stelle berichtete Ober-Stabsarzt Dr. Stricker über die Ergebnisse, welche er auf der Tuberkulose-Station des Garnisonlazareths in der Scharnhorststraße mit dem Tuberfulin erzielt hat. Die genannte Station wurde am 8. November vorigen Jahres eingerichtet mit der Bestimmung, alle tuberkulösen Mannschaften des Gardecorps und des dritten Armee-corps aufzunehmen, soweit dieselben für die Koch'sche Behandlung geeignet erschienen. Bisher sind in dieser Station, deren Leitung Dr. Stricker, einem vormaligen Assistenten des Klinik'schen Traube, obliegt, 109 Patienten versorgt worden; bei 56 derselben bestand Tuberkulose der Lungen, und zwar 11ten 9 an tuberkulösen Spigen-Erkrankungen, während bei 47 eine schon weiter fortgeschrittene Lungentuberkulose bestand. Von diesen 56 Lungentuberkulösen wurden nicht weniger als 12 geheilt, und zwar 8 mit Spigenaffectionen behaftete und 4 mit schon vorgeschrittenem Lungenleiden. Die Heilung der Kranken spricht sich darin aus, daß an ihnen klinische Zeichen der Lungentuberkulose jetzt nicht mehr aufzufinden sind; insbesondere daß seit geraumer Zeit bei ihnen im Auswurfe Tuberkel-Bacillen nicht mehr nachweisbar sind. Die Kranken sind ein bis zwei Monate lang genau beobachtet worden, ohne daß in dem günstigen Endergebnisse eine Veränderung zum Schlechteren bemerkt wurde. Dr. Stricker betonte zum Schluß, daß man solche auffällige Besserungen bisher in Krankenhäusern zur Winterzeit in so kurzer Frist nicht zu verzeichnen gehabt habe. Prof. Leyden hebt die günstigen Erfolge hervor, die man mit der diätetisch-hygienischen Behandlung der Lungentuberkulose allein früher erzielt habe; insbesondere seien auch damals Heilungen vorgekommen. Strenge müsse man darauf dringen, daß die Koch'sche Behandlung mit der diätetisch-hygienischen verknüpft werde. — Dem Beispiel Prof. Sonnenburg's in Berlin, welcher zuerst die chirurgische Behandlung der sogenannten Lungencavernen mit der Anwendung der Koch'schen Methode combinirte, ist neuerdings, wie die „Börs. Ztg.“ berichtet, Privatdocent Dr. Edmund Lefer in Halle, ein Schüler von Richard Volkmann in Halle gefolgt. Er hat, wie er in der neuesten Nummer der „Münch. medic. Wochenschr.“ berichtet, bei zwei Lungentuberkulösen Cavernen eröffnet,

beide Male mit günstigem Erfolge, insofern der Eingriff gut verheilt und beide Kranke — es handelt sich um einen Mann und eine Frau, beide im Alter von 42 Jahren — wesentlich gebessert wurden. Zu erinnern ist, daß, wie Dr. Lefer in Halle nachgewiesen hat, die chirurgische Behandlung der Lungenhöhlen schon von Hippokrates gelehrt und methodisch geübt wurde.

[Helmholz.] Die Nachricht Potsdamer Blätter, Professor v. Helmholz sei zum Ehrenbürger Potsdams ernannt worden, bestätigt sich nicht. Die vorige Stadtverordnetenversammlung hat sich mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt.

[Der Pappzwang in Elsaß-Lothringen.] Da der Pappzwang in Elsaß-Lothringen jetzt wieder in vollem Umfange gehandelt wird, bringen wir den Wortlaut der Verordnung vom 22. Mai, welche denselben einführt, wieder zum Abdruck. Die Verordnung lautet:

I. Alle über die französische Grenze zureisenden Ausländer, ohne Unterschied, ob sie auf der Durchreise begriffen sind oder im Lande Aufenthalt nehmen wollen, müssen sich im Besitze eines Passes befinden, welcher mit dem Bisse der deutschen Botschaft in Paris versehen ist. Das Bisse darf nicht älter sein als ein Jahr. Gewerbslegitimationen für ausländische Handelsreisende ersetzen den erforderlichen Paß nicht. Ausländer, welche sich nicht im Besitze eines regelmäßigen Passes befinden, sind an der Weiterreise zu hindern und nöthigenfalls über die Grenze zu führen. Reichsangehörige, welche über die französische Grenze zureisen, bedürfen eines Passes nicht.

II. Ausgenommen von der Paßpflicht sind die Bewohner der französischen Grenzgemeinden, sofern sie sich zu geschäftlichen Zwecken in eine benachbarte deutsche Grenzgemeinde begeben und sich vor dem Grenzpolizeibeamten entsprechend ausweisen.

Vermischtes aus Deutschland. Zur Oberbürgermeisterwahl in Altona wird der „Magdeb. Ztg.“ geschrieben: In Schleswig-Holstein wählen nicht, wie in den übrigen preussischen Provinzen, die Vertreter der Bürgerschaft, sondern letztere selbst in directer Wahl die Mitglieder des Magistrats. Auf die engere Wahl sind in Altona gestellt die Candidaten Senator Dr. Giese in Altona, Bürgermeister Dr. Hahn in Nordhausen (früher Stadtrat in Magdeburg) und Bürgermeister Lichtenberg in Linden bei Hannover, in Altona scheint man aber anzunehmen, daß die Wahl Giese's gesichert ist. Der zweite Bürgermeister von Altona, Regierungsrath a. D. Rosenhagen, hat sich nicht um die erledigte Stelle beworben, und zwar, weil er, wie man glaubt, für den Posten eines staatlichen Polizeidirectors bestimmt sei. Es wird nämlich schon seit Jahresfrist in Altona angenommen, daß daselbst die Polizeiverwaltung in die Hände des Staates übergehen solle, und neuerdings wird mit Bestimmtheit behauptet, daß der Uebergang bereits am 1. April vor sich gehen werde. Dem gegenüber glauben wir feststellen zu sollen, daß der dem Landtage vorliegende Etat nichts von einer dahin gehenden Absicht der Staatsregierung enthält, die Anstellung staatlicher Polizeibeamten in Altona im nächsten Etatsjahre also nicht geplant sein kann. Bekanntlich verhandelt die Regierung gegenwärtig mit den Städten, welche staatliche Polizeiverwaltungen haben, wegen Uebertragung mehrerer Zweige der Ortspolizei auf Organe der Gemeinden. Bevor diese Verhandlungen erledigt sind, wird die Regierung, wie auch Herr von Herrfurth im vorigen Jahre einmal erklärt hat, nicht dazu schreiten, staatliche Polizeiverwaltungen in andere Städte einzuführen. Es wird also in Altona vorläufig Alles beim Alten bleiben.

Durch Beschluß des königl. Landgerichts in Frankfurt a. M. ist die gegen Herrn Sonnenmann wegen angeblicher Zeugniserweigerung durch den Herrn Amtsrichter Göding erkannte Geldstrafe von 300 Mark aufgehoben worden. Die Entscheidungsgründe räumen ein, daß nach der Sachlage dem vorgeladenen Zeugen wohl begründete Zweifel über jene Verpflichtung zur Zeugnisausgabe entfallen konnten. Es hätte deshalb unter einstweiliger Aufhebung der Strafverfügung genügt, wenn sich das Amtsgericht unter Anberaumung eines neuen Termins auf die Androhung der zu erkennenden Strafe beschränkt hätte, zumal bei der Lage der Sache ein kurzer Aufschub keinerlei Gefahr mit sich bringen konnte.

Die Socialdemokratenführer Auer, Bebel, Förster und Singer haben das socialdemokratische Organ „Hamburger Echo“ und die mit ihm verbundene Buchdruckerei des Reichstagsabgeordneten Dieb übernommen, und zwar unter dem Namen „Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer und Compagnie“.

Frankreich.

Paris, 28. Februar. [Die Personen-Tarife auf den französischen Eisenbahnen] sollen im Laufe des nächsten Jahres eine große Ermäßigung erfahren, falls die von der Regierung in Bezug hierauf im 1892er Budget vorgeschlagenen Maßnahmen in der Kammer zur Annahme gelangen. Der Staat ist, wie der „Frei. Ztg.“ geschrieben wird, bereit, von dem 23prozentigen Aufschlag, welchen er seit 1871 auf jedes Personenbillet erhebt, 10 pSt. abzulassen, die großen Compagnien werden ihrerseits eine entsprechende

Erreichbaren begnügen müsse. G. Gabrieli's Zeitgenosse Giovanni Croce war durch zwei achtstimmige Motetten vertreten: „Plange quasi virgo“, einem Stimmungsbild von dickerer Farbenpracht, und „Die nobis Maria“, einem anmuthigen Sage in dialogischer Form mit volksthümlichen Anklängen. Die Klangwirkung dieser beiden Stücke war eine vorzügliche. Von Claudio Monteverde wurde der Bessersalm „Laetatus sum in his“ zu Gehör gebracht. Die ebenso geniale wie bizarre Composition ist auf einem einzigen Motive (Basso ostinato) mit ungemeiner Kunstfertigkeit aufgebaut und für 6 Singstimmen und 5 Instrumente berechnet, die in 3 Gruppen getheilt sind, welche zunächst einzeln auftraten und am Schluß erst sich zu üppigem Vollklang vereinen. Die weiteren Nummern des Programms waren: „Beata viscera“ (4stimmig) von G. Rovetta; „Ave regina coelorum“ von G. Legrenzi, ein 5stimmiges Sag, ebenso hervorragend durch süße Melodie, wie durch interessante Stimmencombinationen; „Vere languores nostros“ für 3stimmigen Männerchor von A. Lotti; Offertorium aus einem Requiem von B. Marcello; A. Caldara's 16stimmiges Canticum, ein Meisterstück musikalischer Charakteristik, und zum Schluß ein fugirtes Kyrie von B. Galuppi. — Die Ausführung sämtlicher Nummern zeigte von Neuem, daß der Bohn'sche Gesangsverein es mit den ihm überwiesenen Aufgaben ernst nimmt, und daß er selbst an die Einföhrung solcher Werke, die zu den sogenannten dankbaren nicht gehören, mit Lust und Liebe geht, und seine Mühe nicht der Öffentlichkeit in einer ihrem inneren Werthe entsprechenden Form zu erschließen. — Welche der zur Aufführung gelangten Compositionen den Zuhörern am besten gefallen haben, können wir nicht berichten, da der Verein mit Rücksicht auf den ernsten Charakter des Programms gebeten hatte, von jeder etwaigen Beifallsbezeugung Abstand zu nehmen.

Theateragenturen.

Gegen die Theateragenturen wird seit Jahren ein erbitterter Kampf gekämpft, von Bühnen-Directoren sowohl wie von Schauspielern. Das Charakteristische dieses Kampfes aber ist, daß die Kämpfenden die Faust in der Tasche halten. Zu einem energischen Frontangriff schreiten sie nicht vor. Die Festigkeit des Kampfes äußert sich fast ausschließlich in der Heftigkeit der Ausdrücke, mit denen man seitens der Künstlerpartei das Treiben der Gegenpartei, der Theateragenten, verurtheilt, um sich schließlich der Uebermacht jeden Tag von Neuem zu unterwerfen. Gelegentlich ist ein kleiner Vorstoß gewagt worden; in der Fachpresse ist hier und da von den Ausschreitungen des Agententhums die Rede gewesen, aber Erfolge sind dadurch nicht erzielt worden.

Das Theateragentenwesen an sich ist vielleicht bei der Vielgestaltigkeit des Bühnenlebens, bei der hohen Zahl großer, kleiner und kleinster

Viertes historisches Concert des Bohn'schen Gesangsvereins.

Das letzte historische Concert dieser Saison war der venezianischen Kirchenmusik im 16., 17. und 18. Jahrhundert gewidmet. Venedig ist, so lange es als selbstständiges Staatswesen blühte, in der Politik wie in der Kunst seine eigenen Wege gegangen. Die Pflege der Musik hatte man sich in der reichen und prächteliebenden Lagunenstadt von jeher angelegen sein lassen, und staatliche Festlichkeiten wren ohne Musik nicht denkbar. Die Capellmeister und Organisten der Marcuskirche waren gewissermaßen die musikalischen Päpste Venedigs, und ihre Autorität galt als unantastbar. Bis ins 16. Jahrhundert durften nur geborene Venezianer diese Stellen inne haben. Der Doge Andrea Gritti durchbrach dies Gesetz und setzte es gegen den Willen der Procuratoren durch, daß Adrian Willaert ein Niederländer von Geburt, 1527 zum Capellmeister an S. Marco gewählt wurde. Mit Willaert kamen neue, befruchtende Elemente in die venezianische Musik; die Gründung der älteren venezianischen Schule ist sein Werk. Der eigenthümliche Bau der Marcuskirche mit ihren beiden seitlichen Musik-Galerien, von denen jede eine Orgel besaß, veranlaßte Willaert, seine Sänger in einzelne Chöre zu theilen, die sich von den beiden Tribünen aus bald gegenseitig antworteten, bald, zumal bei Abschlüssen, in reichem Vollklang zusammen ertönten. Die Mehrchörigkeit ist von da an das Wahrzeichen der venezianischen Kirchenmusik bis weit ins 17. Jahrhundert hinein geblieben. Willaert's Nachfolger gingen noch beträchtlich weiter; sie begnügten sich nicht mehr mit zwei Chören, sondern schrieben für drei und vier Chöre, so daß die Zahl der realen Stimmen zwölf, sechzehn und noch mehr betrug. Die Gipfelpunkte dieser Compositionsweise sind Andrea Gabrieli und sein Nefse Giovanni Gabrieli. Der letztere, dessen Wirken noch bis ins 17. Jahrhundert hineinreicht, fügte den Chormassen in seiner letzten Zeit noch Saiten- und Blasinstrumente hinzu. Das 17. Jahrhundert bedeutet überall für die Kirchenmusik einen Niedergang. Die Oper, die mit ihrem Glanz und Prunk die ganze civilisirte Welt im Fluge eroberte, nahm alle Talente gefangen, und wußte auch den Weg in die Kirche zu finden. Der strenge a-capella-Gesang tritt immer mehr in den Hintergrund und macht einer fast weltlich klingenden, leichten Musik Platz. Der genialste Componist jener Zeit ist Claudio Monteverde aus Correggio. Sein „Orfeo“ ist das bedeutendste musikalisch-dramatische Werk aus den beiden ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts; seine Kirchenmusik, die allerdings stark mit weltlichen Elementen durchsetzt ist, wurde einst viel gerühmt. Monteverde nimmt unter seinen Zeitgenossen etwa dieselbe Stelle ein, wie Wagner in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts; er ist ein fühner Neuerer, der allen Gesetzen der Schule mit stolzem Selbstbewußtsein Hohn spricht. Unter seinen Nachfolgern

verachtet die kirchliche Musik immer mehr, so daß sie zuletzt von Opern- und Kammermusik kaum noch zu unterscheiden ist. Eine Wendung zum Besseren tritt mit Giovanni Legrenzi ein, dessen Hauptaugenmerk darauf gerichtet war, die durch die Oper üppig emporgelobte Melodie zu läutern, und so der Kirche dienstbar zu machen. Was er begonnen, vollendeten seine Schüler Antonio Lotti und Antonio Caldara, die, obgleich auch auf den Gebieten der Oper vielfach thätig, dennoch sich dem Eindringen weltlicher dramatischer Elemente in die Kirchenmusik mit aller Kraft und Energie widersetzen. Beide sind echte Vocalmeister, die mit geringen Mitteln Großes erreichten. Die Nachblüthe der venezianischen Kirchenmusik war von kurzer Dauer. Wohl berief man immer noch die bedeutendsten Künstler an die Markuskirche, aber keiner vermochte den beginnenden Verfall der kirchlichen Musik aufzuhalten. Mit Baldassare Galuppi (1706—1785) schließt die Reihe der Componisten, die überhaupt ernst zu nehmen sind. Als Componist komischer Opern war Galuppi seiner Zeit hochgeehrt; als kirchlicher Tonsetzer bringt er es über anständige Schulmeisterarbeiten nicht hinaus. Im 19. Jahrhundert ist die Kirchenmusik in Venedig genau ebenso schlecht, wie in den anderen italienischen Städten. — In neuerer Zeit geht man energisch daran, diesen unzureichenden und unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. Auf Veranlassung des Metropolitans von Venedig ist eine „Schola cantorum“ ins Leben gerufen worden, deren Aufgabe es sein soll, eine Reformation der gesammten Kirchenmusik anzubahnen. An ihrer Spitze steht ein junger italienischer Musiker, Giovanni Tebaldini, der seine Studien in Deutschland gemacht hat. Soweit sich aus seinen bisher bekannt gewordenen Compositionen und seinem sonstigen Wirken ersehen läßt, ist er der Mann dazu, das begonnene Werk zu einem gedeihlichen Ende zu führen. — Herr Dr. Bohn schloß seinen einleitenden Vortrag, welchem obige Notizen entnommen sind, mit den Worten: „Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so werden in den ehrwürdigen Hallen der Markuskirche in absehbarer Zeit wieder jene glänzenden Weisen ertönen, die jetzt kaum anderswo zu hören sind, als in deutschen Concertsälen.“

Ein schwereres Programm hat der Bohn'sche Gesangsverein wohl nie zu bewältigen gehabt. Es bestand aus 13 Nummern, von denen ein Theil vom ganzen Chor, der andere von Solostimmen ausgeführt wurde. Eröffnet wurde das Concert mit Willaert's „Ave regina coelorum“, einem noch stark an niederländische Manier gemahnenden vierstimmigen Sage. Diefem folgte Andrea Gabrieli's grandiose zwölfstimmige Motette „Deus misereatur nostri“, Claudio Merulo's anmuthiges „Ave gratia plena“ für acht Stimmen und Giovanni Gabrieli's sechzehnstimmiges Präludium „Omnes gentes plaudite“. In Betreff des letztgenannten Stückes hatte Herr Dr. Bohn im Vortrage bereits mitgetheilt, daß bei den enormen Anforderungen, die vom Componisten an die einzelnen Stimmen gestellt werden, auf eine ideale Wirkung nicht zu rechnen sei, sondern daß man sich mit dem

Reduction, wozu sie übrigens durch die 1883er Convention gebunden sind, eintreten lassen. Das Verhältniß der alten zu den neuen Tarifen wird sich, per Kilometer gerechnet, wie folgt gestalten:

Alles in Centimes:			
I. Klasse. II. Klasse. III. Klasse.			
Hebiger Tarif.....	12,32	9,24	6,78
Neuer Tarif.....	11,20	7,56	4,92
Verminderung in %	9,09	18,18	27,27

Wie man sieht, erfolgt die Herabsetzung in einer sehr ungleichen Weise, indem die Begünstigung am meisten der 3. und am wenigsten der 1. Klasse zu Gute kommt. Die Preisdifferenz zwischen der 1. und den anderen Klassen wird sich daher vergrößern, was übrigens durchaus zu billigen ist, indem die 1. Klasse im Vergleich zu anderen Ländern seither in Paris viel zu günstig behandelt war. Die obigen Tarife schließen 30 Kilo Freigepäck ein und sind für sämtliche Züge gültig, das deutsche System der Zuschlag-Billete existiert nicht in Frankreich, dagegen führen aber die Schnellzüge meist nur 1. Klasse mit sich. Für die Retourbillets werden die Preise wie folgt festgestellt:

I. Klasse. II. Klasse. III. Klasse.			
Hebiger Tarif.....	18,48	13,86	10,17
Neuer Tarif.....	18,48	12,66	8,13

Die Preise der ersten Klasse bleiben also unverändert, wogegen diejenigen der zweiten Klasse um 8,65 und diejenigen der dritten Klasse um 20 pSt. herabgesetzt werden. Die Begünstigung der unteren Klassen ist hier also noch verschärft.

Schweden und Norwegen.

[Die norwegische Krise] zeigt die bemerkenswerthe Erscheinung, daß dort der Sieg des Parlamentarismus durch einen Mann in das Werk gesetzt werden soll, der dem Parlament zur Zeit gar nicht angehört. Rector Johannes Steen war, wie der „N.Z.“ geschrieben wird, 1859 Großhings-Mitglied bei dem südlichsten Städtebezirk, in welchem er damals als Lehrer in Tromsø lebte; seit 1868 hatte er hierauf Stabanger vertreten, dessen Gymnasialdirector er ist; aber bei den Neuwahlen von 1889 unterlag er als „reiner“ oder „europäischer“ Demokrat einem Bündniß der „Moderaten“ mit den Conservativen. Er war ursprünglich bei König Oscar gut angesehen und stand auf dem rechten „flügel“, „reinen“ Demokratie; man hielt ihn für einen „möglicheren“ Ministercandidaten, als Johann Sverdrup; aber als 1880 der König dem Großhings-Beschluß über die Theilnahme der Staatsräthe an den parlamentarischen Verhandlungen sein Veto entgegengestellt hatte, erklärte sich in einer berühmten gewordenen Rede am 9. Juni Steen für einen unveröhnlichen Gegner des absoluten landesherrlichen Vetos und seitdem war er bei dem Unionskönig schlecht angesehen, der sich über persönliche Hinterhältigkeit zu beklagen schien. Desto höher stieg Steen's Volksähnlichkeit. Björnsterne Björnson besang ihn; für sein Ansehen spricht namentlich, daß jetzt nach dem Sturze des Ministeriums Stang dieselben „Moderaten“ ein Ministerium Steen für notwendig halten, welche ihn bei den Neuwahlen von 1889 aus dem Felde schlugen. Die norwegischen Blätter treiben die Spielerei, auf die Rolle des Buchstaben S. in der ministeriellen Geschichte ihres Landes aufmerksam zu machen; seit 1858 sind einander dort die Ministerien Sjöbom, Friedrich Stang (Vater), Selmer, Schweigaard, Sverdrup, Emil Stang (Sohn) gefolgt; jetzt kommt aller Wahrscheinlichkeit nach Johannes Steen. Der mutmaßliche neue Ministerpräsident zählt 64 Jahre. — Gleichzeitig hat sich übrigens in der Unions-Angelegenheit auch die schwedische Volksvertretung gerührt; in der Stockholmer zweiten Kammer hat der Vertreter von Upsala, Professor Voethius, eine Resolution für eine Revision der Unionsacte beantragt, welche die Kompetenz des gemeinsamen Staatsraths, das Verhältniß der Unionsacte zu den Verfassungen beider einzelnen Reiche, endlich auch die streitige auswärtige Politik umfassen soll. Von der überwiegend conservativen schwedischen Kammer wird der Antrag wohl abgelehnt werden; immerhin beweist er, daß es sich gegen die bisherige Auffassung der Union auch von schwedischer Seite her rührt. Man wird in dieser Hinsicht wohl noch verschiedene Entwicklungsphasen zu beobachten bekommen.

Amerika.

P. B. Chicago, 20. Febr. [Von der Weltausstellung.] Der

Garantiefonds für die Weltausstellung im Jahre 1893 beträgt schon jetzt über 45 000 000 M. und es ist ohne Frage, daß er in Kürze die Höhe von 60 000 000 M. bis zu welcher die Stadt Chicago ihn zu bringen beschlossen hat, erreicht. Das Gesetz, welches die Ausstellung von Staatswegen beschloß und einen Beitrag in Höhe von 6 000 000 M. und die Befreiung der Kosten einer vom Präsidenten ernannten, aus je 2 Mitgliedern von jedem Staate der Union bestehenden Nationalcommission zur Ueberwachung bewilligte, hatte von Chicago nur einen Garantiefonds von 10 000 000 Doll. gleich 40 000 000 M. verlangt. — Für die Ausstellung ist eine Fläche von 1000 Morgen Biesenland und Park am Ufer des Michigansees bestimmt. Die Erarbeiten haben bereits begonnen. Auch die Pläne der meisten Gebäude sind schon entworfen. Jeder einzelne Staat der Union wird sein eigenes Gebäude errichten. Im Ganzen haben die verschiedenen Staatsgelehrten für diesen Zweck schon 5 000 000 Doll. ausgemessen. In Beförderung von Personen und Gütern besitzt Chicago außerordentliche Vortheile. Chicago gilt für den Mittelpunkt des Eisenbahnnetzes von Nordamerika. Siebenundzwanzig Eisenbahnen münden hier und werden sämtlich mit dem Ausstellungsplatz in Verbindung stehen. Außerdem können große Schiffe direct am Ausstellungsplatz löschen. Was Chicago selbst anbelangt, so ist es bekanntlich jetzt eine Stadt von 1 100 000 Einwohnern, wovon über ein Drittel von deutscher Abstammung sind. Eine Stadt, welche vor 50 Jahren ein kleines Grenzstädtchen, vor 20 Jahren ein Trümmerruinen war und jetzt die zweitgrößte Stadt an Einwohnerzahl und der zweitgrößte Hafen an Tonnengehalt der Welt und auslaufenden Schiffe der neuen Welt, und dabei im modernsten, großartigen Style mit Häusern bis zu 20 Stockwerken erbaut ist, bildet an und für sich schon ein Ausstellungsobject. — Man hofft, daß Deutschland, dessen Handel nach den Vereinigten Staaten in den letzten zwanzig Jahren einen so bedeutenden Aufschwung genommen und z. B. Frankreich, das vor dieser Zeit einen Export hatte, der fünf Mal größer war als der von Deutschland, bereits überflügelt hat, sehr zahlreich auf der Ausstellung vertreten sein wird. — Die Einladungen zu derselben wurden vom Präsidenten der Vereinigten Staaten am 24. December v. J. an die Regierungen aller Culturstaaten erlassen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 3. März.

Wir haben bereits im letzten Mittheilung mitgeteilt, daß in dem Besinden des in San Remo weilenden Oberbürgermeisters Friedensburg leider eine Verschlimmerung eingetreten ist. Auf die von uns eingezogenen näheren Erkundigungen erfahren wir, daß derselbe von hohem Fieber heimgesucht ist. Der Sohn des Kranken ist telegraphisch an das Lager seines Vaters gerufen worden.

Die bezüglich der Aufnahme in die neuen Kliniken ministeriell genehmigte Reduction der Verpflegungsgebühren für Angehörige armer Gemeinden, über die weiter unten eine Notiz im localen Theile berichtet, ist deshalb besonders freudig zu begrüßen, weil damit Kranke, welche wegen des Mangels entsprechender Einrichtungen in ihrer Heimatgemeinde und der Schwierigkeit bezüglich der Aufbringung der beträchtlichen Kosten für Aufnahme in eine hauptstädtische Anstalt auf die Anwendung bestimmter Behandlungsmethoden von vornherein verzichten mußten, nunmehr der Wohlthat der klinischen Behandlung leichter als bisher theilhaftig werden können. Im nächsten Jahre siedeln noch die medicinische und dermatologische Klinik in die neuerbauten Anstalten auf der Thiergartenstraße über, so daß dann die neue Bestimmung für Kranke der verschiedensten Krankheitskategorien in Betracht kommt. Dazu sind naturgemäß alle Einrichtungen in den bereits bestehenden Instituten so getroffen oder für die im Bau begriffenen so in Aussicht genommen, daß die klinischen Anstalten Breslaus den bestingerichteten Krankenhäusern Deutschlands durchaus ebenbürtig sein werden. Auch für die Ärzte aus der Provinz, welche nunmehr auch weniger bemittelte Kranke ihrer Heimatgemeinden in den Kliniken unterbringen können, erwächst in wissenschaftlicher Beziehung ein nicht zu unterschätzender Gewinn, da auf diese Weise der stete Contact mit den wissenschaftlichen Centren am besten unterhalten und gleichzeitig ihnen Gelegenheit geboten wird, durch die exacte klinische Beobachtung über den Krankheitsverlauf stets auf dem Laufenden erhalten zu werden. Die neue Maßregel wird nicht verfehlen, die Frequenz der neuen Anstalten zu sichern. Specially für den Landkreis Breslau, welcher eine eigene Krankenanstalt nicht besitzt, ergibt sich daraus die Möglichkeit, seine Kranken ohne zu erhebliche finanzielle Belastung auf das Beste unterzubringen.

* Aus den Staatsvorlagen für den Provinzial-Landtag. Auf Grund der statutarischen Anordnungen vom 30. Januar 1884, nach welchen der Provinzial-Ausschuß über den Verkauf von im Eigenthum des Provinzial-Verbandes befindlichen Immobilien, deren Schätzungswert den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt, selbstständig befinden kann, sind seit dem Zusammentritt des letzten Provinzial-Landtages 15 zum Chauffeterrain gehörige entbehrliche Grundstücksparzellen, welche zusammen einen Flächeninhalt von 1 h 46 a 30 qm haben, für im Ganzen 1496,60 Mark und 6 Chauffeebestellungs-Etablissements für zusammen 23 300 Mark veräußert worden. Außerdem wurden zwei zur Provinzial-Irrenanstalt zu Kreuzburg gehörige Grundstücke mit darauf befindlichen Gebäuden im Werthe von 9000 Mark gegen Entschädigung des städtischen Vermögens-Grundstücks zu Kreuzburg verkauft. — Nachdem die Stadt Reuthen O.S. aus dem Landkreis gleichen Namens ausgeschieden ist, hat hinsichtlich der den Landkreisen seiner Zeit von der Staatsregierung auf Grund des Dotationsgesetzes vom 30. April 1873 überwiesenen, später vom 24. Provinzial-Landtage weiter gewährten Beihilfen zur Durchführung der Kreisordnung im Betrage von 345 453 Mark eine Neuvertheilung stattzufinden in der Weise, daß der auf die ausgeschiedene Stadt entfallende Theil der Beihilfen den sämtlichen Landkreisen der Provinz zu Gute kommt. Die neue Repartition hat unter Zugrundelegung des Flächeninhalts und der Civilbevölkerung nach der Volkszählung von 1871 je zur Hälfte stattgefunden und der Provinzial-Landtag soll nunmehr diese Repartition genehmigen. — Für die Irrenanstalt in Leschnitz wird ein neues Anstaltsgebäude errichtet, um die Zahl der aufzunehmenden Zöglinge von 40 auf 100 zu bringen und dadurch das vorhandene Bedürfnis, wenn auch nicht voll, zu befriedigen. Da die Betreffenden auf Errichtung und Erweiterung solcher Anstalten die möglichste Förderung verdienen, der Verein für Erziehung u. schwachmüthiger Kinder aus Oberschlesien aber nicht über die erforderlichen Baumittel verfügt, so schlägt der Provinzial-Ausschuß dem Landtage vor, dem genannten Verein zum Neubau des Anstaltsgebäudes in Leschnitz O.S. ein unverzinsliches Darlehen von 80 000 Mark aus dem allgemeinen Reservefonds zu bewilligen. — Da nach dem Reglement vom 27. October 1887 die Bewilligung von Hilfsgebern zum Bau von Nebenbahnen nur an Kreis- und Stadtkommunen zu erfolgen hat, so konnte der Provinzial-Ausschuß bisher an Landgemeinden Subventionen dieser Art nicht gewähren. Anträge von Landgemeinden sind zwar bisher nur vereinzelt gestellt worden; es läßt sich aber erwarten, daß die Erkenntnis der fruchtbringenden Wirkung einer Erweiterung des Eisenbahnnetzes der Provinz sich steigern und dadurch die Opferwilligkeit auch der Landgemeinden eine regere werden wird. In dieser Annahme empfiehlt der Provinzial-Ausschuß, ihn zur Bewilligung von Hilfsgebern auch an Landgemeinden zu autorisieren und das Reglement dementsprechend zu ergänzen.

Die Zwangs-erziehungs-Anstalt in Lublitz ist nunmehr seit 5 Jahren im Betriebe. Diese Zeit hat ausreichend Gelegenheit gegeben, eine Reihe von Mängeln erkennen zu lassen, deren Abhilfe nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Vor Allem muß in ausreichender Weise für die Unterbringung und Beschäftigung der älteren Zöglinge, namentlich der weiblichen, durch Einrichtung geräumiger Werkstätten und einer Waschküche, sowie von Wohn- und Schlafzimmern gesorgt werden. Ferner ist, da auf dem Anstalts-terrain in ausgedehnter Weise Obst- und Gemüsegärten betrieben wird, die Einrichtung einer Wohnung für den Gärtner, die Erbauung eines Gewächshauses und einer Scheuer erforderlich. Der Provinzial-Ausschuß schlägt daher vor, ein der Anstalt benachbartes Grundstück für 3600 Mark anzukaufen und hierfür sowie zur Ausführung der Bauten 50 000 Mark aus dem allgemeinen Reservefonds zu bewilligen. — Die früher in beständigem Steigen begriffene Zahl der Arbeitshäftlinge hatte im Jahre 1886 den höchsten Stand mit 2357 Köpfen erreicht und ist seit dieser Zeit allmählig gefallen. Die Ursachen dieser Erscheinung werden nicht nur in besseren Erwerbsverhältnissen gefunden, sondern auch darin, daß durch die Einrichtung von Arbeiterkolonien und Natural-Verpflegung Stationen eine große Zahl von arbeitslosen Personen davor bewahrt wird, der gewerbsmäßigen Baggabondage und damit dem Arbeitshause zu verfallen. Da bei dieser Annahme der Rückgang der Zahl der Detinenden anhalten wird, so wird die Unterhaltung von zwei Arbeitshäusern nicht mehr für erforderlich gehalten. Aus diesem Grunde und in Berücksichtigung des Umfanges, daß das Arbeitshaus zu Tost für Zwecke der Irrenpflege sich gut eignet und für letztere in nächster Zeit ganz nutzbar gemacht werden soll, wird dem Provinzial-Landtage anheimgestellt, das Arbeitshaus in Tost als solches aufzulösen und die daselbst noch vorhandenen Detinenden in die gleiche Anstalt zu Schweidnitz überzuführen zu lassen.

In dem Entwurfe zum Etat für die schlesische Land-Feuersocietät für 1891/92 sind die Einnahmen und Ausgaben auf je 2 471 075 Mark festgelegt. Die Prämien der Versicherten für Immobilien sind mit 1 440 000 Mark, für Mobilien mit 510 000 Mark in Einnahme gestellt und der Zinsenvertrag aus dem Societätsvermögen auf 207 000 Mark berechnet. Von den Ausgaben werden auf Brandschaden-Vergütungen 1 620 000 Mark, auf die Kosten der Rückversicherung 300 000 Mark, auf die Verwaltung des Instituts 372 385 Mark und auf gemeinnützige Zwecke 15 350 Mark gerechnet. Zur Uebertragung auf den Dividenden-Zweck 15 350 Mark gerechnet. Zur Uebertragung auf den Dividenden-Zweck 15 350 Mark gerechnet. (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Bühnen eine Nothwendigkeit, d. h. es muß dem einzelnen Bühnenleiter ermöglicht werden, seinen Bedarf an künstlerischen Kräften durch Benutzung von Insanzen zu decken, bei denen eine gewisse Ueberflüssigkeit über das vorhandene Angebot die Auswahl erleichtert, obwohl ein tüchtiger Theaterdirector, soweit es ihm irgend möglich ist, Niemanden, am wenigsten den Träger erster Rollen, engagieren sollte, den er nicht zuvor auf der Bühne gesehen. Auch die Tausende von Schauspielern, die Nomaden gleich von einem Orte zum andern ziehen, werden kaum eine Insanz entbehren können, wo die Regelung von Angebot und Nachfrage in einem organisierten Verfahren vollzogen wird. Endlich wird auch der Bühnenschriftsteller, der mit dem geschäftlichen Theil der Verwerthung seiner Erzeugnisse nicht Bescheid weiß oder damit nichts zu thun zu haben wünscht, gern einem tüchtigen Theateragenten den Verkehr mit den Bühnen gegen eine angemessene Entschädigung übertragen. Man braucht also nicht so weit zu gehen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Aber die Art, in der sich das Theateragentenwesen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, zeigt den gesunden Grundgedanken, aus dem es erwachsen ist, dermaßen entstellt und corrumpt, daß es hohe Zeit ist zur Umkehr und zur Abstellung unerwünschter Mißstände.

Der Theateragent beherrscht die Person des Schauspielers, er beherrscht die Bühne als gewerbliches Unternehmen, er beherrscht zum Theil die Literatur, und leider übt er diese dreifache Herrschaft nicht zum Segen der Allgemeinheit aus. In dem Theateragentenwesen liegt für die vielen Tausende von Bühnengehörigen, die wir in Deutschland zählen, die „soziale Frage“ ihres besonderen Standes in einer sehr besorgniserregenden Ausprägung vor.

Der Schauspieler, der ein Engagement sucht und es durch Vermittlung eines Theateragenten erhält, bleibt dem Agenten von nun an tributpflichtig. Er ist gehalten, ihm einen Prozentsatz seiner Gage zu zahlen, der in vielen Fällen bis zur Höhe von 10 pSt. ansteigt, abgesehen von den hohen einmaligen Kosten, die in den meisten Fällen zu entrichten sind. Will der Schauspieler die Last, die für ihn von Jahr zu Jahr drückender wird, weil er bei etwaiger längerer Dauer des Engagements das Ungerechte dieser enormen Steuer mit immer wachsender Erbitterung empfindet, von sich abschütteln, so läßt ihn der Agent „fallen“, d. h. der rentierte Schauspieler wird an keinen Director mehr empfohlen; und da viele Theateragenten ein Theaterblatt herausgeben, das von den Directoren gelesen wird, so werden in das Blatt mit menschenfreundlicher Konsequenz die etwa vorfindlichen ungünstigen Kritiken über den seinem Schicksal Preisgegebenen aus der Tagespresse übernommen und so den Bühnenleitern demonstrativ warnend unter die Augen geschoben. Ein in dieser Weise von dem Agenten verfehmt und verfolgter Schauspieler ist oft schlimmer daran als ein im mittelalterlichen Sinne des Wortes Geächteter. Und nur weil die Theateragenten bereits seit Jahren eine Macht sind, fürchtbar, wenn sie vernichten wollen, ertragen die

in den Claqueurkreisen der Agentur Senkenden ihr Schicksal mit Zähneknirsch, aber in ohnmächtiger Resignation. Da die procentweise berechnete Provision der Agenturen wächst mit der Höhe der Gage ihrer „Clienten“, so sind es die Theateragenturen, welche an den bis zur Grenze der Unvernunft gehenden Gage-Treibereien, über welche die Bühnenleiter mit vollem Recht aufs Bitterste klagen, die größte Schuld tragen. Begünstigt wird die Gage-Treiberei dadurch, daß der Agent in der Regel, wenn er mit dem einen Bühnenleiter verhandelt, einen andern Bühnenleiter als angeblich zahlungswilligeren Concurrenten auspielt und so nicht selten mit Erfolg denselben Kunden durch den andern „schraubt“. Dasselbe Spiel wiederholt sich beim Verschleiß von zugkräftigen Theaterflächen. Ein Depechenwechsel zwischen Agentur und Theater-Direction über den Ankauf einer vielversprechenden Novität gehört zu dem Zeichenstoffen, was es im geschäftlichen Verkehr giebt. In 3. ist ein neues Lustspiel, sagen wir „Der heitere Kabe“, mit durchschlagendem Erfolge aufgeführt. Der Theater-Director A. in A. depechirt an seinen Agenten: „Was kostet heiterer Kabe?“ Drahtantwort: „1500 Mark.“ Director A. in A.: „Gebe 1200, abgemacht?“ Drahtantwort: „Unmöglich.“ B. (der Director des Concurrent-Theaters in A.) depechirt soeben, gebe was verlange. Wollen Sie 1500?“ Director A.: „1500, einverstanden.“ Drahtantwort: „A. zahlt 1800; geben Sie 2000 und fertig.“ ... Fortsetzung und Schluß des Depechenwechsels gipfeln darin, daß jedenfalls einer der beiden Bühnenleiter 2000 Mark zahlt, welcher, das hängt von dem höheren Grade der Unternehmungslust, manchmal auch von dem höheren Grade der geschäftlichen Abhängigkeit vom Agenten ab. In anderer Weise schädigend und erschwerend wirkt der allmächtige Theateragent auf den Geschäft- und künstlerischen Betrieb der Theaterleiter dadurch, daß er ein erprobtes Kassenstück nur dann „abgiebt“, wenn der bedauernswürthe Director zugleich ein viertel oder ein halbes Dugend „Nieten“ kauft, die, weil sie einen finanziellen Ertrag nicht liefern, lediglich den Kaufpreis für den „Treffer“ erhöhen. Gegen Bühnenleiter, welche sich von den Agenturen zu emancipiren versuchen, wird kurzer Hand die „Sperr“ verhängt.

Es mag ja nun wohl Theateragenten geben, die aus idealem Interesse an der Kunst ihr unter allen Umständen höchst einträgliches Gewerbe betreiben. Allein im Allgemeinen ist die Auffassung vorherrschend, daß diese Fälle zu den seltenen gehören. In diesen Tagen hat der Justizrat der königlichen Theater in Berlin, Landgerichtsrath H. Bischoff, Syndikus des Deutschen Bühnenvereins, im Verlag von Walter und Apollant in Berlin eine mit der zuletzt gekennzeichneten Auffassung haltende Broschüre „Die Theateragenturen, ein soziales Uebel für die Bühnenvorstände und Bühnenglieder, mit Angabe der Mittel zur Beseitigung dieses Übels“ herausgegeben, welche den Beschwerden der Beteiligten in würdiger, aber entschiedener Form überzeugenden Ausdruck leiht. Die Broschüre

schildert den verderblichen Einfluß der mißbräuchlichen Ausartung des Agenturwesens in rücksichtsloser Weise. Sie führt Beläge an, welche die tiefe Verbitterung, mit der sich Bühnenleiter und Bühnenglieder unter dem ihnen aufgedrungenen Joche winden, vollkommen begreiflich erscheinen lassen. Diese Dinge verdienen subito zu werden in einer Zeit, wo man für offensbare sociale Vergewaltigungen des Einen durch den Andern ein geschärftes Verständnis zu haben glaubt.

Durch Selbsthilfe wäre zur Abwehr der herrschenden Calamität viel, wenn nicht Alles, zu erreichen. Aber wer vermag Hunderte von Directoren und Tausende von Schauspielern unter einen Hut zu bringen? Der Vorschlag des Verfassers, geistig und körperlich noch hinreichend rüstige Bühnenveteranen, deren wir eine große Zahl besitzen, als „Vertrauensmänner“ neben den Branchen-Chefs (den Kapellmeistern der Oper, den Regisseuren u.) zur Vermittlung von Engagements, gleichsam als Theateragenten im Ehrendienst in Function zu setzen, erscheint durchaus discutabel. Schließlich indeß hängt Alles von dem ernstlichen Willen der jetzt Bedrückten ab, sich stark zu machen zu einer entschiedenen Empörung gegen die Tyrannei, unter der sie leiden. Haben sie diesen Willen, so wird es ihnen gelingen, eine sociale Specialfrage glücklich zu lösen. Der Bischoffschen Broschüre ist im Interesse der dramatischen Künstler und der dramatischen Literatur der beste Erfolg zu wünschen.

K. V.

Universitäts-Nachrichten. Der Privatdocent Dr. Julius Hoffmann in Heidelberg ist zum außerordentlichen Professor in der dortigen medicinischen Facultät ernannt worden. Dr. Hoffmann ist langjähriger Assistent von Professor Erb an der medicinischen Klinik in Heidelberg und hat sich besonders mit dem Studium der Elektrotherapie beschäftigt. Er steht im 33. Lebensjahre. — In Erlangen ist der bisherige Privatdocent Dr. F. Hermann außerordentlicher Professor und Professor am anatomischen Institut geworden. Er rückt damit in die Stelle des Ordinarius der Anatomie erhobenen Professors Leo von Gerlach ein, der seinem Vater im Amt gefolgt ist. — Der älteste Sohn von Prof. Dr. Bois-Reymond wird sich in einigen Wochen an der Universität als Privatdocent habilitiren. Herr Dr. Claude du Bois-Reymond ist Augenarzt. — Aus Hamburg wird mitgeteilt, daß Hans v. Schubert, Lehrer am Paulineum und an der Brüderanstalt des Rauhen Hauses an Stelle des verstorbenen Kirchenhistorikers Prof. Dr. Böpfel als außerordentlicher Professor der Theologie nach Strassburg berufen worden ist. — Die Hochschule in Harvard beschloß, das Studium des Griechischen und Japanischen facultativ statt des Griechischen und Lateinischen für Studierende der orientalischen Sprachen zuzulassen.

Zum Professor der Augenheilkunde und Director des Instituts für Augenheilkunde an der Universität Leipzig ist nunmehr endgültig Professor Dr. Sattler von der deutschen Universität in Prag ernannt worden. Prof. Sattler tritt an die Stelle des unlängst verstorbenen bekannten Ophthalmologen Prof. Dr. Coccus. — Aus Gießen wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß an Stelle Müllers, des nach Breslau berufenen ordentlichen Professors der evang. Theologie, Dr. C. Krüger von dort auserschieden ist, der nunmehr seiner schon gemeldeten Berufung als außerordentl. Professor nach Göttingen nicht mehr Folge leisten wird.

(Fortsetzung.)

Reisefonds, ein Posten, welcher im Etat neu erscheint, wird ein Ueberschuß von 148 655 Mark erwartet. — Erheblich niedrigere Posten erscheinen in dem mit 411 630 M. abschließenden Etats-Entwurf für die Provinzial-Städte-Feuerfocietät. Hier sind in die Einnahme gestellten Immobilien-Verkaufserlöse auf 342 700 Mark und die Zinsen aus dem dem Reisefonds angehörigen Vermögensstücken auf 59 400 M. veranschlagt. Unter den Ausgaben finden wir für Brandentschädigungen 210 000 M., zur Befreiung der Rückversicherungskosten 35 000 M., der Verwaltungskosten 79 986 M. und zur Förderung des Feuerlöschwesens 7150 M. ausgeworfen. Zur Vermehrung des Reisefonds, aus welchem, sofern er eine gewisse Summe übersteigt, Dividenden an die Associaten gewährt werden, bleiben 76 894 Mark übrig. — Dem Etats-Entwurf für das Arbeits- und Landarmenhaus zu Schweidnitz ist eine Verlegungsziffer von 830 Arbeitshanslingen und von 170 Landarmen zu Grunde gelegt. Von den Ausgaben sind angelegt auf allgemeine Verwaltungskosten 124 300 M., für Deconomie und Verpflegung 149 050 M., auf Transportkosten und Reiseunterstützungen 750 M., im Ganzen 274 100 Mark, also für den Kopf 274,10 M. Da die bei der Anstalt zu erwartenden Einnahmen vom Arbeitsbetriebe, aus den Anstalts-Grundstücken zc. nur auf 105 720 M. berechnet sind, bezieht sich der vom Landarmen-Verbande aufzubringende Fehlbetrag auf 168 380 Mark. — Die beiden hier und in Oppeln bestehenden Hebammen-Lehranstalten sind nach den Etats-Entwürfen für 1891/92 bei Veranschlagung der Gesamt-Ausgaben auf 28 950 bzw. 22 500 Mark und der Einnahmen aus den Pensionen eines Theiles der Hebammen-Schülerinnen zc. auf 7950 M. bzw. 5000 M. auf einen Zuschußbedarf von 20 980 und 17500 Mark angewiesen.

*** Ausgabe 3/4-procentiger schlesischer Landescultur-Rentenbriefe.** Der schlesische Verein für Culturtechnik hat sich in einer Eingabe mit einer Kritik des Gesetzes über die Errichtung von Landescultur-Rentenbanken vom 16. December 1890 befaßt und behauptet, daß die Befreiungsgrenze gesetzlich innerhalb des 25fachen Naturalertrages oder innerhalb der ersten Hälfte des durch landwirtschaftliche oder besondere Lage zu ermittelnden Wertes der Eigenschaften zu sieben kommt; 2) daß der Zinsfuß für die Landescultur-Rente (vier Procent) ebenso wie die gewöhnlich geforderte jährliche Amortisationsquote von 1 1/2 bis 2 Procent zu hoch bemessen sind. Da die zu 1 bemängelte Befreiungsgrenze für Darlehen aus der Landescultur-Rentenbank gesetzlich geregelt ist, kann ihre Abänderung nur durch den Gesetzgeber erfolgen und deshalb hat sich der Provinzial-Ausschuß mit diesem Punkte nicht befassen zu sollen geglaubt, zumal für die Befreiung der Sicherungsgrenze auf den 25fachen Multiplikator die Erwägung ausschlaggebend war, daß der Nutzen der Meliorationen eine Grenze hat, nämlich die, daß die Verbesserung nicht dazu führen darf, den zu verbessernden Grundbesitz über ein gewisses Maß zu verschulden und ihn so zu belasten, daß der zeitige Eigentümer nach allgemeinen wirtschaftlichen Grundsätzen nicht mehr wie ein verlässiger Hausvater zu wirtschaften im Stande ist. Es werden dann an sich gute Projekte zu Speculations-Unternehmungen, wie sie der Stabilität des Grundbesitzes nicht entsprechen. Etschließlich wird dem Meliorationen beabsichtigenden Grundbesitzer dadurch über den fünfundsiebenzigfachen Grundsteuer-Reinertrag Hilfe geschaffen, daß ihm gestattet ist, auch den zukünftigen durch die Melioration zu erzielenden Mehrerwerth seiner Eigenschaften zum Unterpande für das Darlehen anzubieten. Dagegen bewegt sich der Punkt 2, Herabsetzung des Zinsfußes, auf provinziellem Gebiet. Die Landescultur-Rentenbriefe dürfen nur zu demselben Zinsfuß ausgereicht werden, zu welchem der Darlehensnehmer der Landescultur-Rentenbank verpflichtet ist. Nun können zwar, wie der Comitee lehrt, gegenwärtig 3/4-procentige Papiere nur mit Verlust begeben werden, es ist aber die Annahme gerechtfertigt, daß in unserer capitalkräftigen Zeit die gegenwärtige Vertheilung des Geldmarktes wohl nur eine vorübergehende ist. Wenn hiernach gegen eine Herabsetzung des Zinsfußes auf 3/4 Procent nichts einzuwenden ist, so kann der Provinzial-Ausschuß einer Ermäßigung der Tilgungsquoten nicht das Wort reden. Die mit Hilfe des Credits der Landescultur-Rentenbank ausgeführten Bodenmeliorationen betrafen bisher fast ausschließlich Drainagen, bekanntlich von allen landwirtschaftlichen Verbesserungen die relativ sicherste, die durch erhöhte Bodenfruchtbarkeit sofort bezahlt macht. Die bisher von Drainage-Gesellschaften geforderte jährliche Tilgungsquote von zwei Procent erscheint um so weniger zu hoch, als auf Erordern diese Quote bei gehöriger Motivierung auf 1 1/2, 1 bis 1/2 Procent ermäßigt wird. Wenn aber dem einzelnen Drainage-Unternehmer bei Gewährung des Darlehens Privilegien durch die Befreiung des künftigen Mehrerwerths der Eigenschaften gewährt werden, so muß als Ausgleich auf eine starke Amortisation Bedacht genommen werden, um eine möglichst schnelle Abmilderung des Geschäftes herbeizuführen und auf diese Weise die Landescultur-Rentenbank und die subsidiär haftende Provinz vor etwaigen Verlusten zu bewahren. Hiernach beantragt der Provinzial-Ausschuß die Abänderung des Statuts der Landescultur-Rentenbank in der Weise, daß dieselbe ermächtigt werde, neben 4-procentigen Rentenbriefen nach ihrer oder des Darlehensnehmers Wahl auch solche zu 3/4 Procent verzinslich auszugeben.

*** Stadttheater.** Morgen, Mittwoch, wird Franchetti's großes Musikwerk „Asra“ zum ersten Male in Scene geben. Der Componist Baron Franchetti, ein junger Mann von 31 Jahren, ist verheiratet, hat aber ganz der Kunst zu leben vermag. Er hat die jugendlichen Componisten ausserwählt, die Oper zur Columbusfeier zu schreiben. Das Honorar, das er dafür erhielt und das 35 000 Lire betragen haben soll, hat Franchetti mit einer großen Zulage aus eigener Kasse für ein Stipendium für unbemittelte Musiker bestimmt, welche ihres Studiums wegen nach Mailand kommen. Signora Franceschina Prevosti ist heute bereits nach Riga abgereist. Frau Charlotte Volter (Gräfin Sulivan) tritt in den nächsten Tagen ein und tritt am 10. März als „Cappo“, am 12. März als „Medea“ und am 14. März als „Marie Anne“ auf. Zu diesen drei Vorstellungen werden die Abonnements-Giltigkeit haben, die Vorsehungung jedoch wird aufgehoben werden.

*** Vom Lobtheater.** Für die Aufführungen von „Der neue Herr“ hat Director Witte-Wild den Darstellern unterlag, Hervorrufen bei offener Scene Folge zu leisten. In Berlin ist diese Einrichtung am königlichen Schauspielhaus und am Deutschen Theater schon seit längerer Zeit getroffen.

*** Signora Prevosti** erntete bei ihrer Abschiedsvorstellung „Lucia von Lammermoor“, welche bei völlig ausverkauftem Hause stattfand, wabre Beifallstürme ein. Am Schluß der großen Wahnsinnszene wurde ihr eine ganz eigenartige Ovation dargebracht: von der Höhe des Zuschauerraumes senkte sich auf das Publikum ein Regen von weißen und bunten Zetteln herab, auf welchen „mehrere Verehrer“, bzw. „molti ammiratori“ ihrem Enthusiasmus für die unvergleichliche Künstlerin in deutschen und italienischen Versen Ausdruck gaben. Gleichzeitig wurde ihr ein silberner Lorbeerkranz überreicht. Hoffentlich dürfen wir Signora Prevosti bald wieder auf unserer städtischen Bühne begrüßen.

*** Concert Bulz.** Kammerfänger Bulz hat das Programm seines hiesigen Concerts abgeändert und wird dieselben Piesen zum Vortrag bringen, die vor einigen Tagen in Wien in einem Concert, welchem auch die Kronprinzessin Stefanie beizuwohnte, großen Beifall fanden. Die Leistungen des mitwirkenden Pianisten Fritz Masbach sind anlässlich seines Auftretens in den Concerten des Berliner Philharmonie-Orchesters von der Kritik sehr günstig besprochen worden.

*** Bühnenjubiläum.** Wie bereits mitgetheilt, begeht der Regisseur unseres Stadttheaters, Herr Wilhelm Schaumburg, am Donnerstag, den 5. d. M., sein fünfundsiebenzigjähriges Regisseur-Jubiläum. Herr Schaumburg hat in dem Vierteljahrhundert an den verschiedensten deutschen Bühnen, wieachen, Basel, Genua, Halle, Lübeck und Magdeburg, eine Regie-Thätigkeit ausgeübt. Wir weisen unsere Leser nochmals auf die am Jubiläumstage stattfindende Benefiz-Vorstellung des Jubilars hin, in welcher derselbe den weißen Nathan spielen wird.

B. Verein schlesischer Geistlichen und Lehrer zur gegenseitigen Unterstützung bei Brandunglücksfällen. Der Vorstand des Vereins hat unterm 2. Februar d. Js. ein Rundschreiben erlassen, in welchem er eine Brandsteuer ausreibt, da 2 Mitglieder von bedeutenden Brandschäden betroffen wurden, für welche ihnen eine Entschädigung zu zukommen 3090,35 Mark zuerkannt wurde. Seit April d. Js. wurden außerdem noch an 19 Mitglieder 573,75 Mark Entschädigung bei Brandunglücksfällen gezahlt. In dem Verwaltungskörper des Vereins sind wesentliche Veränderungen vorgekommen. So haben beide Bezirks-

commissare ihr Amt niedergelegt, und es wurde für den 1. Bezirk (Viegnitz) Pastor Ludwig in Conradsdorf bei Haynau und für den 2. Bezirk (Breslau und Oppeln) Pastor Steinwachs in Groß-Peterwitz bei Canth als Bezirkscommissare gewählt.

*** Von den neuen Kliniken.** Wie wir erfahren, haben der Cultusminister und der Finanzminister genehmigt, daß in die neuen Kliniken die von armen Gemeinden geschickten Kranken, sowie Kassenmitglieder zu ermäßigten Preisen aufgenommen werden dürfen. Es ist dies eine sehr dankenswerthe Einrichtung, denn es ist nun auch armen Leuten die Möglichkeit gegeben (und zwar mehr als wohlhabenden), in den schönen neuen Kliniken ihrer Genesung entgegenzugehen. Anfragen über die Aufnahmebedingungen sind an die Verwaltungs-Inspection zu richten. In den nächsten Tagen wird eine ausführliche Bekanntmachung über diese Angelegenheit erfolgen. — Die königl. chirurgische Klinik soll in den ersten Tagen des April eröffnet werden.

— d. Ordentliche Jahresversammlung des Central-Collegiums der verbündeten landwirtschaftlichen Vereine Schlesiens. In der heutigen, unter der Vorherrschaft des General-Landesdirectors Graf Pückler-Burghaus abgehaltenen Sitzung wurden zunächst Wahlen vorgenommen. Es wurden gewählt: Ritterschreiber Vandelow-Brohnau, Kr. Gubrau, und Amtsrath Hiescher-Ponten bei Viegnitz zu zweiten stellvertretenden Präsidiums-Commissarien für Rinderkrankheiten in den Regierungsbezirken Breslau und Viegnitz auf die Zeit bis 1894; Landesälteste Scherzer-Neuboh zum Mitgliede des Bezirks-Eisenbahnraths zu Erfurt auf die Jahre 1892/94 und Herr von Gräfenberg-Schellendorf bei Gr. Wartenberg zum Stellvertreter; Ritterschreiber Dr. v. Weiskopf-Schwengfeld und Regierungsrath Frank zu Revisoren für die Centralvereinsrechnung aus dem Jahre 1890/91. — Hierauf begründeten Deconomierath Schneider-Petersdorf und Landesälteste Ritterschreiber Vandelow-Brohnau, Kr. Viegnitz, den Antrag des Vereins Viegnitz: das Central-Collegium wolle beschließen: 1) an langjährige bewährte ländliche Dienstboten und Arbeiter ist eine (äußerlich erkennbare) Auszeichnung zu verleihen; 2) mit Ausübung der Mähelei ist der Vorstand des Centralvereins zu betrauen. Nach längerer Debatte zogen die Referenten ihren Antrag zurück. — Hauptmann a. D. Schmidt-Breslau giebt eine Uebersicht über die Entwicklung und den Stand des ländlichen Genossenschaftswesens in Schlesien überhaupt und insbesondere über die Hauptgenossenschaft schlesischer Landwirthe und beantragt: „der Centralverein wolle das von ihm ins Leben gerufene Unternehmen der Hauptgenossenschaft schlesischer Landwirthe fernerweit unterstützen und fördern.“ Wie der Berichterstatter anführt, besitzt Schlesien 58 landwirtschaftliche Genossenschaften. Einen Hauptwendepunkt im Genossenschaftswesen bildete die Gesetzgebung im Jahre 1889 und die in Folge dessen von Landrath a. D. v. Röder angeregte und in die That umgesetzte Gründung der Hauptgenossenschaft schlesischer Landwirthe. Die Entwicklung derselben sei aber eine langsame. Sie zähle erst 484 Mitglieder mit 610 Antheilen. Der zweite Berichterstatter, Ritterschreiber Beyme-Breslau, macht Mittheilungen über die Geschäftspraxis der Hauptgenossenschaft. Dem Bestreben, den Genossen immer reine Waaren zu liefern, hätten sich durch die vielfachen Verfassungen seitens der Produzenten und Händler große Schwierigkeiten entgegengestellt. Aber schon sei die Hauptgenossenschaft von den Großhändlern gefürchtet. Es werde ferner das Bestreben der Hauptgenossenschaft sein müssen, sich gegenüber den Ringverträgen im Kohlenhandel — von den 300 Millionen Gr. in Schlesien geförderter Kohlen 180 Millionen Gr. in den Händen von nur 3 Firmen — ein Quantum von 50 Millionen Gr. Kohlen für die Landwirthschaft und ihre Industrie zu sichern. Das Geschäft der Hauptgenossenschaft habe sich so gehoben, daß im zweiten Jahre auf einen Umsatz von 2 Millionen M. zu rechnen sein werde. Nach kurzer Debatte wurde der oben mitgetheilte Antrag einstimmig angenommen. — Vom Verein Viegnitz ist der Antrag gestellt worden: das Central-Collegium wolle beschließen, den Vorstand zu ersuchen, an zuständiger Stelle nochmals dahin vorstellig zu werden, daß das Gesetz vom 23. Juni 1880, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Vieheleiden, dahin abgeändert werde, daß für die an Milzbrand gefallenen Thiere in gleicher Weise, wie für die wegen Lungenseuche geödeten Thiere von der Provinz eine Entschädigung geleistet werde. Der Berichterstatter, Departements-Thierarzt und Veterinär-Assessor Dr. Ulrich bemerkt u. A., daß nach den angestellten Ermittlungen in den letzten 10 Jahren im Regierungsbezirk Breslau 2491 Milzbrandfälle, im Regierungsbezirk Viegnitz 498 und im Regierungsbezirk Oppeln 1140, in Schlesien insgesamt 3882, durchschnittlich also 381 Milzbrandfälle im Jahre vorgekommen seien. Wenn keine Entschädigung für Milzbrandfälle gezahlt werde, würde in vielen Fällen der Ausbruch von Milzbrand verheimlicht werden. Dadurch aber würden die Ansteckungskeime wieder vermehrt. Der Berichterstatter empfiehlt deshalb die Annahme des Antrages des Vereins Viegnitz. Graf Stojch-Hartau constatirt, daß auch der Provinzial-Ausschuß derselben Anschauung sei, und empfiehlt gleichfalls Annahme des Antrages. Diefelbe erfolgt einstimmig. — Der Verein Grünberg beantragt: Das Central-Collegium wolle beschließen, dahin vorstellig zu werden, daß die Oberpräsidial-Verfügung vom 15. October 1880, betreffend die Wagentafeln, einen Zusatz, wie er in der Provinz Brandenburg durch Oberpräsidial-Verfügung vom 16. April 1879 existirt, erhalte, welcher dahin lautet: „Auf ländliches Arbeitsfuhrwerk innerhalb der Ortsgrenze findet diese Vorschrift jedoch nur dann Anwendung, wenn sie für dasselbe durch Polizei-Verordnung in Kraft gesetzt wird.“ Auf Befürwortung des Berichterstatters, Ritterschreibers Lestel-Schertendorf, wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. — Vom Verein Bunzlau ist der Antrag eingegangen: „Das Central-Collegium wolle beschließen, zuständigen Orts dahin vorstellig zu werden, daß kleinere strebsame, wenig bemittelte Landwirthe behufs Aufmunterung zur Aufzucht von Viehlandereien Geldmittel als Prämien oder Beihilfen aus Staatsfonds erhalten.“ Oberförster a. D. Engler-Breslau berechnet, daß der Umfang von aufforstungsbedürftigen Viehlandereien und von Landereien in Schlesien, welche zur Landwirthschaft sich nicht eignen und lohnen, auf 100 000 bis 135 000 Hektare zu schätzen sei. Um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, würde es Sache des landwirtschaftlichen Centralvereins sein, die Sache provisorisch in Verathung zu nehmen, das Bedürfnis der Aufforstung festzustellen und dann an die Provinzial-Verwaltung heranzutreten, oder vielleicht bald mit dieser zu verhandeln. Graf Stojch glaubt kaum, daß die Provinzial-Verwaltung diese Sache officiell werde in die Hand nehmen können. Es würden hierzu bedeutende Geldmittel nöthig sein. Die Ausgaben der Provinz seien aber ohnedies schon bedeutend gewachsen. Zudem erhielten die Einzelnen zu Veregtem Unterstützung aus dem Landesmeliorationsfonds. Gutsbesitzer Böhm, sowie Ritterschreiber Gerstein-Doberz bei Rothenburg constatiren, daß tatsächlich Prämien vom Staate gezahlt worden seien. Der Berichterstatter Engler erwidert, daß im vorigen Jahre der Minister erklärt habe, es würden keine Prämien mehr zu Anforungen kleinerer Parzellen gewährt werden, wenn sich die Besitzer nicht zu dauernder Unterhaltung der Anforstungen verpflichteten. Schließlich wurde der Antrag des Vereins Bunzlau mit Majorität angenommen. — Der Verein Groß-Strehlitz beantragt: Das Central-Collegium wolle beschließen: in Erwägung, daß Kalksäge zur Befriedigung des Bedarfs an Düngestoff für die Landwirthschaft nicht ausreicht, daß vielmehr ein großer Theil dieses Bedarfs nur durch Stückfall gedeckt werden kann, 1) bei dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten dahin vorstellig zu werden, daß für Stückfall-Entscheidungen zu Düngestoffen die gleiche Frachtermäßigung eintritt, wie sie für Kalksäge besteht, sowie dem Ausbruch der Verlehrs-Interessenten zu Berlin von dieser Vorstellig Mittheilung zu machen, mit dem Ersuchen, dieselbe unterstützen zu wollen; 2) die Centralvereine der Provinzen Posen, Pommern, West- und Ostpreußen aufzufordern, sich dieser Vorstellig anzuschließen. Nachdem Ritterschreiber Mabelung-Sacrau den Antrag begründet hatte, wurde derselbe einstimmig angenommen. — Der Verein Wilsch hat geglaubt, folgenden Antrag stellen zu müssen: das Central-Collegium wolle den Vorstand beauftragen, dahin zu wirken, daß die Polizei-Verordnung vom 9. August 1887, betreffend die Beleuchtung der Fuhrwerke auf öffentlichen Straßen bei Nachtzeit, dahin interpretirt werde, daß diese Beleuchtung in den ersten 4 Nächten vor und nach dem Vollmonde, sowie ferner nicht bei Schilten, welche mit Schellen geladent sind, vertheilt werden kann. Ritterschreiber Jüttner-Gubro kommt bei Begründung dieses Antrages zu dem modificirten Antrage: Den Vorstand zu beauftragen, im Sinne des Antrages Wilsch eine Abänderung der bezüglichen Oberpräsidial-Verfügung herbeizuführen. Nachdem Landesälteste von Donat-Schmiedow gegen diese Anträge gesprochen, weil sich die bezügliche Bestimmung praktisch bewährt, wurden dieselben von der Versammlung mit großer Mehr-

heit abgelehnt. — Amtsrath Hiescher-Ponten begründet und empfiehlt einen vom Verein Viegnitz gestellten Antrag: das Central-Collegium wolle den Vorstand ersuchen, an zuständiger Stelle dahin zu wirken, daß ländliches Gefinde bei der Vermietung mit amtlich beglaubigtem Vermietungsschein versehen sein muß. Nach kurzer Besprechung wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt. Der Präsident dankte den Referenten für ihre Arbeit. Es sei zu hoffen und zu wünschen, daß die Verhandlungen der Versammlung für die heimathliche Provinz zum Segen und Nutzen gereichen werden. Wir gehen Zeiten entgegen, von denen wir nicht wissen können, ob sie gut oder schlimm für uns sein werden. Wir können aber das volle Vertrauen zu unserem Kaiser haben, daß er das Richtige treffen wird. In diesem Sinne wollen wir unseren loyalen Willens Ausdruck geben und rufen: Se. Majestät der Kaiser lebe hoch! Die Versammlung stimmte 3 Mal begeistert in den Ruf ein: Baron von Gietzitz-Neuhaus-Kolbitz dankte dem Vorsitzenden, wie dem gesammten Vorstande für die Leitung der Geschäfte und brachte ihm ein 3 faches Hoch. Damit waren um 1 1/4 Uhr die Verhandlungen zu Ende geführt.

*** Der Schlesiens Fischerei-Verein** hielt am 28. Februar d. Js. seine erste diesjährige Hauptversammlung ab. Der Verein, der im vorigen Jahre gegründet ist, zählt bereits 156 Mitglieder. Es wurde u. A. beschlossen, in Breslau eine ständige Geschäftsstelle des Vereins einzurichten und dem Schriftführer 300 Mark hierfür zur Verfügung zu stellen. Der Antrag des letzteren, betreffend die Einrichtung von je einer Fischzuchtanstalt in Breslau, Nieder- und Oberschlesien, wurde unter Hinweis auf die finanzielle Lage des Vereins zurückgezogen. Der Director des hiesigen zoologischen Gartens bemerkte, daß in dem letzteren eine Fischbrutanstalt im kleinsten Maßstabe, wie sie etwa für Lebrzwecke ausreichen würde, wohl hergestellt werden könne. Ferner wurden 400 M. für Fischpässe und Kalleitern in der Oder und ihren Nebenflüssen bewilligt. Handelskammer-Syndikus Dr. Graß theilte betreffs der Oderregulierung mit, daß die Stromabwärtung von vornherein bei jedem Wehre Fischpässe in Aussicht genommen habe. Herr Victor Burda aus Bielefeld sprach über die Nährkraft der Leiche und Graf Fred. Frankenberg-Bilowitz über die Vertilgung der Fischottern.

s. Beendigung von Vorlesungen für Lehrer. Die seitens der städtischen Schulbehörde in dankenswerther Weise für die hiesigen Lehrer veranstalteten Vorlesungen des Professors Dr. J. Partsch über Stoffe aus der Geographie (Landesvermessung, Kartographie, Wirken der Naturkräfte an der Gestaltung der Erdoberfläche) gingen soeben zu Ende. Für Veranstaltung der Vorlesungen hatte der Vortragende aus dem ihm zur Verfügung stehenden reichen Material Sorge getragen. Am Schluß der Vorlesungen verabschiedete er sich von seinen zahlreichen Hörern (150 bis 180), in deren Namen ihm Rector Hoffmann herzlichsten Dank aussprach. — Auch von anderen Fachgelehrten beabsichtigt dem Vernehmen nach die städtische Schulbehörde solche Vorlesungen für die Lehrerschaft halten zu lassen, wofür ihr die betheiligten Kreise aufrichtig Dank wissen.

*** Glogau, 2. März.** [Das fünfundsiebenzigjährige Jubiläum des Feld-Artillerie-Regiments von Robbeleski] wurde hier am Sonnabend und Sonntag in feierlicher Weise begangen. Schon am Sonnabend traf, wie der „Niedersch. Anz.“ berichtet, eine ganze Anzahl der geladenen Gäste ein, unter ihnen der Commandeur der 5. Feld-Artillerie-Brigade, Generalmajor von Hoffbauer aus Posen, Generalmajor a. D. von Mantuffel aus Charlottenbrunn, Generalmajor a. D. Diebitz aus Sprottau und der Commandeur des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 20, Oberst Cleinow aus Posen. An den Jubiläumfeierlichkeiten nahmen ferner außer vielen früheren Regimentskameraden auch die Vertreter der Städte Glogau, Sprottau und Sagan, Oberbürgermeister Martins, Stadtverordnetenvorsteher Hoffmeister, Beigeordneter Grack und Bürgermeister Würfel, sowie Landgerichtspräsident Severin und Landrath Graf Pilati Theil. Anlässlich der Jubelfeier hatten gestern die militärischen Gebäude und Privathäuser Flaggenschmuck angelegt. — Die städtischen Körperlichkeiten von Glogau liegen dem Regiment zur Jubelfeier dreihundert Mark behufs Verwendung für die Mannschaften der hiesigen Abtheilung zu. Außerdem überreichten sie eine vom Stadtrath Hoffstein verfertigte und vom Controlleur Gösch künstlich ausgeführte Adresse. Die Communen von Sprottau und Sagan hatten den drei anderen Abtheilungen des Regiments ebenfalls Jubelgaben überwiesen. Die Reserveoffiziere des Regiments widmeten demselben eine Bronze-Büste unseres Kaisers; die inactiven Offiziere des Regiments einen kostbaren silbernen Tafelaufsatz; das Offiziercorps des 58. Regiments schenkte zwei Weinfässer, die zu einem prächtigen Zehnerkumpen paßten, welchen die Damen der Artillerie-Offiziere dem Regiment zur Jubelfeier spendeten hatten. — Eingeleitet wurden die Festlichkeiten durch ein Souper, welches am Sonnabend im Weihen Saale des Rathhauses stattfand. — Am Sonntag Vormittag war Festgottesdienst. Um 2 1/2 Uhr Nachmittags wurde vor dem unmittelbar vorher in Begleitung des Chefs des Generalstabes des V. Armee-corps, Oberst von Bülfinger, eingetroffenen commandirenden General von Seck auf der Stern-Platznadel die Parade abgehalten. Den Abschluß der Feierlichkeiten bildete ein Diner im Offiziercasino, an welchem das gesammte Offiziercorps und die geladenen Gäste theilnahmen.

s. Girschberg, 2. März. [Die Moorlager der Iserwiese] bei Schreierbau sollen fortan rationell ausbeutet werden. Theilweise finden ihre Produkte schon zur Herstellung der Moorbäder in Jämsberg Verwendung. Diese Verwendung soll weiter ausgedehnt werden und ferner sollen die Moorlager auch zur Herstellung von Prestori Verwendung finden.

s. Waldenburg, 2. März. [Städtische Angelegenheiten.] Das königliche Ober-Bergamt hat ein Gesuch der städtischen Behörde hieselbst um Erhöhung des Zuschusses aus dem Freiregelderfonds von 1000 M. auf 1500 M. abgelehnt. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte zur Gründung eines Erholungsheims in Salzbrunn für Lehrerinnen 50 M., sowie auf ein weiteres Jahr 1500 M. zur Anstellung eines Hilfslehrers am Gymnasium, da voraussichtlich im Laufe des Jahres eine Theilung der Secunda nothwendig werden wird.

F. Viegnitz, 3. März. [Stadtverordneten-Versammlung. — Städt.] In ihrer gestrigen Sitzung wählten die Stadtverordneten 15 Mitglieder einer Commission zur Vorberathung des Theaterbaues, in welche der Magistrat 7 Mitglieder abgeordnet hat. Außerdem wurden aus den zur Anlage der Rieselfelder bereits genehmigten Gesamtkosten 38 000 M. bewilligt, um einen tüchtigen Ingenieur, zwei Bauhilfen u. s. w. gewinnen und die Einzelpläne und Anschläge beginnen zu können. Die Bauzeit ist auf drei Jahre festgesetzt, so daß im Herbst 1894 die für die geundheilliche Entwicklung unserer Stadt so wichtige Anlage fertig gestellt sein wird. Der Gesamtpreis hat die landespolizeiliche Genehmigung bereits erhalten. — Wie es heißt, wird Hofprediger a. D. Stöcker demnächst hier einen Vortrag halten.

o Randslau, 2. März. [Viehmarkt.] Der heutige Viehmarkt war von Käufern und Verkäufern gut besucht. Namentlich war der Auftrieb von Pferden ein sehr großer, es wurden ziemlich belagreiche Umsätze darin erzielt. Rindvieh war gleichfalls viel aufgetrieben; Preise dafür stellten sich immer noch sehr hoch.

o Reiffe, 1. März. [Neuer Darlehens-Verein. — Vorherrschaft.] Bei Gelegenheit einer Localversammlung des schlesischen Bauernvereins in Bischofswalde hies. Kr. ist die Gründung eines Darlehenskassen-Vereins nach Raiffeisen'schem System dafelbst beschlossen worden; über 40 Personen haben ihren Beitritt angezeigt. — Aus dem Jahresbericht des Vorherrschaftsvereins zu Gr. Neuborf hies. Kr. ist zu entnehmen, daß derselbe 756 Mitglieder angehören, und daß die Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahre mit 817 210 M. balanciren; das Geschäftsguthaben 163 250,38 M., die Gesamthafthumme der Mitglieder 412 000 M. betrug und das Conto-Corrent mit 153 005 Mark abschloß. Am 27. Februar Nachts verstarb hieselbst der Geistliche Rath Johannes Renelt, Curatus an der hiesigen Kreuzkirche; derselbe war am 11. Mai 1813 zu Vieitz geboren und war früher Caplan in der Dorotheenkirche in Breslau.

*** Kattowitz, 2. März.** [Das Vergnügungs-Etablissement.] „Die Reichshallen“ geht nun definitiv auf solches ein, da die Eigentümerin, eine auswärtige Hypothekenbank, beschlossen hat, den großen Saal zu Wohnräumen auszubauen. Der bekanntlich Meistler'sche Gesangsverein verliert dadurch das einzige hiesige Local, welches die große Zahl seiner Zuhörer zu fassen vermochte; doch sind, wie wir hören, bereits Vorbereitungen im Gange, um dem Vereine in dieser Richtung hin einen ausreichenden Ersatz zu bieten.

m. Myslowitz, 2. März. [Besitzeränderung. — Versteigerung.] Das Mühle'sche Hotel hieselbst ist durch Kauf in das Eigentum des

Restaurateurs Labaschinski aus Kattowitz übergegangen. Die Uebergabe erfolgt zum 1. April d. J.; der Kaufpreis beträgt 85 000 M. — An Stelle des nach Annaberg verlegten Vorsteher des hiesigen Bahnhofs, Ober-Postsekretär Dedner, tritt zum 1. April d. J. Ober-Postsekretär Frenzel aus Breslau.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 3. März. Der Reichstag hielt heute eine ziemlich kurze Sitzung ab, in welcher fast ohne Debatte die einmaligen Ausgaben der Militärverwaltung nach den Anträgen der Commission angenommen wurden. Den Neubau einer Kaserne in Glogau, welche zwei Compagnien Artillerie aus Glogau aufnehmen soll, bewilligte Abg. Sperlich, der diese Verlegung nicht wünschte. Da sie aber von den Vertretern der Militärverwaltung für nötig erklärt wurde im Interesse der Mobilmachung, so wurde auch diese Position bewilligt. Morgen kommen die Stats der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnnetzes zur Verhandlung.

79. Sitzung vom 3. März.
12 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Böttcher, von Kaltenborn, Bogel von Falkenstein.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Extraordinarium, Referent ist der Abg. Hahn. Die einmaligen Ausgaben im ordentlichen und außerordentlichen Etat betragen nach dem Vorschlag 71 303 510 M. Die Forderung von 3 355 928 M. zur Beschaffung von Patronen für das neue Gewehr, Bedarf für 1891—92, und zu den Kosten des Bedarfs an Mäntel- und Cartouchen für 1891 ist nur unerheblich ermäßigt, auf Antrag der Commission in das Ordinarium übernommen und gestern bereits bewilligt worden. Im übrigen belaufen sich die Abstriche der Commission auf etwa 3 665 000 M. Die geforderten besonderen Zulagen, die Forderung von 162 300 M. für die Erneuerung des Oberbaues der Militäreisenbahnen, Vermehrung der Betriebsmittel und Beschaffung von Werkzeugmaschinen, die geforderten Raten für den Neubau von Maschinengebäuden werden ohne Debatte bewilligt, desgl. die zweite Rate zum Neubau einer Conservenfabrik in Spandau und zum Bau und zur Ausstattung des Besatzungsamts für das 17. Armee-corps in Danzig. Unter den Forderungen für neue Kasernen und sonstige Garnisonbauten befindet sich ein Titel: Neubau einer Kaserne nebst Zubehör und Ausstattungsergänzung für ein Garde-Feldartillerie-Regiment in Potsdam. Der für dieses Regiment geplante Neubau war für Berlin geplant und die erste Rate schon 1887/88 bewilligt worden. Der Bau soll nunmehr in Potsdam erfolgen, da militärische Interessen die Verlegung eines Garde-Feldartillerie-Regiments nach dort bedingen.

Abg. Ruge (chr.) führt bei diesem Titel Klage über die Schwierigkeiten, welche die militärische Verwaltung den Communalbehörden Potsdams in den Weg lege. Namentlich bei den Verhandlungen über den Neubau der Kaserne des 1. Garde-Infanterie-Regiments sei dies in sehr unangenehmer Weise hervorgetreten. Redner bittet den Kriegsminister um Abhilfe.

Bundescommissar Oberst Erffling stellt in Abrede, daß die Militärverwaltung sich in unbefugter Weise in die kommunalen Angelegenheiten Potsdams einmische. Zu ihren Maßnahmen sei sie im militärischen oder öffentlichen Interesse vorübergehend gezwungen gewesen.

Die Forderung von 70 000 M. als erste Bauprate zum Umbau eines Commandantur-Gebäudes in der Feste Boyen wird auf Antrag der Commission ohne Debatte gestrichen.

Die Forderung von 600 000 M. zum Neubau und zur Ausstattungsergänzung von Kasernen für die Schießschulen der Feld- und Fuß-Artillerie auf dem Artillerie-Schießplatz bei Jüterbog, zweite Rate (erste Bauprate) beantragt die Commission ebenfalls zu streichen.

Die Abg. v. Frege und v. Maffow beantragen die Bewilligung von 400 000 M.

Der Referent bemerkt, daß der Commission die superrevidirten Vorschläge nicht vorgelegen haben, dieselben seien inzwischen fertiggestellt und hätten den erwähnten Antrag veranlaßt.

Abg. v. Maffow (dc.): Der Bau einer Kaserne sei um so dringlicher, als die Entfernung des Schießplatzes von der Stadt Jüterbog 5 Kilometer betrage, und es sich als unzulässig erweise, die Truppe, welche einen so schweren Dienst zu versehen habe, noch länger in der Stadt zu belassen.

Die Abg. Frick und Hinge treten den Ausführungen des Antragstellers bei.

Nachdem noch Oberst Erffling auf die besondere Dringlichkeit des Neubaus der Mannschafts-Kasernen, Ställe und Begegnungen, für welche der Antrag die Mittel bewilligen will, und darauf hingewiesen hat, daß bezüglich aller übrigen beabsichtigten Bauten der Reichstag freie Hand behalte, werden 400 000 M. bewilligt.

Zum Neubau und zur Ausstattungsergänzung einer Kaserne nebst Zubehör für die zwei Compagnien Infanterie und zum Neubau eines Wohngebäudes für die Verheiratheten von zwei Bataillonen in Magdeburg werden statt 300 000 M. für Projectbearbeitungen und zum Baubeginn nur 6000 M. für den Entwurf bewilligt. Für den Neubau eines Casernements in Glogau für die Besatzungsmannschaften einer Abtheilung fahrender Artillerie sind als erste Rate für den Entwurf 5000 M. ausgeworfen.

Abg. Sperlich beantragt, diesen Titel zu streichen. Ich kann die Bewilligung der Position nicht verantworten. Es handelt sich hier um die Verlegung zweier Compagnien Fußartillerie aus Glogau nach Glogau. In neuerer Zeit aber sind in Glogau selbst die Casernements von zwei Infanteriebataillonen frei geworden, und wenn auch einzelne von diesen nicht zur weiteren Verwendung sich eignen, so sind doch die meisten, namentlich die venetianischen Kasernen auf dem Schäferberge, in sanitärer Hinsicht und auch nach jeder anderen Richtung hin durchaus zu empfehlen, und ich bitte deshalb die Neubewilligung abzulehnen.

Oberst Erffling: Es handelt sich hier nicht um die Verhältnisse in Glogau, sondern um die in Glogau, und der Mobilmachungsplan erfordert, daß diese Artillerieabtheilung ganz in Glogau liegt. Außerdem sind die venetianischen Kasernen wohl in sanitärer Hinsicht geeignet, aber sie sind gewöhnlich, also zu Festungszwecken und nicht zu Wohnungszwecken errichtet, so daß sie als Kasernen nicht verwendet werden können.

Abg. Sperlich bittet, wenn sein Hauptantrag auf Ablehnung der Position nicht genehmigt würde, die Position zur nochmaligen Prüfung in die Commission zurückzuweisen.

Abg. von Kardorff: Die beiden Compagnien werden auf jeden Fall nach Glogau kommen. Es handelt sich um das Dislocationsrecht des Kaisers, welches wir nicht antasten. Wird für die beiden Compagnien das Casernement in Glogau nicht bewilligt, so müssen sie eben in Bürgerquartiere kommen; etwas Anderes bleibt nicht übrig.

Abg. Hinge: Nach meinen Erinnerungen kann ich allerdings die venetianischen Kasernen auf dem Schäferberg als bewohnbar empfehlen. Ja, die dort Garnisonirenden werden von den Zufassen der anderen Kasernen beneidet. Allerdings hat der Kaiser das Dislocationsrecht, aber wir haben doch das Recht der Geldbewilligung. Die Nothwendigkeit der Verlegung nach Glogau ist nicht nachgewiesen, und deshalb werden wir für den Antrag Sperlich stimmen.

Generalmajor von Fund: In erster Linie haben nicht die Glogauer Wohnungsverhältnisse den Anlaß zu der Forderung gegeben, sondern die Nothwendigkeit, daß die räumliche Trennung eines Bataillons militärisch nicht gerechtfertigt erscheint. In früherer Zeit war bei der Ausbildung der Fußartillerie die Compagnie die Truppeneinheit, nach dem neueren Reglement werden die kleineren Festungen zum großen Theil aufgehoben und es sind Zusammenziehungen in größere Festungen nötig. Aus dem Grunde ist die Verlegung von Glogau nach Glogau im militärischen Interesse dringend erforderlich. Einzelheiten über die Mobilmachungspläne kann ich nicht geben, vielleicht läßt sich an anderer Stelle nachweisen, daß auch die diese Verlegungen notwendig machen.

Abg. Sperlich (Centr.): Was ist als Festung durchaus nicht aufgegeben, und darum darf es wohl keine Artilleriegarnison behalten. In das allerhöchste Dislocationsrecht habe ich mit meinem Antrage nicht eingreifen wollen.

Oberst Erffling: Die Wohnungsverhältnisse in Glogau sind durchaus ungenügende, die Verlegung der beiden Compagnien ist schon aus diesem Grunde erforderlich.

Abg. Scipio (nl.): Wir werden für den Commissionsantrag stimmen. Durch diese geringfügige Forderung wird ja dem eigentlichen Bau garnicht präjudicirt, sondern wir werden uns darüber im nächsten Jahre in der Commission zu unterhalten haben. Aus diesem Grunde ist es auch ganz nicht nötig, die Forderung noch einmal in der Commission zu prüfen.

Der Antrag Sperlich wird abgelehnt, die Position gegen die Stimmen der anwesenden Socialdemokraten, Deutschfreisinnigen, Polen und Centrumsmitglieder bewilligt.

Gestrichen wird nach dem Antrag der Budgetcommission trotz der Vermehrung der Position durch Oberst Erffling die Forderung von 59 000 M. zum Neubau eines Bureaubaus für das Generalcommando des 8. Armee-corps in Koblenz.

Für eine Infanteriekaserne in Bremen werden statt der geforderten ersten Bauprate von 400 000 M. nur 10 000 M. für den Entwurf bewilligt; als dritte Rate für eine Cavalleriekaserne in Braunschweig statt 676 000 M. nur 645 000 M. Zum Neubau und zur Ausstattung einer Kaserne nebst Zubehör für die Artillerieverfälschung in Hannover werden als vierte Rate 200 000 M. bewilligt; zum Neubau und zur Ausstattungsergänzung einer Kaserne nebst Zubehör für ein Bataillon Infanterie in Hildesheim werden als zweite Rate (erste Bauprate) 250 000 M. bewilligt.

Für Grunderwerb und Entwurf zum Neubau einer Infanteriekaserne in Danzig sind 35 000 M. gefordert. Das Haus bewilligt nach dem Antrage der Commission nur 30 000 M.

Zum Bau eines Commandantur- und Divisionscommando-Dienstgebäudes in Graubenz werden für Grunderwerb und Entwurf 18 000 M. gefordert.

Die Commission hat die Summe nicht beanstandet, will aber die Zweckbestimmung des Titels auf ein Commandanturgebäude beschränken.

Nachdem Oberst Erffling für das bringende Bedürfnis der Unterbringung des Divisionscommandeurs in einem eigenen Dienstgebäude wegen des Mangels an geeigneten Mietshäusern in Graubenz eingetreten ist, wird die Position nach dem Commissionsantrage bewilligt.

Ohne Debatte bewilligt werden die geforderten Raten für Militär-lazarethe, u. a. in Jönswaglan, Bromberg, Krottsch, Gleiwitz. Gestrichen wird nach dem Antrage der Commission die Forderung einer letzten Rate von 150 000 M. für das Traindepot in Danzig, ebenso die Forderung von 500 000 M. zum Grunderwerb für ein Dienstgebäude der Artillerie-Prüfungs-Commission in Berlin, endlich die Forderung einer letzten Rate von 147 000 M. für eine Fachwerkkaserne für eine Compagnie Infanterie in Metz.

Im außerordentlichen Etat werden statt 300 000 M. zum Entwurf und zum Baubeginn für die Erweiterung der Artilleriekaserne zur Aufnahme der Statuierkaserne der Feldartillerie in Stettin nur 6000 M. zum Entwurf bewilligt, von der zweiten Rate von 45 000 M. für eine Artilleriekaserne in Marienwerder 25 000 M. abgezogen und nur 20 000 M. bewilligt. Von der Forderung von 10 Millionen zu Beschaffungen für artilleristische Zwecke und zur Herstellung der erforderlichen Aufbewahrungsräume wird 1 Million abgezogen.

Endlich werden statt der geforderten 1 000 000 M. als zweite Rate für eine Cavalleriekaserne in Saarburg 900 000 M. bewilligt, der Rest des außerordentlichen Etats nach dem Etatsentwurf genehmigt, desgleichen die Einnahmen des preussischen Reichsmilitärcontingents, das Extraordinarium und die Einnahmen des sächsischen und württembergischen Etats, endlich die bayerische Quote. Damit ist die zweite Beratung des Militäretats erledigt.

Schluß 2½ Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr (Etat der Reichseisenbahnen und des Reichseisenbahnnetzes).

Landtag.

* Berlin, 3. März. Im Abgeordnetenhaus begann heute die dritte Beratung des Einkommensteuergesetzes. In der Generaldebatte erklärten die meisten Redner ihr Verhältniß mit dem Gesetze, wenn sie auch manche schwere Bedenken gegen die Einzelheiten hätten. Es sind bereits eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht, so z. B. auch wegen Besteuerung der Actiengesellschaften, wo die Conservativen den früheren Beschluß der Commission wiederherstellen wollen. Anerkannt wurde von den Conservativen, daß im § 76 bezüglich der anderweitigen Regelung des Wahlrechtes eine Verfassungsänderung enthalten sei. Es ist nicht unmöglich, daß die betreffende Bestimmung noch beseitigt wird. Gegen die Vorlage wandten sich die beiden freisinnigen Abg. Richter und Richter. Letzterer legte im Einzelnen dar, wie sich nach seinen Anschauungen eine Einkommensteuerreform gestalten müßte. Er wies nach, daß die freisinnige Partei in dieser Beziehung wohl ein positives Programm habe; aber freilich in diesem Hause mit agrarischer Mehrheit finde man damit keinen Anklang. Für die Vorlage wollen er und seine Freunde keine Verantwortung übernehmen. Abg. Richter wandte sich namentlich gegen das Fehlen der Quotifizierung. Der Finanzminister Miquel wollte ein positives freisinniges Programm nicht anerkennen, weil darin keine Mehrnahmen in Aussicht genommen seien für die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Morgen beginnt die Specialberatung.

Abgeordnetenhaus. 47. Sitzung vom 3. März 1891.
11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, Herrfurth und Commissarien.
Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Einkommensteuergesetzes.

Erster Redner gegen die Vorlage ist der Abg. v. Meyer-Arnswalde. Derselbe erklärt jedoch, daß er im Allgemeinen mit der Vorlage einverstanden ist, so namentlich mit der Zusammenfassung der Einkommens-Commission und mit dem Erlaß des Steuergerichtshofes durch das Ober-Verwaltungsgericht. Bedenken hat er nur gegen die Ueberweisungsparagraphen. Die Begründung dieser Bedenken bleibt bei der großen Unruhe des Hauses auf der Journalistentribüne vollständig unverständlich.

Abg. von Jagow (conf.): Meine Fraction hält das Gesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen für gut und wird so gut wie geschlossen in der Schlussabstimmung dafür stimmen, wenn nicht in der 3. Lesung Abänderungen eintreten, die es für uns unannehmbar machen. Wir werden folgende Einzelanträge stellen; den zweiten Absatz in § 2, welcher außerhalb Preussens befindliche Anlagen, die in Preussens Agencien unterhalten, besteuern will, wollen wir gestrichen wissen, weil wir glauben, daß er zu sehr großen Schwierigkeiten Anlaß geben möchte. Ferner werden wir in § 9 die Communalsteuern nicht vom Einkommen in Abrechnung zu bringen beantragen, weil wir, wenn dies bestehen bleibt, schwere Ungleichheiten schaffen würden. Im § 16, welcher die Besteuerung der Actiengesellschaften behandelt, werden wir die Vorschläge der Commission wiederzufahren beantragen. Die Abstimmung meiner Freunde in der zweiten Lesung, welche für den Antrag Achenbach stimmten, geschah in der Erwartung, daß man bis zur dritten Lesung eine Fassung finden würde, welche für den richtigen Gedanken eine praktische Durchführbarkeit ermöglichte. Da dies aber sich nicht ermöglichen ließ, werden wir in der dritten Lesung nicht für den Antrag Achenbach eintreten. Wir hätten noch den Wunsch, zu den Mitteln zur Eigentumsvermittlung auch die Inventarlegung gefügt zu sehen, und ganz besonders wünschten wir statt der §§ 82 bis 84 ausgesprochen zu sehen, daß die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer einfach abgeschafft wird. So wie jetzt die Ueberweisung geregelt werden soll, ist darin eine directe Gefahr für die Steuerreform enthalten. Ferner erbitten wir im § 75, der von dem Wahlrecht handelt, eine Verfassungsänderung. Man könnte derselben aus dem Wege gehen, wenn man den Absatz, welcher von der Einführung der Abtheilungslisten bei Wahlen handelt, striche. Schließlich werden wir noch beantragen, die Versicherungsprämien nicht vom stempelrechtlichen Einkommen abzuziehen. Im übrigen erscheint uns das Gesetz durchaus annehmbar; doch wünschen wir dringend, daß man keine Bestimmung darin aufnimmt, welche die Declarationspflicht thatsächlich so gut wie aufhebt.

Abg. v. Garlinski (Pol.): Wir erkennen an, daß die Vorlage eine gerechtere Vertheilung der Steuerlasten ermöglicht, wenn wir auch nicht allen einzelnen Bestimmungen zustimmen können. Für die obligatorische Selbstdeclaration können wir uns nur schwer entscheiden, aber immerhin sehen wir darin auch ein Mittel gegen eine übermäßige Einschätzung. Jedenfalls müssen wir alle Umwege vermeiden, auf welchen die Selbstdeclaration illusorisch gemacht werden könnte. Im Steuerarif sind die Sätze für die mittleren Klassen noch zu hoch. Für das Zustandekommen der Vorlage haben wir Polen in der zweiten Lesung alles Denkbare gethan. Um so bedauerlicher ist es, daß der Abg. Graf Vinburg-Strum einen Appell an die Regierung richtete, die Ausnahmestellen gegen die Polen aufrecht zu erhalten. Solche Ausnahmestellen deuten immer auf eine Schwäche einer Regierung, und diese Polengesetze haben auch schon bedenkliche Folgen gehabt.

Abg. Enneccerus (nat.): Durch die zweite Lesung ist eine ganze Reihe von Verbesserungen in die Vorlage hineingekommen, wenn auch nicht bei allen Verbesserungen das Maß erreicht ist, welches wir wünschten.

In der ersten Lesung wünschten alle Parteien eine schwächere Heranziehung der mittleren Einkommen. Hierin ist auch ein Erfolg, aber ein nicht sehr großer, erzielt. Die Einkommen von 7—10 000 M. sind gegen das jetzige Gesetz immer noch in der Steuer erhöht, und diese Einkommen sind nicht so groß, daß sie neben der Erhöhung durch die Declaration auch noch eine Erhöhung im Steuerfusse ertragen können. Die Herabsetzung der beiden anderen Einkommen ist nicht bedeutend. Sie übersteigt nirgends 12 pSt. und wird die factische Erhöhung durch die Declaration nicht ausgleichen. Deshalb beantragen wir wieder eine Ermäßigung der mittleren Einkommen. In der Erhöhung des Steuerfusses auf 4 pSt. für die Einkommen über 30 000 M. erblicken Manche eine gefährliche, an das socialdemokratische Programm erinnernde Progressivsteuer. Wir sehen darin nur das Princip der Degression. Die Vorlage läßt als Normalfall klar und deutlich noch immer die 3 pSt. erkennen. Daran schließt sich nach unten die Degression, und nur bei ganz hohen Einkommen eine Progression. Bedingungslos stimme ich für die Möglichkeit der Herabsetzung der Steuer bis um 3 Stufen wegen persönlicher Verhältnisse. Ich würde sogar statt dieser Befugnis der Einkommens-Commission eine feste Regel beantragen, wenn ein solcher Antrag nicht aussichtslos wäre. Die Steuerkraft kann nur unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse der großen und kleinen Familien richtig beurtheilt werden. Wir stimmen auch dem Abzug der Lebensversicherungsprämien bis zu 600 M. zu. Der Gedanke der Capitalansammlung tritt hier gegen den Versicherungsgehalt vollständig zurück. Diese Bestimmung ist also nicht inconsequent und wir bedauern, daß die Conservativen deren Streichung beantragen. Die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden hätten wir gern noch mehr gestrichen gesehen. Da wir aber in dieser Beziehung in der zweiten Lesung so wenig Entgegenkommen seitens der Conservativen und Freisinnigen gefunden haben, stellen wir keine dahingehenden Anträge. Die Bestimmung, daß für die Landtagswahl die Dritttheilung in jedem Wahlbezirk aus in größeren, aus mehreren Wahlbezirken bestehenden Gemeinden stattfinden soll, enthält für uns eine ganz erhebliche Verschlechterung; denn sie fügt den vorhandenen Ungleichheiten des Wahlrechts noch neue, höchst schreiende Ungerechtigkeiten hinzu und ist ein Präjudiz für eine weitere Verschlechterung des Wahlrechts. Ich hoffe, daß diese Bestimmung wieder gestrichen wird. Die Beseitigung des Steuerprivilegs der Reichsunmittelbaren war in der Regierungsvorlage völlig sichergestellt, nach der zweiten Lesung bleibt dieses Privileg bestehen, wenn ein Gesetz über die Entschädigung der Reichsunmittelbaren nicht zu Stande kommt. Für die von den Conservativen beantragte Streichung des sogenannten Agenturparagraphen werden wir stimmen, weil dessen Zweck schon durch die übrigen Bestimmungen über die Actiengesellschaften erreicht wird. Alles in allem enthält die Vorlage gegenüber dem jetzigen Recht einen großen Fortschritt, und sie ist nur ein erster Schritt zu einer umfassenden Reform unseres Steuerwesens. Ein erstes weiteres Ziel ist die Ueberweisung der gesamten Grund- und Gebäudesteuer und später auch der Gewerbesteuer an die Gemeinden und dadurch die Beseitigung der Ertrags- und Realsteuern als Staatssteuern, sowie die Beseitigung der Nachtheile der jetzigen Doppelbesteuerung mit der die Verhältnisse keines einzelnen richtig berücksichtigenden Bruttoeinkommens. Damit ist eine Aufhebung der lex Huene und eine verschiedene Besteuerung des fundierten und unfundierten Einkommens zu verbinden. Aber auch die Vorlage hat an sich schon einen selbstständigen Werth, sie zieht in Folge der Declaration das wirkliche Einkommen heran und bedeutet so die Durchführung der Gerechtigkeit auf dem Gebiete des directen Steuerwesens, und wenn Gerechtigkeit die Grundlage jedes Staatswesens ist, so wird auch diese Reform die Grundlagen unseres preussischen Staatswesens verbessern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter: Der Schluß des Herrn Vorredners war oratorisch recht schön, aber doch hat nur das Vertrauen in die Zukunft ihn bezwungen können, für das Gesetz zu stimmen. Er folgt dem Motto: Wenn die Hoffnung nicht wäre, lebte ich nicht mehr. Ich habe diese Hoffnung nicht. Wenn man in einem langen parlamentarischen Leben so manche Enttäuschung, selbst berechtigter Erwartungen erlebt hat, besteht man auch bezüglich neuer Steuergesetze keine große Hoffnungslosigkeit. Der Herr Finanzminister machte mir neulich zum Vorwurf, daß ich sofort seine fälschlichen Steuerpläne kennen lernen wollte. Ich meine, wenn man in einem Gesetz selbst auf künftige anderweitige Steuermaßregeln verweist, müßten die Grundzüge einer solchen Reform viel deutlicher hervortreten, als es geschehen ist. Daß wir nicht bloß negativen, sondern auch ein positives Programm haben, lehrt ein Blick auf die Gesamtheit der von uns gestellten Anträge. Auch ein nach diesen Anträgen verändertes Gesetz wäre sehr wohl ausführbar. Die Doppelbesteuerung der Gesellschaften halten wir nach wie vor für eine Ungerechtigkeit. Auch eine Verwendung des aus dem Gesetz hervorgehenden Plus zur Ueberweisung an die Communalverbände halten wir für keine Steuerentlastung. Unsere Anträge zum Steuerarif rechtfertigen sich von selbst. Der Abg. Enneccerus hat selbst zugegeben, daß die Sätze für die Mittelklassen große Härten in sich schließen. Ferner müßte der Steuerarif so eingerichtet werden, daß er ohne weiteres auch für die Gemeinden paßt. Die Bestimmung über die Steuerbefreiung der Reichsunmittelbaren ist durch die Hilfe des Centrums noch verschlimmert worden. Bezüglich der Veranlagung wünschen wir nicht zwei verschiedene Klassen von Commissionsmitgliedern, gewählt und ernannt, und man hätte auch sehr wohl davon absehen können, den Landrath zum Vorstehenden zu machen. Wäre der Tarif ein anderer, wäre ein Unterschied zwischen fundierten und unfundierten Einkommen gemacht, wäre die Veranlagungscommission so zusammengestellt, wie wir es wünschten, so hätte die Declaration für uns eine ganz andere Bedeutung. Dann wäre für mich der Zeitpunkt gekommen, mit Einzelanträgen auf eine andere Durchführung der Declaration hervorzutreten. In der gegenwärtigen Gestalt wird der Declarationszwang verschoben wirken. Die Quotifizierung haben wir beantragt, um dem Abgeordnetenhaus die Verfügung über das Plus zu erhalten und dieses dann im Interesse der Steuerzahler verwenden zu können. Dann liegt die Quotifizierung im Interesse einer soliden Finanzwirtschaft, ermöglicht die Prüfung der Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Ausgaben. Wenn sonst der Regierung mehr Geld bewilligt wurde, hat es die Volksvertretung immer für angezeigt erachtet, zur Herstellung des Gleichgewichtes eine Minderung des politischen Einflusses der Verwaltung eintreten zu lassen, dieses Gesetz enthält aber eine Erweiterung der Geldmittel und eine Verstärkung der Befugnis der Verwaltung. Das sogenannte Portemonnaie-Gesetz von 1884 soll formell nicht aufgehoben sein. Aber welche Bedeutung es heute noch hat, habe ich nicht einzeln vermuthet. Dennoch wurde früher viel Gewicht auf dieses Gesetz gelegt. Ein politisches Bedenken bleibt, obgleich ihm erhebliche Nachtheile hinzugefügt sind. Er ist heute mächtiger als ein Fürst in seinem Reich und Niemand wird gegen ihn aufkommen können. Das Wahlrecht der Wähler erster und zweiter Klasse, das plutokratische Element, erhält eine ganz bedeutende Verstärkung. Der Versuch mit der Dritttheilung der Wahlbezirke läßt sich in seinen Wirkungen gar nicht übersehen, und das Dreiklassenwahlrecht wird wahrscheinlich später noch widerstimmiger erscheinen, als bisher. Ich glaube aber nicht, daß deshalb das ganze System um so schneller aufgegeben werden wird. Es charakterisirt ferner Ihre Gesetzesarbeit, wenn Sie auf Grund einiger Stichproben zu Verfassungsänderungen schreiten. Die Unzufriedenheit, die dieses Gesetz selbst unter regierungsfreundlichen Leuten im Lande erregen soll, wird wahrscheinlich in Bodum zu suchen sein. (Heiterkeit links). Vielleicht trifft in diesem Falle die Verwaltung die größere Schuld. Die Vorgänge in Bodum kamen aber dem Herrn Finanzminister für dieses Gesetz zu flatten. Es hieß auch weiter, daß hier und dort ähnlich eingeschätzt wäre, wie in Bodum. Solche Einbrüche waren vorhergehend im Lande, als das neue Einkommensteuergesetz eingebracht wurde. Das Stichwort Declarationszwang fand ein weites Echo. Ich habe man mehr und mehr im Lande sich mit dem Gesetz beschäftigt, und auch recht ehrliche Leute haben es gethan. Es bringt die Ansicht durch, daß man aus dem Regen unter die Traufe gekommen ist. Es sind auch diejenigen höher besteuert, die es am wenigsten im Namen der ausgleichenden Gerechtigkeit erwarteten. Doch die Steuerbegeisterung will einmal ihr Opfer haben, mögen diejenigen, die dem Gesetz zustimmen, auch die Verantwortung vor dem Lande tragen.

Abg. v. Zedlitz (cr.): Aus der Rede des Herrn Richter klang nur das reine Nein wie immer heraus. Denn wenn Herr Richter eine Reihe von Voraussetzungen angeführt hat, unter denen er nicht etwa für das Gesetz stimmen würde -- so weit ist er nicht gegangen -- aber unter denen er das Gesetz nicht so energisch bekämpfen würde, so hat er eben Bedingungen gestellt, welche die Reform fundamental umfassen würden. Er will jede Reform über den ersten Schritt hinaus. Er will alle Gabeln beseitigen, welche gegen unehrliche Steuerzahler eingeführt werden sollten. Er will endlich die Durchführung einführen und damit die Stellung der Regierung zur Landesvertretung

verschieden. Dazu liegt gar kein Anlaß vor. Wir haben so schwere gesetzgeberische Aufgaben vor uns, daß es nicht richtig wäre, die Krone und die Landesvertretung in einen Kampf zu verwickeln, statt alle staatsverwaltenden Kräfte zu sammeln. Die Vorlage ist als erstes Glied einer organischen Steuerreform zu betrachten, die dem Grundziele ausgleichender Gerechtigkeit entspricht. Das Ziel der weiteren Steuerreform sieht Herr Richter nur zu deutlich vor sich. Er sieht es voraus, daß dabei eine Communalsteuerreform eintreten wird, welche die Entlastung des Grundbesitzes herbeiführt, und das scheint Herrn Richter wohl nicht unangenehm. Einige Beschlüsse der zweiten Lesung bedauern wir, namentlich in Bezug auf die Veranlagungscommission; aber das politische Mißtrauen, welches Herr Richter gegen die Landräthe ihre Pflichten ohne Ansehen der Person wahrzunehmen bereit sind. (Widerspruch links, Zustimmung rechts.) Wenn auch eine vorübergehende Mißstimmung sich erheben wird, so wird auf die Dauer doch die Erkenntniß Platz greifen, daß die Vorlage die ausgleichende Gerechtigkeit bringt.

Abg. Richter: Wenn es mit wohlthönenden Worten abgemacht wäre, dann stände es um die Vorlage brillant; aber das Volk wird sich dadurch nicht beruhigen lassen. Wenn das Gesetz nur der ausgleichenden Gerechtigkeit diene, würden wir mit Freuden zustimmen. Aber es ist an diese Reform etwas Anderes angehängt und dieses Andere ist schließlich Hauptsache. Es soll mehr Geld beschafft werden. Wenn der Vorwurf der Reaction gegen uns vor Sonnabend erhoben worden wäre, so hätte er den Schein der Originalität gehabt. Aber so macht sie auf uns gar keinen Eindruck. Wir folgen nur unserem eigenen Gewissen. Die Politik der letzten zehn Jahre hat Schiffschiff gelitten in der öffentlichen Meinung. Am 24. Februar hat Herr v. Böttich selbst noch die Quotifurung empfohlen, heute verwirft er sie und bezeichnet sie als eine Verminderung der Kronrechte. Der Freitag und Sonnabend hat diesen Meinungswechsel herbeigeführt. (Widerspruch des Herrn v. Böttich.) Hätte der Finanzminister die Quotifurung beantragt, hier wäre sie angenommen. Wenn man sagt, im Herrenhause nicht, so muß ich bemerken, was wird das Herrenhaus denn mit dieser Vorlage machen? Das wissen wir noch nicht. Es heißt aber, das Herrenhaus wolle einige kräftige Striche durch die Vorlage machen. Die Verhandlungen der zweiten Lesung haben ergeben, daß der Finanzminister die Mehreinnahmen will. Das geht mir daraus hervor, daß der Minister, selbst wenn nicht die ganze Grund- und Gebäudesteuer überwiesen wird, den überflüssigen Theil der Mehreinnahmen nicht zur Erleichterung der Einkommensteuer verwenden will. Der Finanzminister erklärt, daß niemals ernsthaft jemand eine Quotifurung verlangt habe. Die National-liberalen, zu denen ja der Finanzminister früher gehörte, haben 1873 Herrn Camphausen gegenüber die Quotifurung verlangt und die National-liberalen haben 1879, weil die Einführung beweglicher Zölle im Reichstag verweigert wurde, gegen den Zolltarif gestimmt. Wo ist Euer Programm, fragt der Finanzminister. Ein Programm ist leicht aufzustellen, aber jeder denkt sich bei den Worten etwas anderes. Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist auch kein Programm. In wen soll überwiesen werden? In die Gemeinden, Kreise oder die Provinzen? Daran liegt es eben. So lange darüber keine Aufklärung gegeben werden kann, bewilligen wir das Geld nicht, um es in den Kassen zu legen. Der frühere Einkommensteuer-Gesetzentwurf der Regierung hatte viel niedrigere Steuersätze, als die jetzige Vorlage, und trotzdem sind die Conservativen noch nicht zufrieden; sie wollen noch die Steuerfreiheit der Lebensversicherungsprämien beseitigen. In diesem Hause ist eine so große agrarische Mehrheit, daß ich kein Vertrauen zu ihr haben kann, wie Herr Enneccerus. Ich lasse den Herrn Finanzminister mit der conservativen Mehrheit allein.

Finanzminister Miquel: Ich bin kein Freund vom Hervorholen alter, in anderen Zeiten, unter anderen Umständen und zu anderen Zwecken gehaltenen Reden. Ich finde das höchst geistlos und unfruchtbar. (Sehr richtig! rechts.) Aber da Herr Richter zweimal gemeint hat, ich hätte ihm Unrecht gethan mit der Behauptung, daß früher aus von seiner Seite die Quotifurung nicht als Bedingung eines neuen Steuergesetzes hingestellt worden sei, bin ich genöthigt, den Abg. Richter vom Jahre 1873 dem Abg. Richter vom Jahre 1891 gegenüber zu stellen. (Heiterkeit.) Damals verlangte der Abg. Richter — der von 1873 — als Referent der Commission und auch persönlich nichts weiter, als die Contingentirung der Klassensteuer, während von einer Contingentirung oder gar Quotifurung der Einkommensteuer, wo das Gesetz gerade auf eine Vermehrung der Einnahmen aus der Einkommensteuer berechnet war, überhaupt nicht die Rede war. Herr Richter verlangte für die Klassensteuer nur die Contingentirung und protestirte entschieden dagegen, daß man ihm das als ein Bestreben, zur Quotifurung der Einkommensteuer zu gelangen, auslegte. (Hört! hört!) Damals also wies Herr Richter die Quotifurung als ein Schreckbild zurück, heute soll sie die unerlässliche Vorbedingung der Annahme dieser Reformgesetzgebung sein. Selbst vom Standpunkte des Abg. Richter wird aber jeder andere in dem vorliegenden Gesetz noch mehr als eine Contingentirung erblicken müssen. Nach § 84 sollen die gesamten Mehreinnahmen bis zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer der Staat soll nichts für sich behalten dürfen. Jetzt sagt Herr Richter: das beruhigt mich nicht, denn es könnte sein, daß man über das Ueberbleibsel der Ueberweisung sich später nicht verständigt. Der Fall ist aber auch in dem Gesetz vorgegeben. Wo kann eine präzisere Contingentirung getroffen werden als in diesem Gesetz! Dem Abg. Richter bin ich bis ins Einzelne gefolgt, aber ein positives Programm vermag ich nicht zu erblicken. Herr Richter hat den einen Zweck des Gesetzes, zur Beseitigung der Doppelbesteuerung und zur Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer zu gelangen, nicht bekämpft. Aber was er sonst sagte, beweist, daß er zu diesem zweiten Theil des Programms durchaus seine Zustimmung verweigert; denn er betont, Declaration wäre zwar ganz gut, aber die Declarationseinführung hänge mit dem Tarife zusammen. Welchen Zusammenhang die Einführung der Declaration mit dem Tarif hat, ist mir völlig unverständlich. Will Herr Richter bestreiten, daß der Zweck eines jeden verständigen Einkommensteuergesetzes ist, die Maßnahmen zu treffen, welche die Besteuerung des Einkommens zu einer Wahrheit machen und nicht zu einer Lüge? Darum allein handelt es sich. Der Abg. Richter sagte früher selbst, aus der Declaration werden 30 000 000 M. mehr aufkommen. Das ist ein Anerkennung der völligen Unhaltbarkeit der jetzigen Einkommensteuer. (Sehr richtig! rechts.) Wer dies anerkennt, und nicht beantragt, das Einkommensteuergesetz aufzuheben, die Einkommensteuer preiszugeben, anstatt auf Personalsteuern und Nettoeinkommen die Finanzen des Staats zu basiren und Directsteuern, zum Beispiel eine Capitalrentensteuer einzuführen, der muß dahin kommen, daß es höchste Zeit ist, das Einkommensteuergesetz nun zu einem wirksamen zu machen, Wahrheit und Gerechtigkeit in die Sache zu bringen. (Beifall rechts.) Herr Richter hat aber alles gethan, um den zweiten Act der Durchführung eines gerechten, organischen Steuersystems unmöglich zu machen, denn wenn er hier eine Degression beantragt, von der er selbst anerkennt, daß sie 10 1/2 Millionen kostet, und wenn er die gesamten Communalsteuern abzieht, welche 6 Millionen kosten, so hat er gleichzeitig dafür gesorgt, daß dann der Fall der Quotifurung nicht nothwendig ist, aber auch, daß solche Ueber-schüsse nicht entstehen können, welche zur Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer unentbehrlich sind. Ich kenne das Programm des Herrn Richter also immer noch nicht. Herr Richter erklärte die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer für ein Schlagwort, das nichts bedeute, aber gerade er beantragte in der Commission plötzlich, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer schon jetzt zu überweisen. Wo war da das Schlagwort? (Heiterkeit rechts.) Ich habe früher gesagt, daß die Unzufriedenheit im Lande wohl wesentlich in den Kreisen zu finden wäre, welche fürchten, durch die Declaration mehr zu bezahlen als bisher. Dabei bleibe ich stehen. Ich habe mich wohl gehütet, von Defraudanten zu sprechen. Ich habe gerade dargelegt, daß man einen wesentlichen Vorwurf keinem Menschen daraus machen kann, daß er, wenn er nicht zur Declaration aufgefordert wird, schweigt, wenn er falsch eingeschätzt wird, wenn er sich sagen muß, daß fast in allen Kreisen und bei seinen Nachbarn auch nicht anders eingeschätzt wird, und er sich nur eine höhere Steuer aufbürdete, während andere, die nicht so gewissenhaft sind, mit einer geringen Fortkommen. Das geltende Gesetz legalisirt gewissermaßen die Verheimlichung, es verbietet ja den Behörden, in die Verhältnisse allzu tief einzudringen. Das vorliegende Gesetz fordert zur Gewissenhaftigkeit auf, wendet sich an die Ehrlichen und erfährt die Unehrlichen. Ich bin überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl derjenigen, welche auf Ehre und Gewissen aufgefodert werden, die Wahrheit zu sagen, sich auch zur Wahrheit bekennen werden. Das ist der große Vorzug dieses Gesetzes. Mißstimmung! Ich traue Niemandem zu — ein solcher Vorwurf wäre undenkbar und unangebracht — große Gewissensfragen des staatlichen Lebens und der öffentlichen Interessen im Dienste des Gemeinwefens lediglich für Wahlzwecke zu benutzen. Wenn ich mich aber einmal auf diesen Standpunkt stelle, so werden diejenigen, welche sagen, wir wollen hier endlich eine gerechte, gleichmäßige Veranlagung sichern

und die weniger Bemittelten entlasten, wir wollen Mehreinnahmen für den Staat nicht bewilligen, sondern die Mittel, die durch die gerechtere Veranlagung aufkommen, verwenden, und die andere große Ungerechtigkeit der Doppelbesteuerung zu beseitigen, wir wollen die Gewerbesteuer endlich veranlagten nach Maßgabe der Größe des Betriebs, während die Gewerbesteuer heute wesentlich mit steigenden Procenten für die kleinen Betriebe und mit decreasing Procenten für die großen Betriebe veranlagt ist, so werden diese Männer, die so handeln und diese Verantwortlichkeit auf sich nehmen, den Gerechtigkeitssinn der Bevölkerung und die Interessen großer Klassen, die bisher gedrückt und belästigt waren, auf ihrer Seite haben. Mit diesem Programm könnte jede Partei, wenn es darauf ankäme, in die Wahl gehen. Diese ganze Steuerreform ist undurchführbar, wenn nicht eine feste Mehrheit hier und im Herrenhause sich findet, welche die großen Ideen dieser Reform erfährt, sich zu eigen macht und entschlossen ist, sie consequent durchzuführen. Diese Ueberzeugung habe ich heute gewonnen, und ich bin jetzt vollständig getrost, daß die Reform durchgeführt wird, gleichviel ob ich es selbst noch machen kann. Dieses Reformprogramm hat die Kraft in sich, und jeder Landtag und jede Regierung muß die Reform durchführen, sie kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Deshalb kommt Herr von Böttich sagen: Wir übernehmen diese Verantwortung mit ruhigem Gewissen. (Beifall rechts.)

Abg. Gneist (natl.) führt aus, daß der Staat mit fixirten Einnahmen nicht auskommen könne. Die Staatsbedürfnisse wachsen und müssen durch Mehreinnahmen gedeckt werden. Wir haben im Etat mehr als 8000 Ausgabenposten, und weil uns die Einnahmewilligung fehlt, sind wir gezwungen, auf die Prüfung der Ausgabenposten eine große Zeit zu verwenden. Die Sache läge anders, wenn das Abgeordnetenhaus ein wirkliches Einnahmewilligungsrecht hätte. Eine Verschiebung des Wahlrechts wird durch die Vorlage herbeigeführt. Aber das ist schon bei anderen Steuererlassen geschehen und rechtfertigt noch nicht, mit dieser Vorlage eine vollständige Umgestaltung des Wahlrechts zu verbinden, also etwa das allgemeine Wahlrecht einzuführen. Denn die kleinen Wähler namentlich empfangen viel mehr von der Commune, als sie bezahlen, namentlich in dem Schulunterricht für ihre Kinder, so daß die Verschiebung des Wahlrechts dem gegenüber gar nichts bedeutet. Es sei aber überhaupt nicht zweckmäßig, politische Fragen mit einem Finanzgesetze zu verbinden. Redner wendet sich dann gegen die Erhöhung des Steuerfusses bis auf 4 pSt.

Abg. Windthorst: Gewiß soll man nicht fremde Materialien in dieses Gesetz hineinbringen, aber das Landtags- und Communalwahlrecht beruht auf den Steuern, und es müssen daher die Wahlrecht getroffen werden, welche sich aus der Reform der Steuer ergeben. Es wäre sehr angenehm gewesen, wenn der Vorredner aus dem reichen Schatze seines Wissens uns dargelegt hätte, wie das Wahlrecht anders als nach der Steuer passend geregelt werden könnte. Deshalb gehörte die Resolution! Richter für das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht wohl zu diesem Gesetze. Das Centrum hat sich auch für dessen Einführung für die Landtagswahlen ausgesprochen. Man sollte bei Zeit und mit Bedacht das thun, wozu man nachher gezwungen werden kann. Die lange verweirte Reform erzeugt die Revolution. Auch das Gemeindegewaltrecht wird durch die Vorlage verändert. Ich glaube, daß die Unhaltbarkeit des jetzigen Wahlrechts sich nach der Steuerreform noch viel eclatanter zeigen wird, so daß man über das Provisorium bald hinausgehen wird. Ich hätte eigentlich geglaubt, daß es heute nicht erforderlich wäre, heute noch Generaldebatten stattfinden zu lassen. Die Mehrzahl meiner Freunde wird auch in dritter Berathung bemüht sein, das Gesetz so zu gestalten, daß es annehmbar bleibt. Die Zustimmung zu dem Gesetz wird mir persönlich gar nicht leicht. Das Gesetz wird längere Zeit ein sehr großes Mißbehagen herbeiführen, bis es sich eingebürgert haben wird, sowohl wegen der Ueberbelastung durch die Steuer, als wegen der Plackerei, welche das Gesetz mit sich bringt. Seit Jahren ist über die Ungerechtigkeit der bestehenden Einkünftevertheilung geklagt worden. Im Reichstage ist die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer verlangt worden, ich habe mir immer gedacht, wenn die Sache wirklich angeht, dann wird es langsam gehen. Herr Richter ist dabei in die Arriergarde gerathen. Es heißt jetzt: immer langsam voran, immer langsam voran, damit der Fortschritt nachkommen kann. (Große Heiterkeit.) Nach dem ewigen Drängen nach gerechterer Veranlagung können wir nicht ungefragt zu einem Versuch der Regierung auf diesem Gebiete nein sagen. Namentlich, nachdem wir vorher die indirecten Steuern so erhöht haben, müssen wir die directen Steuern in ein besseres Verhältnis zu den indirecten Steuern bringen. Ich hoffe, daß das Werk, welches wir heute beginnen, vollständig zu Ende geführt wird. Die Ausföhrung könnte unterbleiben, wenn die Männer, welche dieses Werk begonnen haben, nicht mehr wären. Ich will das nicht hoffen, allein es wird mir vorkommen, als wenn allerlei im Werke wäre, wo ihnen recht ernste Schwierigkeiten gemacht werden. Die andere Möglichkeit wäre, daß bei uns selbst Schwierigkeiten entstehen. Das will ich nicht hoffen. Ich vertraue der Macht der Idee, ich glaube, daß die Reform durchgeführt werden wird und muß. Das Programm der Zukunft ist noch nicht so klar gegeben, wie das Volk es verlangt. Der Finanzminister und die Commission werden wohl das Ganze übersehen. (Zuruf Richters: gar nicht!) Die Götter, die nicht in diesem Himmel waren, zu denen ich auch gehöre, können die Sache nicht so klar erkennen. Ich glaube aber, daß es dem Finanzminister schwer werden würde, nicht den wahren Weg zu wählen, deshalb können wir es riskiren! (Heiterkeit.) Die Quotifurung wird nicht ausbleiben können; ich glaube, am leichtesten würde die Frage durch die Initiative der Regierung gelöst werden. Aber wenn wir eine Steuerreform haben wollen, dann müssen wir uns in unseren Anforderungen beschränken. Dann müssen wir eine gewisse Ruhe gönnen, auch uns; denn man könnte beinahe denken, es sei diesmal die Abicht gewesen, sämtliche Abgeordnete zu Tode zu gehen. (Heiterkeit.) Bei mir hat sich allerdings dieser Versuch als ein Versuch mit untauglichen Mitteln herausgestellt. (Heiterkeit.) Wir werden uns bei der weiteren Berathung sehr beschränken und werden eine Reihe von Wünschen unterdrücken, um nicht das Ganze in das Gerede zu bringen. Auch die Regierung sollte sich eine Beschränkung auferlegen. Es ist ja nicht nötig, weil der Finanzminister Miquel etwas durchbringt, daß die anderen Minister auch etwas durchbringen müssen in diesem Jahre. (Heiterkeit.) Jetzt kann es nicht mehr viel werden; denn das Frühjahr bricht glücklicher Weise herein. (Heiterkeit.) Mögen die Freunde im Lande nicht aus den ersten Unbequemlichkeiten einen Schluß ziehen darauf, daß der neue Bau ein schlechter ist.

Damit schließt die Generaldebatte. Der Beginn der Specialdebatte wird, da eine große Anzahl von Anträgen vorliegt, auf Antrag der Abgg. Windthorst, Enneccerus und von Böttich bis Mittwoch 11 Uhr verlag.

Schluß 3 Uhr.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* Berlin, 3. März. Der Kaiser hörte heute Vormittag auf dem Rückwege von seiner Spazierfahrt im Auswärtigen Amt den Vortrag des Staatssekretärs Fehren. v. Marjchall, ließ sich dann noch im Schloß die regelmäßigen Vorträge halten und empfing sodann mehrere höhere Militärs. Heute Nachmittag entspricht der Kaiser einer Einladung des Staatssekretärs v. Bötticher zur Tafel. — Zu dem morgigen Abend bei den kaiserlichen Majestäten stattfindenden musikalischen Abendunterhaltung sind über 150 Einladungen ergangen. — Die Kaiserin, sowie der Prinz Joachim erfreuen sich des besten Wohlbefindens.

Die „Post. Z.“ meldet aus London: Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erzählt, die Kaiserin Friedrich habe im Laufe eines Gesprächs mit einem seiner Freunde ihren Besuch in St. Cloud eingeräumt und hinzugefügt: Ich bedauere ungemein, daß der Besuch, den ich in der ungeschuldigsten Weise machte, den Anlaß zu so viel Aufhebens gemacht hat. Wenn ich geknnt hätte, er würde den mindesten Widerspruch oder Mißfallen verursachen, so würde ich niemals an einen Besuch in St. Cloud gedacht haben, aber wenn man in einem fremden Lande und besonders in einer Stellung sich befindet, wie ich es bin, so ist leider große Gefahr vorhanden, daß die einfachsten Handlungen mißverstanden oder falsch dargestellt werden.

Der „R.-M.“ schreibt: Bekanntlich hat der Centralverband deutscher Industrieller aus Anlaß der jetzt schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn eine Erklärung veröffentlicht, daß die deutsche Industrie keine Vortheile anstrebe, welche nur auf Kosten der Landwirtschaft erreicht werden

könnten, eine Erklärung, welcher nachträglich auch der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und mehrere ähnliche Vereine beigetreten sind. Abgesehen davon, daß die Regierung nicht auf Kosten der Landwirtschaft die Industrie bei diesem Vertrage fördern wolle, können wir auf die Vorstellung, als ob die deutsche Industrie einem Tarifvertrage mit Oesterreich abgeneigt sei und sich davon keinen Vortheil verspreche, nicht für begründet erachten. Als Beweis dafür werden die Jahresberichte der Handelskammern angeführt, in denen sich zahlreiche Klagen über die Höhe der österreichischen Einfuhrzölle befinden, von dem fast jeder Erwerbszweig betroffen werde. Mit kaum einer Ausnahme sprechen sich diese Berichte zu Gunsten von Tarifverträgen, insbesondere für einen Vertrag mit Oesterreich aus. Schließlich heißt es: Wir wollen auf die Gründe, welche den Centralverband bestimmt haben, dem Tarifvertrage gegenüber eine gewisse Gleichgültigkeit zu beobachten, nicht näher eingehen, wir begnügen uns, hervorzuheben, daß die Handelskammern die berufensten Vertreterinnen der Gesamtheit aller einzelnen Zweige der Gewerbsthätigkeit bilden, und daß man sich nach ihren Äußerungen eher ein verlässliches Urtheil über die wahre Auffassung der deutschen Industrie bilden können, als nach dieser ganz allgemein gehaltenen Erklärung des Centralverbandes und der ihm verwandten Vereine.

Der „Reichsanzeiger“ bemerkt zu den neuen Forderungen der Vertreter der Bergleute, betreffend die achtstündige Schicht und die Erhöhung des Minimallohnes: Seit dem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe vom 17. Juli v. J. haben sich die Verhältnisse keineswegs zu Gunsten der jetzigen Forderungen der Bergleute verändert. Es liegt daher kein Grund vor, von der Ablehnung der in Rede stehenden Forderungen abzugehen. Die staatliche Bergwerksverwaltung wird daher auf diesem Standpunkt beharren.

Der „R.-M.“ schreibt: Die Ergebnisse der im „R.-M.“ vom 11. v. Mts. veröffentlichten, von der Hauptbuchhalterei des Reichsschatzamts aufgestellten Nachweisungen über Production, Verfeuerung und Bestand des inländischen Brauntweins sind in den betreffenden Interessentkreisen auf Zweifel gestößen; es ist behauptet worden, daß entweder die nachgewiesene Produktionsmenge von 445 894 hl zu hoch oder der in den Lagern der Reinigungsanstalten verbliebene Bestand von 391 281 hl zu niedrig angegeben sei. Hieraus ist Veranlassung genommen worden, eine Nachprüfung der von den Steuerstellen declarirten bezüglichen Angaben in Anregung zu bringen, welche bis jetzt nur zu der Ermittlung geführt hat, daß die Menge des im Monat Januar rein hergestellten Alkohols um 28 650 hl und der am Monatschluß verbliebene Bestand an Brauntwein um 3358 hl zu hoch angegeben worden ist. Die producirte Menge würde sich hiernach auf 417 243 hl, der Lagerbestand auf 387 923 hl ermäßigen.

Das „B. Z.“ meldet aus Wilhelmshaven: Durch eine Granaten-Explosion im Artilleriedepot wurde ein Marinearbeiter getödtet und drei verwundet.

Das Bureau „Gerold“ meldet aus Bochim: Für den östlichen Theil des Dortmunder Bezirks ist der bekannte Kaiserdelegirte Schröder zum Delegirten für den Pariser Congreß gewählt.

Aus Paris meldet die „Post. Z.“: Der „Saulois“ versichert, der Papst habe den französischen Botschafter vor seiner jüngsten Reise nach Paris empfangen und ihm gesagt, er wisse, daß im Hinblick auf die nächste Papstwahl im Vatican eifrig gewühlt werde. Man wolle einen Papst, der dem Quirinal angenehm und dem Dreibünde günstig sei. Der Botschafter möge dies in Paris wiederlegen, damit die französische Regierung die Zeitungen scharf im Auge behalte. — Der römische Berichterstatter des „Journal des Debats“ meldet, einer der obersten Beamten des Auswärtigen Amts habe ihm versichert, der Dreibündnervertrag werde von Italien wahrscheinlich nicht erneuert werden oder nur mit Änderungen, welche scharf einschneiden.

Der „R.-M.“ schreibt: Nach hier eingegangenen Meldungen haben Schiffe aus Chile, offenbar von der Congreßpartei, am 28. v. Mts. den Hafenplaz Arica in Blockadezustand erklärt.

Das „Gerold“-Bureau meldet aus Wien: Prof. Drajsche theilte mit, daß er in seiner Klinik an 2 mit Lungentuberkulose bezw. Keupfophsyphilitis behafteten Kranken Einpfrungen mit dem von Prof. Liebreich in Berlin empfohlenen kantharidinfauren Kali vorgenommen habe. Ueber die Wirkungen desselben sprach sich Prof. Drajsche sehr günstig aus.

Regierungs-Assessor Richt-Breslau wurde zum Regierungs-Rath ernannt.

* Berlin, 3. März. (Ohne Gewähr.) In der heute begonnenen Ziehung der 1. Klasse der 184. künftl. preussischen Klassen-Lotterie fielen Vormittags: 1 Gewinn von 3000 M. auf Nr. 122021, 1 Gewinn von 1500 M. auf Nr. 113361, 1 Gewinn von 500 M. auf Nr. 29621, 2 Gewinne von 300 M. auf Nr. 11527 21972. — Nachmittags: 1 Gewinn von 10 000 M. auf Nr. 8671, 1 Gewinn von 5000 M. auf Nr. 112922, 2 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 78524 7020, 2 Gewinne von 500 M. auf Nr. 28101 89261, 3 Gewinne von 300 M. auf Nr. 19234 102875 140827.

In den österreichischen Reichsrathswahlen.

Aus Wien schreibt man dem „B. Z.“: Obgleich jetzt erst der 4. Theil der Reichsrathswahlen vollzogen ist, wird das Ergebniß doch bereits als bezeichnend für die gesamten Wahlen aufgefaßt. Daß die Liberalen in Niederösterreich 4 Mandate und in Mähren 1 eingebüßt haben, fällt schwer in die Waagschale. Charakteristisch ist die vollständige Zerschmetterung der altösterreichischen Partei. Die Junggecken feierten ihren Sieg gestern Abend durch Demonstrationen, welche das Einschreiten der Polizei nothwendig machten. Niegereß Haus mußte bewacht werden.

!! Wien, 3. März. Der heutige Wahltag ist bemerkenswerth durch die Niederlage Tarts, des getreulichsten Knappen Schönereß, in den Troppauer Landgemeinden gegenüber dem gemäßigten liberalen Candidaten. In den Freudenthaler Landgemeinden wurde der Antisemit Kaiser wiedergewählt, nachdem sich derselbe von Schönereß losgesagt und den Clericalen zugewendet hatte. Schönereß' Einfluß scheint überall gebrochen zu sein.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.) Wien, 3. März. Die Landgemeinden Schlesiens wählten drei Abgeordnete. Der Antisemit Kaiser und der Pole Pater Swiezy wurden wiedergewählt, der Antisemit Tark unterlag gegen den conservativen Baron Kolsberg.

Wien, 3. März. In den Landgemeinden Krain sind die bisherigen vier nationalconservativen Vertreter, Mitglieder des Hohenwartz-Clubs, wiedergewählt. Ein Nationalconservativer wurde neugewählt. Unter den Wiedergewählten befindet sich Graf Hohenwartz.

Prag, 3. März. Die Verkündigung der jüngstgeschlichen Wahlerfolge rief lärmende Kundgebungen zu Gunsten der Junggecken hervor. Etwa 2000 Personen hatten sich vor der Redaction der „Morodni Listy“ angesammelt, doch gelang es der Polizei ohne Mühe, die Ruhe herzustellen.

Brünn, 3. März. Die 10 mährischen Landgemeinden wählten 2 Deutsche, 1 Deutschnationalen, 7 Altgecken, 1 von der Bauernpartei. Die Altgecken verloren einen Sitz an die Bauernpartei, die

Deutschen einen an die Deutschenationalen, ein Bezirk ist ausständig. Unter den Gewählten ist Minister Präz.

Leunberg, 3. März. In den Landgemeinden Salfziens wurden gewählt 20 Polen, 7 Jungmuthen, eine Stichwahl ist erforderlich. Die Polen verloren 3 Sitze; unter den gewählten Jungmuthenführern befindet sich Romanczuk.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 3. März. Dem heutigen Diner bei dem Staatssekretär v. Bötticher wohnte der Kaiser bei, welcher kurz vor 6 Uhr daselbst eintraf.

Bremen, 3. März. Bezüglich der Nachricht von einem Zusammenstoß des Lloyd-Dampfers „Spre“ mit der englischen Bark „Chili“ wird von Lloyd's in London mitgeteilt, daß ihnen davon nichts bekannt ist.

Chemnitz, 3. März. Eine von 600 beschäftigungslosen Arbeitern besuchte Versammlung beschloß, an den Stadtrath und die Amtshauptmannschaft eine Abordnung zu senden, um die Ueberweisung lohnender Arbeit zu erbitten.

Stuttgart, 3. März. Die Kammern sind auf den 10. März einberufen.

Rom, 2. März. Deputiertenkammer. Ueber die Ausführungen des Schatzmeisters Luzzatti liegen folgende ausführlichere Mittheilungen vor:

„Das im December vorigen Jahres vorbereitete Budget, das mit einem Ueberschuß von 606 000 Lire abschloß, wurde nach den letzten Vorkehrungen ein Gesamtschluß von 38 1/2 Millionen ergeben, welches größtentheils von dem beträchtlichen Ausfall der veranschlagten Einnahmen herrührt. Luzzatti erklärte, daß er im wesentlichen die Vorschläge seines Vorgängers Grimaldi und die von denselben in Aussicht genommenen Ersparungen von 9 Millionen annehme, wodurch das Deficit auf 29 1/2 Millionen ermäßigt werde; er überreichte nur Abänderungen zum Vorschlage, wodurch sofort weitere 36 Millionen erspart würden; von diesen kommen 10 800 000 auf das Kriegs- und 6 1/2 Millionen auf das Marinebudget. Durch diese Ersparungen werde das Verprechen, welches der Ministerpräsident Rudini in der Sitzung vom 14. v. Mts. gegeben, indem er eine Verminderung des Deficits mit Einschluß der außerordentlichen Heeresauslagen um 18 Millionen zusagte, noch übertroffen. Mit den 36 Mill. werde nicht nur das ganze auf 29 Millionen festgestellte Deficit gedeckt, sondern es bleibe noch ein Ueberschuß von 7 Millionen, welche er in Verbindung mit weiteren 3 Millionen, die aus der Reorganisation von Emissionsinstituten resultiren, verwenden wolle, um den möglichen Ausfall von zehn Millionen bei der Einnahme aus der Consumsteuer und den Geschäftstaxen zu decken. Durch die oben erwähnte Reorganisation werde man die Privilegien der Bankinstitute erneuern und den Credit derart regeln, daß die Concurrenz, welche sich die Emissionsbanken gegenwärtig machen, aufhöre. Gleichzeitig werde eine wirksamere Ueberwachung ihrer Operationen Platz greifen. Luzzatti sprach alsdann von der Lage des Staatsbudgets. Zur Herabminderung der Schulden beabsichtige er gewisse Ersparungen und Erhöhungen der Einnahmen, die von dem früheren Cabinet vorgeschlagen worden seien, sowie eine Reform des Lotteriewesens, wodurch er einen Mehrertrag von 2 Millionen erhoffe. Ein neuer Gesetzentwurf werde die Abzüge der Beamtengehälter regeln. Die Mehreinnahmen hieraus würden sofort sich auf zwei Millionen, nach und nach auf 4 Millionen belaufen. Ein weiterer Gesetzentwurf werde die Reorganisation der Eisenbahn- und der Patrimonialtaxen ohne Mehrbelastung der Steuerzahler bezwecken. Da der Arbeitsminister die Eisenbahnausgaben pro 1891/92 um 19 Millionen herabminderen, so würden auch durch die Ausgabe einer geringeren Anzahl von Eisenbahn-Obligationen Budget und Staatscredit eine erhebliche Erleichterung erfahren. Uebrigens würden nur reichlich erwogene Eisenbahn-Projekte zur Ausführung kommen. Auf diese Art sei es dem Cabinet innerhalb weniger Tage gelungen, in den effectiven Ausgaben 36 Millionen ohne Schwächung des öffentlichen Dienstes und der Kraft von Arme und Marine, welche die Vertheiligung des Landes und dessen Stolz bilden, zu schwächen. Rechnet man dazu die Erhöhung der Einnahmen um mehr als 10 Millionen, die Herabminderung der Eisenbahnausgaben um 19 Millionen und die bereits eingeführten Ersparungen von 9 Millionen, so ergebe sich eine Besserung der Finanzlage um zusammen 74 Millionen. So werde das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, sowie die Bewegung der Capitalien gesichert. Sollten die Einnahmen weiter, als man erwarte, herabgehen, so werde man für andere Ersparungen organischer Natur sorgen; darauf abzulehnen Studien hätten in allen Dienstzweigen bereits begonnen. Man müsse entschieden decentralisiren. Er werde der Kammer dankbar sein, wenn sie noch weitere Ersparungsquellen angeben wolle.“

Rom, 3. März. Der Papst wohnte heute am Jahrestage der Krönung in der vatikanischen Capelle der von Cardinal Melchior celebrirten Messe bei. Die Cardinäle und das diplomatische Corps waren anwesend.

Paris, 3. März. Deputiertenkammer. Der Berichterstatter der Zollcommission Meline brachte den Generalbericht ein.

Paris, 3. März. Die Budgetcommission beschloß, in dem Budget für 1891 einen Credit von drei Millionen einzustellen zur Deckung des Ausfalls, welcher dadurch entsteht, daß den durch die Wintertälte heimgeführten kleinen Landleuten ein Nachlaß der Grundsteuer bewilligt wird.

Paris, 3. März. Die Blättermeldung, der deutsche Botschafter Graf Münster sei beauftragt worden, den französischen Behörden für ihre Thätigkeit zu danken, welche sie anlässlich der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich behufs Wahrung des Gastrechtes entwickelten, wird unterrichteterseits demintirt. Ebenso wird die Nachricht, die Stellung Münsters sei erschüttert, als vollständig erfunden bezeichnet. — Es verlautet, die Kammer werde sich demnächst abermals mit der Frage der Rennwetten beschäftigen, da eine große Anzahl von Deputirten, beunruhigt über die Consequenzen des Votums, betreffs des Rennwettgesetzes, eine neuerliche Berathung der Angelegenheit verlangen wolle, andererseits wird berichtet, die Regierung sei fest entschlossen, eventuell die Rennwetten aufzuheben, falls in Folge der Maßnahmen gegen die Rennwetten, welche am nächsten Sonntag in Kraft treten, Unordnungen entstehen sollten. — Der „Temps“ meldet aus Saint Etienne: 300 Bergleute der Kohlengruben Saintchamond streiken. Dasselbe Blatt meldet, in Nemours (Algier) fand gestern ein leichtes Erdbeben statt.

Paris, 3. März. Einer heute eingetroffenen Verfügung zufolge sind mit dem Orient-Expresszug Reisende mit directen Billets Paris-München von dem Passzwang befreit.

Brüssel, 3. März. Kammer. Der Ackerbauminister erklärte Angesichts der von der französischen Tariffcommission ausgearbeiteten neuen Schutzolltarife, es wäre nicht angezeigt, neue Unterhandlungen mit Frankreich anzuknüpfen, man dürfe auch nicht etwa an Repressalien denken. Der Freihandel werde vielmehr immer Gesetz in Belgien bleiben. Belgien werde anderwärts Absatz suchen, den die Verschließung des französischen Marktes ihm entziehe.

London, 3. März. Unterhaus. Stansfeld beantragte eine Resolution, wonach bei den Parlamentswahlen Niemand in mehr als einem Wahlkreise stimmberechtigt ist.

London, 2. März. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Marocco ist der dortige ägyptische Gesandte, Sir William Kirby Green am 25. v. Mts. plötzlich gestorben.

London, 3. März. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Sydney: Die nationale australische Föderations-Convention wurde gestern eröffnet. Zum Präsidenten wurde der Premier von New Südwest, Parkes, zum ersten Vicepräsidenten Samuel Griffith, Premier von Queensland, gewählt.

London, 3. März. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Buenos Aires: Der Präsident der Republik berief die Directoren der Privat-

banken zu einer Unterredung, um deren Unterstützung zur Ordnung der finanziellen Angelegenheiten zu erlangen. Die 2procentige Steuer auf Depots dürfte abgelehnt werden.

Petersburg, 3. März. Gegenüber den Blättermeldungen über einen größeren Eisenbahnunfall der Scyslau-Wjasma-Bahn wird mitgeteilt, es fand vor sechs Tagen ein unbedeutender Unfall statt, wobei jedoch Niemand verunglückte.

Belgrad, 3. März. Die Stupschina bewilligte in geheimer Sitzung mit allen gegen 10 Stimmen die Auslieferung Stanowjew's.

Washington, 3. März. Die Repräsentantenkammer genehmigte einen Gesetzentwurf, betreffend die Ueberwachung von lebenden oder geschlachteten Rindvieh und Schweinen. Nach dem Entwurf ist das für den Export bestimmte Vieh einer besonderen Untersuchung zu unterwerfen, und von gesunden Thieren herrührende Producte sind mit besonderen Kennzeichen zu versehen.

Washington, 3. März. Gatherton lehnte das Landcommissariat von Samoa ab; es ist nunmehr Henry Tede ernannt.

Newyork, 3. März. Das Journal „Sun“ veröffentlicht offizielle Mittheilungen der chilenischen Regierung. Nach diesen hätten die Insurgenten keinerlei Unterstützung gefunden, und es hätten keine Kämpfe stattgefunden. Die aufreiherrischen Schiffe drohten Iquique in Brand zu stecken, falls sie durch Regierungstruppen an der Landung verhindert würden, worauf sich die Truppen in das Innere zurückzogen, um eine Einschüchterung von Iquique zu verhindern. Die Insurgenten haben keine Geldmittel, da die Regierung den Staatszuschuß nach dem Innern gebracht hat.

Locale Nachrichten.

Breslau, 3. März.

* **Prüfung im englischen Fußbeschlag.** In der Fußbeschlaglehranstalt des landwirthschaftlichen Centralvereins für Schlesien hieselbst fand am 28. Februar d. J. die zweite diesjährige Prüfung im Fußbeschlag statt, an welcher 4 Meister und 4 Gesellen sich beteiligten, von denen drei das Prädikat „sehr gut“, einer „genügend“ und die übrigen „gut“ erhielten. — **Von der Oder.** Mit dem heutigen Tage haben wegen des bevorstehenden Eisgangs 80 Mann begonnen, am Strauchwehr und an der Werberbrücke das Eis zu zerklüften.

— **ck. — Berliner Eierbericht vom 23. Febr. bis 2. März 1891.** Bei ortsgleichem überwiegendem Angebot ist trotz der guten Bedarfsfrage die Tendenz weiter verflaut. Der Eierpreis stellte sich für normale Handelswaare auf 3,10—3,25 Mark, für ausortierte kleine Eier auf 2,65 bis 2,75 M. per Schock. Im Kleinhandel wurde per Mandel je nach Beschaffenheit der Eier 75 Pf. bis 1 Mark, vereinzelt darüber, bezahlt.

ee. **Verirrtes Kind.** Am 2. März wurde in den ersten Nachmittagsstunden ein etwa fünfjähriger Knabe angetroffen, welcher weder Namen noch Wohnung angeben vermochte. Der Knabe, welcher einstmals im Armenhause untergebracht wurde, ist blond und trägt grauen Anzug, Blüschmütze und rothe Strümpfe.

ee. **Tod durch Schlagfluß.** Im Keller eines Hauses auf der Mariannenstraße wurde ein in dem Hause wohnender pensionirter Heizer leblos aufgefunden. Ein hinzugerufener Arzt constatirte Tod infolge eines Schlagflusses.

ee. **Muthmaßlicher Diebstahl.** Zwei silberne Münzenarmbänder, die vor einigen Tagen von einem Unbekannten verkauft worden sind, wurden nunmehr vom Käufer der Polizeibehörde zur Verfügung gestellt, da sich inzwischen der Verdacht ergeben hat, daß dieselben von einem Diebstahl herrühren. Der Eigenthümer oder Personen, welche irgendwie Auskunft hierüber geben können, werden aufgefordert, sich möglichst bald auf dem Königl. Polizeipräsidium zu melden.

ee. **Diebstähle an Kindern.** Zu den zahlreichen, in letzter Zeit von uns gemeldeten Fällen, in denen Kinder von einer Frauensperson beraubt wurden, ist schon wieder ein neuer hinzugekommen. Dieses Mal war es das fünfjährige Mädchen einer Wauerstraße, welches von der Diebin an gehalten wurde. Letztere schenkte dem Kinde zwei Pfennige, damit es sich Bonbons kaufe, während sie ihm ein Körbchen und 50 Pfennig abnahm und dann das Weite suchte. Die Beschreibung der Diebin stimmt mit den früheren vollkommen überein.

ee. **Polizeiliche Nachrichten.** Gefunden: eine graue Pferdebedeckung; 8 Servietten; ein Loosungsschein; ein Pfandschein; ein Portemonnaie. — Abhanden gekommen: ein Kaufmannsfräulein auf der Moritzstraße ein Lederportemonnaie mit 53 Mark; ein Arbeiter auf der Gerberstraße ein Portemonnaie mit 6,50 Mark; ein Commis auf der Kronprinzessinnenstraße ein Portemonnaie mit circa 20 Mark. — Gestohlen: einem Droschkenfürher auf der Friedrichstraße zwei Pferdebedeckungen; einer Arbeiterin auf der Moritzstraße aus der Tasche ein carrirtes Frauenrock, in dessen Tasche sich ein Portemonnaie mit 6 Mark befand, ferner ein schwarzes Jaquet und eine blaue Rüdenschürze; einer Dame auf der Kaiser Wilhelmstraße ein schwarzleibener Regenschirm. — Verhaftet: vom 2. bis 3. d. Mts. 50 Personen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 **Breslau, 3. März.** [Landgericht. Strafkammer I. — Das Bureau Centrale vor dem Strafrichter.] Heute stand nur eine Anklagesache zur Verhandlung; dieselbe richtete sich gegen den Inhaber des Schulden-Einziehungs- und Incaßobureaus Louis Heilborn aus Breslau und gegen einen Angestellten desselben. Die Anklage lautete auf vollendete und versuchte Erpressung in 8 Fällen; bei einem dieser Fälle sollte der zweite Angeklagte Beihilfe geleistet haben. Der Antrag des Staatsanwalts lautete gegen Heilborn auf eine Gesamtstrafe von 4 Jahren 2 Monaten Gefängnis, gegen den zweiten Angeklagten auf 6 Monate Gefängnis. Das Strafkammer-Collegium erklärte nur Heilborn einer vollendeten und einer versuchten Erpressung für schuldig und erkannte auf eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis nebst 3 Jahren Ehrverlust; der zweite Angeklagte wurde freigesprochen. Mit Rücksicht auf die Höhe der Strafe erachtete der Staatsanwalt Fluchtwort für begründet und verlangte deshalb die sofortige Haftnahme des Angeklagten; es wurde auch diesem Antrag gemäß beschloffen, jedoch soll der Haftbefehl sofort wieder aufgehoben werden, wenn für den Angeklagten eine Caution in Höhe von 6000 Mark erlegt wird.

* **Breslau, 3. März.** [Landgericht. Strafkammer II. — Verurtheilung.] Der vor Kurzem bei einer anderen Gelegenheit genannte Kaufmann Oskar Hanske hatte sich gestern vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der bereits viermal vorbestraft ist, hatte im März 1890 von einem Rentier einen Wechsel zum Incaßo erhalten, den schließlich dafür erlangten Betrag jedoch nicht abgeliefert. Ferner hatte er im August v. J. eine Kellnerin durch das Versprechen, er werde sie heirathen, bewogen, ihm ihre Ersparnisse im Betrage von 300 M. zu übergeben, dieses Versprechen aber nicht gehalten. Das Urtheil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 300 Mark Geldbuße nebst 3 Jahren Ehrverlust. Wegen der Höhe der Strafe wurde der Verurtheilte sofort in Haft genommen.

Vorträge und Vereine.

— **d. Bezirksverein der inneren Stadt.** Montag, den 2. d. M., Abends 8 Uhr, hielt der Bezirksverein der inneren Stadt im Café Restaurant unter Leitung des Kaufmanns und Stadtverordneten Laßwitz seine Monatsversammlung ab. Es wurde mitgeteilt, daß das Stiftungsfest am 7. d. M. in den beiden oberen Sälen des Café Restaurant stattfinden wird, und um möglichst zahlreiche Theilnahme ersucht. Vicentia! Dionisio Hoffmann hielt hierauf den angekündigten Vortrag über „die Herrmannschlacht nach Klopstock und Kleist“. Redner ging von der Schöpfung des Herrmannentums auf der Grotenburg aus, betrachtete im Weiteren Kleists Herrmannschlacht und ging dann zu derjenigen Klopstocks über, beide Werke verglichend und trefflich charakterisirend. Der Vortrag fand eine dankbare Aufnahme.

* **Hygieneverein für Obdachlose.** In dem von dem Hygieneverein gegründeten Zufluchtsbause Höfchenstr. 52 wurden im Februar 140 Männer, 317 Frauen und 97 Kinder, zusammen 554 Personen aufgenommen, während im Januar zusammen 703 Personen Aufnahme gefunden hatten. Die Durchschnittszahl pro Tag betrug 19 Personen; die höchste Zahl war

am 4. Februar mit 24 Personen, die niedrigste Zahl am 24. Februar mit 17 Personen erreicht. In der Volksküche des Hygienevereins wurden vom 1. bis 28. Februar 32 715 Portionen Mittagessen an die Armen unentgeltlich zur Vertheilung gebracht. Der Durchschnitt pro Tag betrug 1170 Portionen. Seit dem 14. Februar beträgt die tägliche Ausgabe 1250 Portionen. Die Volksküche wird am 15. März geschlossen.

— **d. Verein schlesischer Gastwirthe zu Breslau.** In der Versammlung vom 27. Febr. erklärte sich nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten eine Anzahl Mitglieder auf Erlauchen des Vorstandes des hiesigen Frauenbildungs-Vereins bereit, für das Buffet, welches bei Gelegenheit des Jubiläums-Basars am 11., 12. und 13. März im Vincenz-Hause aufgestellt werden soll, entsprechende Beiträge zu liefern. Hotelbesitzer Wende legte sodann die Grundzüge dar, unter denen die Unfall- und Haftpflicht-Versicherungsgesellschaft zu Stuttgart die Gastwirthe und Restaurateure versichere, und knüpfte daran die Mahnung an die Vereinsmitglieder, sich im eigenen Interesse zu versichern. Der Vorsitzende, Hotelbesitzer und Stadtverordneter München, berichtete über die 5. deutsche Kochkunstausstellung. Am 6. März wird zum Besten der Unterstützungskasse des Vereins das Wintervergüngen, bestehend aus Concert, humoristischen Vorträgen und Tanz, im Breslauer Concertsaal stattfinden.

* **Der Breslauer Schwimmverein von 1885** hat am 13. d. M. nach dem Hotel „Zu den drei Bergen“ (Büttnerstraße) seine erste diesjährige Hauptversammlung einberufen, welcher die im Entwurf vorliegenden Ausschreibungen für das internationale Wettschwimmen (26. Juli und 9. August d. J.) zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Die Hauptversammlung wird gleichzeitig nach den Vorschriften der neu eingeführten allgemeinen Wettschwimm-Bestimmungen des Deutschen Schwimmverbandes den Festauschuß wählen und die Befugnisse desselben festsetzen. — Der Verein beschäftigt, auch in diesem Jahre bei günstigen Wetter- und Stromverhältnissen ein größeres gemeinsames Dauerschwimmen über eine Strecke von mindestens 15 000 Meter (2 Meilen) zu veranstalten.

* **Gabelberger Stenographen-Verein zu Breslau.** In der Hauptversammlung im vorigen Monat nahm der Verein die Wahl der Vertreter für den System-Auschuß vor, welchem die Beschlußfassung über Anträge auf System-Vervollkommnung obliegt. Die Redaction der „Stenographischen Chronik“ übernahm für Herrn H. Reil der 1. Vorsitzende Rector Heibler. Ferner wurde für die Stelle des Kassiers Herr G. Hegel neu gewählt.

ß **Bücher-Verein „Felix Bohr“.** Der Verein beging am Sonntag, 1. d. Mts., im Vereinslocal der D. Hierischen Weinhandlung sein Stiftungsfest. Bei demselben wurde das in Delfarben ausgeführte Portrait des Stifters und Leiters des Vereins entrollt. Weitere und ernste Vorträge folgten dem Festmahle und hielten die Vereinsgenossen bis lange nach Mitternacht zusammen. — Bald nach dem Osterfeste beabsichtigt der Verein im Concertsaal ein Wohlthätigkeits-Concert zu veranstalten.

Handels-Zeitung.

* **Vom rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt** schreibt man der „B. B.-Z.“ aus Dortmund: Der Verkehr des Eisenmarktes ist in langsamer Besserung begriffen und man erwartet weitere Fortschritte derselben. Die Preise sind auf verschiedenen Gebieten fester und es werden kleine Erhöhungen derselben in Aussicht genommen. Was die einzelnen Geschäftszweige betrifft, so sind heimische Eisenerze etwas weniger beachtet, insbesondere halten die Käufer noch mit Abschlüssen für das nächste Quartal zurück. In der Roheisenbranche macht sich ein etwas grösserer Bedarf bemerkbar und wenn auch im Allgemeinen nur der nächste und dringendste gedeckt wird, so kommen doch auch hin und wieder grössere Abschlüsse zu Stande. Im Siegenischen sind die früher stillgelegten Hochofen wieder in Betrieb genommen und die wenigen noch in Reparatur befindlichen sollen in kurzer Zeit wieder angeblasen werden; man scheint demnach doch wieder mit mehr Vertrauen in die Zukunft der Hochofenindustrie zu blicken. Die gegenwärtigen Roheisenpreise sind allerdings wegen der hohen Cokes-Notirungen kaum lohnend zu nennen, und man erwartet daher, dass der Rheinisch-Westfälische Roheisenverband in seiner in einigen Tagen stattfindenden Sitzung eine Erhöhung derselben beschließen wird. Im Walzwerkgeschäft dauert die regere Nachfrage der Vorwochen für Stabeisen an und es wird auch eine weitere Zunahme des Bedarfs sicher erwartet, weshalb die Süddeutsche Gruppe des Deutschen Walzwerksverbandes bereits dazu übergegangen ist, die Stabeisenpreise um 3 M. auf 133 M. pro Tonne ab Neunkirchen a. d. Saar zu erhöhen. Diesem Vorgange folgend, wird der Rheinisch-Westfälische Walzwerks-Verband die Stabeisenpreise voraussichtlich um 5 M. auf 140 M. pro Tonne frei engem Bezirk erhöhen, ebenso Winkel- und Bandeseisen. In Formeisen gehen fortwährend viele Bestellungen für Frühjahrslieferungen ein, die Preise sind indessen wegen bedeutender Lagerbestände gedrückt. Die Feinblechwalzwerke sind leidlich beschäftigt, arbeiten indessen mit Schaden. Im Grobblechgeschäft werden die Verbandsätze durch Werke, welche nicht zum Verbands gehören, stark unterboten und haben sich daher die Betriebsergebnisse dieser Branche in letzter Zeit weniger günstig gestaltet. Die Drahtwalzwerke sind nach wie vor befriedigend beschäftigt und erzielen trotz der niedrigen Preise für Draht und Drahtstifte noch einen massigen Nutzen. In den Stahlwerken herrscht anhaltend eine rege Thätigkeit für Eisenbahnmaterial, insbesondere auch in den kleineren Gussstahlwerken in Annen, Witten und Hagen und ist ihnen auch noch für längere Zeit eine solche Beschäftigung gesichert, da bedeutende Aufträge von heimischen Eisenbahnen in sicherer Aussicht stehen. Es berührt aber unangenehm, dass die Schienenpreise weiter abbrechen. Ebenso verhält es sich auch mit den Waggonfabriken, indem für dieselben belangreiche Bestellungen zu erwarten sind. In den Maschinenfabriken, Kesselschmieden und Constructions-Werkstätten hat sich das Arbeitsquantum vermindert, doch sind manche derselben flott beschäftigt. Das Kohलगeschäft ist sehr lebhaft und der Bedarf so bedeutend, dass die Zechen ihn nicht zu decken vermögen. Die Preise sind dabei fest und steigend.

* **Die Lichterfelder Gas-, Wasser- und Terrain-Gesellschaft** beschloß, die Zahlung von 120 M. Dividende per Actie vorzuschlagen, ferner 3 1/2 Mark per Actie zu zahlen und je 3 Actien zu 2 Actien à 1000 M. zusammenzulegen. Ausserdem soll über den event. Verkauf der Gasanstalt Beschluss gefasst werden.

Ausweise.

Berlin, 3. März. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichsbank vom 28. Februar.]

Activa	
1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländ. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet	873 218 000 M. + 2 801 000 M
2) Bestand an Reichs-Kassenscheinen	20 373 000 = + 16 000 =
3) Bestand an Noten und Banken	11 641 000 = + 679 000 =
4) Bestand an Wechseln	453 803 000 = + 7 751 000 =
5) Bestand an Lombardforderungen	83 758 000 = + 13 506 000 =
6) Bestand an Effecten	25 544 000 = - 830 000 =
7) Bestand an sonstigen Activen	30 284 000 = + 1 449 000 =
Passiva	
8) Grundcapital	120 000 000 M. Unverändert.
9) der Reservefonds	25 935 000 M. Unverändert.
10) der Betrag der umlaufenden Noten	922 318 000 = + 33 684 000 M.
11) die sonstigen täglichen fälligen Verbindlichkeiten	409 887 000 = - 7 514 000 =
12) die sonstigen Passiva	351 000 = - 26 000 =

Wien, 3. März. [Wochenausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 23. Februar.] (Für einen Theil der Aufträge wiederholt.)

Notenumlauf	405 600 000 Fl. + 5 275 000 Fl.
Metallschatz in Silber	244 500 000 = - 224 000 =
Metallschatz in Gold	— = —
In Gold zahlb. Wechsel	— = —
Portefeuille	137 900 000 = + 1 129 000 =
Lombard	24 100 000 = + 886 000 =
Hypotheken-Darlehen	114 800 000 = + 454 000 =
Pfandbriefe in Umlauf	108 300 000 = + 878 000 =
Steuerfr. Notenreserve	47 600 000 = + 8 357 000 =

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 23. Februar.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin. 3. März. **Neueste Handelsnachrichten.** Die „Voss. Z.“ meldet aus London: Die Kupferbestände betragen Ende Februar 59 031 T. und zeigen eine Abnahme im Monat um 1565 T. — Die „Voss. Z.“ meldet aus Wien: Infolge zahlreicher Petitionen aus Wien und der ablehnenden Haltung der Verwaltungen in der Investitionsfrage wurde die Generaldirection der Staatsbahn ermächtigt, statt am 1. Juli schon am 15. März auf der Prag-Duxer und der Dux-Bodenbacher Bahn den Gütertarif der Staatsbahn einzuführen. — Die „Voss. Ztg.“ meldet aus Pest: Die hiesige Eisenwaren-Commissionsfirma Urban und Nagel stellte ihre Zahlungen ein, die Passiva betragen über 220 000 Gulden. — Die „Voss. Ztg.“ erfährt aus Brüssel: Das Hennegauische Walzwerk Baume hat den Betrieb eingestellt, da sämtliche 750 Arbeiter infolge 10 proc. Lohnkürzung ausständig sind. — Die „Voss. Ztg.“ berichtet aus Frankfurt a. M.: Die Süddeutsche Bodencreditbank erzielte 1890 einen Bruttogewinn von 2 910 144 M.; davon entfallen auf Zinsenüberschuss 2 611 936 M., auf Provisionen 244 291 M. für Geschäftskosten gehen ab 450 806 M., für Disagio 500 000 M., für Coursverlust 92 786 M. Der Reingewinn beträgt 1 808 542 M., die Dividende 6 1/2 pCt. — Von gut unterrichteter Seite wird dem „B. T.“ zur Richtigstellung der verschiedenen Gerüchte über die Submissionsresultate bei der künftigen Eisenbahndirection Breslau Folgendes mitgeteilt: Am 21. Januar c. hat in Breslau eine Submission der kgl. Eisenbahndirection Breslau für den gesamten im Etatsjahre 1891/92 von der Oberschlesischen Bahn benötigten Eisen- und Blechbedarf stattgefunden. An der Submission beteiligten sich neben anderen nicht in Betracht kommenden Offerten eine Berliner und zwei Breslauer Grosshändlerfirmen für schlesische Werke. Der von diesen drei Werken mindest geforderte Preis betrug für Walzeisen ca. 160 M. per Tonne, ein Preis, welcher in Anbetracht des Umstandes, dass nur hochwertige Qualitätseisen in Frage kamen, einem Preise für Handelsseisen von 140 M. entspricht. Obwohl dieser Preis billiger war als der z. Z. geltende Verbandspreis, hat die Eisenbahndirection Breslau den Zuschlag zu diesem Preise nicht erteilt, vielmehr mit der Motivierung, dass in der öffentlichen Ausschreibung keine für die kgl. Verwaltung annehmbaren Preise erzielt worden seien, einen neuen Termin für Donnerstag, 5. März, ausgeschrieben. Es wird mit grösster Spannung dem Ausfall dieses Termins entgegengesehen. Der Handel in Scrips der neuen Anleihen gestaltete sich an der heutigen Börse sehr belangreich, indem sowohl aus den Provinzen als auch aus dem Auslande bedeutende Kaufordres vorlagen. Der Cours schlug in Folge dessen eine springende Richtung ein und notierte 85,90—85 1/2—86 pCt. Gleichzeitig stellte sich 4 proc. Reichsanleihe um 0,30 pCt., alte 3 proc. Consols um 0,40 pCt. und alte 3 proc. Reichsanleihe um 0,50 pCt. höher. — Wie die „Köln. Volksztg.“ mittheilt, schreibt die rumänische Staatsbahn demnächst eine öffentliche Submission auf 20 000 To. Stahlschienen aus. — Die beabsichtigte Emission der 4 1/2 proc. Prioritätsactien der Marmaroser Salzbahn in Frankfurt a. M. unterbleibt, weil das verfügbare Material durch freihändigen Verkauf untergebracht wurde. — Für die Verstaatlichung der Albrechtbahn wird ein neuer Antrag eingeleitet, welcher zugleich auf die directe Umwandlung der 4 proc. Prioritäten in Staatsactien abzielt. — Dividendenschätzungen: Ulserdorfer Werke 12, Frankfurter Waldbahn-Gesellschaft 6 1/2. — Die Einführung der Goliathschiene auf den Hauptdurchgangslinien des belgischen Eisenbahnnetzes ist beschlossene Sache. Bis jetzt sind etwa 325 Kilometer Bahnlänge damit versehen; es sollen noch auf 1264 Kilometer Strecke solche Schienen gelegt werden und man hofft binnen 8 Jahren mit der Arbeit zu Stande zu kommen. Zunächst kommt die Bahnlinie Ostende-Brüssel-Arden an die Reihe.

Berlin. 3. März. **Fondsbörse.** Nachdem die politischen Beunruhigungen aufgehört haben zu wirken und namentlich auch die Pariser Börse ruhige Haltung zeigte, konnte sich hier heute zu Beginn eine feste Haltung entwickeln, namentlich für Bankwerthe und Bahnen. Für Banken wirkten besonders Gerüchte über den recht befriedigenden Abschluss der Dresdner Bank. Bekanntlich findet morgen die entscheidende Aufsichtsraths-Sitzung statt. Auch die Bankwerthe zeigten heute eine recht günstige Disposition, insbesondere auch Scrips der neuen Anleihen, die bis 85 1/2 anzogen. Später trat aber wieder Schwäche ein, die vom Kohlenmarkt ausging und sich an den Rückgang der Harpener anschloss. Im Allgemeinen kam es fast nirgends zu lebhaften Umsätzen, es wird eben auf beiden Seiten starke Zurückhaltung beobachtet, da die Grundlage für die speculativen Operationen noch immer als eine unsichere erscheint. Am Bankenmarkt eröffneten Creditation und Commandit-Antheile höher, namentlich dann auch Dresdner Bank und internationale, letztere auf die schweizerische Verstaatlichungs-Action. Credit 174—174,10—173,70—174, Nachbörse 174,75, Commandit 209,60—209,10—210,50, Nachbörse 211, Montanwerthe rückgängig auf Breslauer Meldung über Ablehnung von Offerten seitens der Eisenbahndirection. Bochumer 138,25—136,90—139,25, Nachbörse 139,75; Dortmund 75,70—75,25—76,25, Nachbörse 76,75, Laura 128,50 bis 127,40—129,45; Nachbörse 129,40, Kohlenwerthe matt. Bahnenmarkt belebter, namentlich Schweizer Devisen, auch Franzosen, Lombarden, Duxer, Mainzer, Ostpreussen höher. Fremde Renten sehr fest, besonders Italiener, Ungarn und Russische Fonds. Russische Noten vernachlässigt; 1880er Russen 98,60—98,75—98,70, Nachbörse 98,60; Russische Noten 238—237,75—238, Nachbörse 238; 4 proc. Ungarn 92,60 bis 92,50, Nachbörse 92,60. Im weiteren Verlauf gewann wieder Festigkeit die Oberhand, namentlich am Montanmarkt. Schluss fest. Am Cassamarkt deutsche und fremde Eisenbahnen wenig verändert, Cassabanken begegneten geringem Interesse. Berg- und Hüttenwerke konnten sich theilweise erholen. Inländische Anlagewerthe gut behauptet. Oesterreichisch-ungarische Prioritäten geschäftlos. Russische wenig verändert.

Berlin. 3. März. **Productenbörse.** Die auswärtigen Nachrichten lauteten heute nicht entfernt so dünn, wie man angenommen hatte. Ueberdies ist auch das Wetter nicht börsennässig. In Folge dessen bekundete heute der Markt eine vorwiegend feste Tendenz, namentlich für alle Getreidearten. — Loco Weizen fest. Termine setzten unter dem Eindrucke der nichts weniger als klauen auswärtigen Berichte gleich höher ein und behielten eine langsam aufstrebende Richtung, namentlich für April-Mai, welche Sicht rege gefragt aber knapp angeboten war. Mit merklich besseren Coursen hat sich ein erkennbarer Deport herausgebildet, und Schluss blieb ausgesprochen fest. — Von loco Roggen ging das gute, indess weniger reichliche Angebot zu festen Preisen schlank ab. Der Terminverkehr verlief wenig reger, schwankend und doch fest. Die notierten Preisbesserungen blieben ohne Bedeutung, weil von Liban à 128 M. eif Stettin offerirt wurde und von Petersburg 5000 Tschetwert à 127 (Verladung bei erst offenem Wasser) zum Abschluss kamen. Rentabel ist das freilich nicht. — Loco Hafer schwach preishaltend. Termine 1/2—3/4 M. anziehend. — Roggenmehl 5—10 Pf. theurer. — Mais fester. — Rübböl gut behauptet, indess nicht sonderlich lebhaft. — Der Verkehr in Spiritus leidet unter der Ungewissheit über die amtlichen Irrungen.

Posen. 3. März. **Spirit.** loco ohne Fass 50er 66,60, 70er 47. — Tendenz: Still. — Wetter: Regen.

Hamburg. 3. März. 3 Uhr 30 Min. Nachm. **Kaffemarkt.** Good average Santos per März 85, per Mai 83 1/2, per September 78 1/2, per December 69 1/4. — Tendenz: Behauptet.

Hamburg. 3. März. 6 Uhr 34 Min. Abds. **Kaffemarkt.** (Telegramm von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.) Good average Santos per März 85 1/4, per Mai 83 1/4, per September 78 1/2, per December 69 1/4. — Tendenz: Ruhig.

Amsterdam. 3. März. Nachm. **Java-Kaffee** good ordinary 61 1/2. **Havre.** 3. März. 10 Uhr 30 Min. Vorm. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann Ziegler und Co.) **Kaffee.** Good average Santos per März 106, per Mai 104 1/2, per September 98,75. — Tendenz: Kaum behauptet.

Hamburg. 3. März. 7 Uhr 27 Minuten Abends. **Zuckermarkt.** (Telegramm von Arnhalt & Horschitz Gebr. in Hamburg, vertreten durch F. Meckrauer in Breslau.) März 13,75, Mai 13,72 1/2, August 13,87 1/2, Oct.-Decbr. 12,72 1/2, Januar-Februar 92 12,82 1/2. — Tendenz: Ruhig.

Paris. 3. März. Nachm. **Zuckerbörse.** Anfang Rohzucker 88 1/2 loco, loco 35,50, weisser Zucker ruhig, per März 37,62 1/2, per April 37,87 1/2, per Mai-Juni 38,50, per October-Januar 35,75.

Paris. 3. März. Nachm. **Zuckerbörse.** Schluss Rohzucker 88 1/2 loco, loco 35,50, weisser Zucker ruhig, per März 37,75, per April 37,87 1/2, per Mai-Juni 38,62 1/2, per October-Januar 35,75.

London. 3. März. **Zuckerbörse.** 98 1/2 Java-Zucker loco 15 1/2, stetig. Rüben-Rohzucker loco 13 1/2, stetig.

London. 3. März. 11 Uhr 35 Min. Vormittags. **Zuckerbörse.** Basis 88 1/2, März 13,9 1/4, April 13,9, Juni 13,10 1/2, October-December 12,9. — Ruhig.

London. 3. März. 3 Uhr 37 Min. **Zuckerbörse.** Stetig. Basis 88 1/2, per März 13,9, per April 13,8 1/4, per Juni 13,9 1/4, per October-December 12,8 1/4. Käufer.

Newyork. 2. März. **Zuckerbörse.** Fair refining muscovados 5 1/4 Doll.

Hamburg. 3. März. **Petroleum.** Ruhig Standard white loco 6,60 Br., August-December 6,95 Br.

Bremen. 3. März. **Petroleum.** (Schlussbericht.) Loco 6,50 Br. — Fest.

Antwerpen. 3. März. 2 Uhr 15 Min. Nachm. **Petroleum.** (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiss loco 16 1/4 bez. u. Br. per März 16 Br., per April 16 Br., per Mai 16 Br. Ruhig.

Amsterdam. 3. März. **Banqueingang** 20 000.

London. 3. März. 2 Uhr 8 Min. Nachm. **Kupfer, Chili bars** good ordinary brands 53 Lstr. — **Zinn** (Straits) 90 Lstr. 5 sh. — **Zink** 23 Lstr. 17 sh 6 d. — **Blot** 12 Lstr. 15 sh. — **Robinson mixed numbers** Warrants 47 sh.

Glasgow. 3. März. **Robinson.** 2. März. 3. März. (Schlussbericht.) Mixed numbers warrants. 46 Sh. 11 1/2 D. 47 Sh. — D.

Antwerpen. 2. März. **Deutscher La Plata-Kammzug.** (Original-Telegramm von Joh. Dan. Fuhrmann.) Contract b. 1. bez. per August 5,32 1/2 Frcs., per December 5,35 Frcs., 2. bez. per April 5,22 1/2 Frcs., per December 5,32 1/2 Frcs.

Leipzig. 3. März. **Kammzug-Terminmarkt.** (Original-Telegramm von Berger & Co. in Leipzig.) September 4,35 bezahlt. — Tendenz: Ruhig.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Berlin. 3. März. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Actien. Cours vom 2. 3. Tarnow. St.-Pr.-Act. 60 20 59 50

Inländische Fonds. Cours vom 2. 3. Galiz. Carl-Ludw. ult. 93 25 93 75

Gotthardt-Bahn ult. 152 70 154 — Lübeck-Büchen ... 167 — 168 —

Mainz-Ludwigshaf. 119 — 119 25 Marienburger ... 64 25 64 75

Mittelmeerbahn ... 102 — 102 40 Ostpreuss. St. Act. 88 70 89 75

Warschau-Wien ... 233 60 235 50 **Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.**

Breslau-Warschau. — 56 — **Bank-Actien.**

Bresl. Discontobank. 105 50 105 50 do. Wechselbank. 102 75 103 —

Deutsche Bank. 162 50 162 90 Disc.-Command. ult. 208 10 209 90

Oest. Cred.-Anst. ult. 173 50 174 50 Schles. Bankverein. 120 — 120 25

Industrie-Gesellschaften. Archimedes ... 122 — 122 —

Bismarckhütte ... 138 — 138 — Bochum-Gussstahl. 136 50 138 20

Brsl. Bierbr. St.-Pr. 38 70 38 50 do. Eisenb. Wagenb. 171 80 172 —

do. Pferdebaub. 137 — 137 — do. verein. Oellabr. 106 — 105 70

Donnersmarchhütte 85 90 86 25 Dortmund. Union St.-Pr. 74 90 75 90

Erdbauanst. Spinn. 91 — 91 — Flöthner Maschinenb. 112 25 111 50

Frans. Zuckerfabrik 109 75 109 75 Görl. Eis.-B. (Lüders) 170 10 170 70

Hofm. Waggonfabrik — — — Kattowitz. Bergb.-A. 125 75 126 60

Kramsta Leinen-Ind. 130 25 130 25 Laurahütte ... 128 10 128 40

Märkisch-Westfal. ... 262 20 262 20 Nobel Dyn. Tr. C. ult. 159 70 159 10

Nordd. Lloyd ult. 136 — 134 50 Obschl. Chamotte-F. 122 50 122 20

do. Eisenb.-Bed. 78 60 79 10 do. Eisen-Ind. 147 70 150 —

do. Portl.-Cem. 111 — 112 75 Oppeln. Portl.-Cem. 102 — 102 —

Redenhütte St.-Pr. 63 — 65 90 Schlesischer Cement 134 50 135 —

do. Dampf-Comp. 111 — — do. Feinverschl. — — —

do. Zinkh. St.-Act. 184 — 182 50 do. St.-Pr.-A. 184 — 182 —

Privat-Discont 2 1/4 pCt. **Berlin.** 3. März. 3 Uhr 40 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Beginn und Verlauf sehr fest auf Paris und grosse Deckungen. Scrips 86 1/4.

Cours vom 2. 3. Berl. Handelsge. ult. 156 75 158 87

Disc.-Command. ult. 208 87 211 25 Oesterr. Credit. ult. 173 50 175 —

Laurahütte ... ult. 128 50 129 37 Warschau-Wien. ult. 234 — 226 —

Harpener ... ult. 183 — 186 50 Bochumer ... ult. 137 25 139 75

Dresdner Bank. ult. 157 — 159 25 Hibernia ... ult. 183 25 188 —

Dux-Bodenbach. ult. 246 75 248 75 Geisenkirchen. ult. 168 25 170 50

Berlin. 3. März. [Schlussbericht.] **Cours vom 2. 3.**

Weizen p. 1000 Kg. Fester. April-Mai ... 204 50 205 75

Mai-Juni ... 204 50 205 25 Juni-Juli ... 204 50 205 25

Roggen p. 1000 Kg. Fester. April-Mai ... 179 — 179 75

Mai-Juni ... 176 50 176 75 Juni-Juli ... 174 50 175 —

Hafer per 1000 Kg. April-Mai ... 152 — 152 75

Mai-Juni ... 152 50 153 25 **Stettin.** 3. März. — Uhr —

Cours vom 2. 3. Weizen p. 1000 Kg. Fester.

April-Mai ... 199 — 200 — Mai-Juni ... 200 — 201 —

Roggen p. 1000 Kg. Höher. April-Mai ... 176 50 177 50

Mai-Juni ... 173 50 174 50 Petroleum loco ... 11 40 11 40

Wien. 3. März. [Schluss-Course.] Ruhig.

Cours vom 2. 3. Credit-Actien ... 306 65 306 75

St.-Eis.-A.-Cert. 245 65 246 50 Lomb. Eisenb. 130 — 130 25

Galizier ... 211 75 211 75 Napoleonsd'or. 9 14 9 12 1/2

Cours vom 2. 3. Marknoten ... 56 60 56 52

4 1/2 pCt. Goldrente 104 60 104 90 Silberrente ... 91 75 91 75

London ... 115 30 115 30 Ungar. Papierrente 100 90 101 —

Paris. 3. März. 3 1/2 pCt. Rente 95, 60. Neueste Anleihe 1877 105, 10.

Italiener 95, 10. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Egypter 44 1/2, —. Fest.

Paris. 3. März. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest

Cours vom 2. 3. aproc. Rente ... 95 50 95 65

Neue Anl. v. 1886. — — — — — 19 52 19 87

5proc. Anl. v. 1872 105 30 105 20 Türkische Loose ... 77 60 79 —

Ital. 5proc. Rente ... 94 60 95 25 do. ungar. ... 92 33 92 12

Oesterr. St.-E.-A. ... 543 75 546 25 Egypter ... 494 37 496 25

Lombard. Eisenb. A. 302 50 303 75 Compt. d'Esc. neue. 655 — 658 —

London. 3. März. Consols von 1889 96, 25. Russen Ser. II 99, 75. Egypter 98, 12. Schön.

London. 3. März. Nachm. 4 Uhr. [Schluss-Course.] Platz-discont 3 1/4. Bankeingang —, —. Tendenz: Fest.

Cours vom 2. 3. 2 1/2 pCt. Consols ... 96 05 96 03

Freussische Consols 104 — 105 — Silberrente ... 79 3/4 80 1/4

Ital. 5proc. Rente ... 93 3/4 94 3/8 Ungar. Goldr. ... 91 3/8 91 7/8

Lombarden ... 12 — 12 01 Berlin ... — — 20 55

4 1/2 pCt. Russ. II Ser. 1889 99 1/2 99 1/2 Hamburg ... — — 20 55

Silber ... — — 44 7/8 Frankfurt a. M. ... — — 20 55

Türk. Anl. convert. 19 1/4 19 1/2 Wien ... — — 11 67 1/2

Unificirte Egypter ... 98 — 98 1/2 Paris ... — — 25 46

Petersburg ... — — 27 11 *) April excl.

Frankfurt a. M. 3. März. Mittags. Credit-Actien 270, 25.

Staatsbahn 218, 12. Galizier —, —. Ung. Goldrente 92, 50. Egypter 98, 20. Laurahütte 128, 50. Fest.

Hamburg. 3. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen fest, 194—200. — Roggen ruhig, loco 178—185, russischer ruhig, loco 132—136. — Rübböl fest, loco 60. — Spiritus still, per März 35 3/4, per April-Mai 35 1/4, per Juli-August 36 1/4, per September-October 37. — Wetter: Bewölkt.

Köln. 3. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen per März 21, 10, per Mai 21, 45. Roggen per März 18, 45, per Mai 18, 40. Rübböl per Mai 61, 50, per October 63, 00. Hafer per Frühjahr 16, 00.

Paris. 3. März. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen behauptet, per März 27, 80, per April 27, 90, per Mai-Juni 27, 90, per Mai-August 27, 80. — Mehl behauptet, per März 60, 10, per April 60, 50, per Mai-Juni 60, 90, per Mai-August 61, 10. — Rübböl steigend, per März 69, —, per April 69, 75, per Mai-August 71, —, per September-December 73, —. — Spiritus behauptet, per März 39, 75, per April 40, —, per Mai-August 40, 75, per September-December 39, 75. — Wetter: Frisch.

Amsterdam. 3. März. [Schlussbericht.] Weizen loco —, per März 234, per Mai —, per November 229. Roggen loco —, per März 167, per Mai 163, per October 150.

Liverpool. 3. März. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 500 B. Träge.

Abendbörsen.

Wien. 3. März. 5 Uhr 40 Min. Abends. Oesterreichische Credit-Actien 307,85, Marknoten 56,40, 4proc. Ungar. Goldrente 105, —, Lombarden 130,50, Staatsbahn 246,85. — Fest.

Frankfurt a. M. 3. März. 7 Uhr 10 Min. Abends. Credit-Actien 271,62, Staatsbahn 218, —, Lombarden 114,25, Laura 129,80, Ungar. Goldrente 92,80, Egypter 98,45, Türkenloose 25,25, Mainzer —, —. — Fest.

Hamburg. 3. März. 8 Uhr 37 Minuten Abends. Creditactien 271,10, Franzosen 545,50, Lombarden 286,50, Lübeck-Büchen 164,20, Disconto-Gesellschaft 206,90, Deutsche Bank 159,70, Norddeutsche Bank 155,50, Laura 128,70, Packetfahrt 119,50, Anglo-Contin.-Guano-Werke 155, Rubelnoten 238. — Tendenz: Abgeschwächt.

Marktberichte.

Trautemau. 2. März. [Garnmarkt.] Der heutige Garnmarkt nahm einen befriedigenden Verlauf. Wie in der Vorwoche blieb auch heute die Nachfrage eine recht lebhaft, besonders für Rechnung des Auslandes. Der Begehr erstreckte sich über alle Nummern Linegaras und Towgarne. In Towgarne sind grössere Posten in einzelnen Nummern nicht zu haben. Als Notierungen können wohl durchschnittlich noch die der Vorwoche gemeldet werden, jedoch zeigen dieselben in feinen Linegaras sowie mittleren Towgarne anziehende Tendenz.

Vom Standesamte. 3. März.

Aufgebote:

Standesamt I. Auf, Georg, Glofermfr., jüd., Deuthen D.C., Bann, Hedwig, jüd., Albrechtsstr. 20. — Böhm, Emil, Heier, Lorenz, gaffe 4b, Kruppa, Agnes, Büttnerstr. 30. — Schottky, Rich., Redacteur an der Schles. Zeitung, Doctor der Philosophie, ev., Späth, Eise, ev., Herrenstr. 21. — Blasche, Ernst, Ruffsch, ev., Taubenschier 42, Baumgart, Ida, ev., Blücherplatz 7. — Gerhardt, Wilhelm, Schuhmacher, ev., Albrechtsstr. 30. — Koch, Ida, ev., Taubenschier 30. — Rogasch, Adolf, Schlosser, ev., Ludwigstr. 4. — Gerlach, Eilfried, ev., Schweigerstr. 4. — Minus, Emil, Kaffendier, ev., Büttnerstr. 28. — Laguna, Emilie, ev., Junferstr. 24. — Knospe, Carl, Schneider, t., Schnitzbrücke 25. — Jentich, Anna, ev., ebenda.

Standesamt II. Gerbrich, Albert, Pastor, ev., Kolzig, Friedrich, Gertrud, ev., Klosterr. 1d. — Bredberg, Arvid, Korkschneider, ev.-luth., Taubenschier 55. — Weinert, Agnes, t., Neue Taubenschier 35.

Standesamt III. Gerbrich, Albert, Pastor, ev., Kolzig, Friedrich, Gertrud, ev., Klosterr. 1d. — Bredberg, Arvid, Korkschneider, ev.-luth., Taubenschier 55. — Weinert, Agnes, t., Neue Taubenschier 35.

Standesamt I. Göring, Henriette, geb. Arens, Schuhmachervittwe, 81 J. — Rudolph, Carl, Kangleigebill, 23 J. — Reichelt, Amalie, geb. Schulz, Haushälterin, 46 J. — Peters, Hugo, Zuckerwarenfabrikant, 50 J. — Gottschalk, Carl, ehem. Drofchenbesitzer, 56 J. — Reimann, Marie, geb. Maruschke, Bahnarbeiterin, 31 J. — Fröhlich, Frieda, t. d. Restaurateurs Wilhelm, 7 W. — Möblich, Emma, t. d. Arbeiters Wilhelm, 3 W. — Viertel, Theodor, Locomotivheizer a. D., 57 J. — Rieger, Louise, geb. Kunze, Arbeiterin, 59 J. — Schär, Paul, t. d. Arb. Carl, 2 J. — Gzimer, Robert, Buchdrucker, 33 J. — Pabst, Erich, t. d. Kuchlers August, 7 W. — Standesamt II. Schuster, Maria, t. d. Kuchlers August, 4 St. — Jonsara, August, t. d. Arbeiters Gottlieb, 1/2 J. — Krüner, Susanna, geb. Fröhlich, Arbeiterin, 62 J. — Laugner, Elisabeth, t. d. Arbeiters Carl, 2 J. — Wiehle, Christiane, Dienstmädchen, 18 J. — Beck, Eisa, t. d. Kangleibanten Ambrosius, 4 W. — Standesamt III. Nowotny, Carl, t. d. Arbeiters Franz, 1 J. — Baum, Franz, Drofchenbesitzer, 60 J. — Wische, Minna, t. d. Müllers August, 12 J. — Werner, Alfons, t. d. Schuhmachers Gustav, 6 W. — Perder, Karoline, geb. Pöschel, Hospitalitin, 70 J.

Bekanntmachung.

Im Hinblick auf die am nächsten Ostertermine stattfindenden Confirmationen, durch welche sich bedürftige Eltern und Pfleger von Confirmationen vielfach veranlaßt finden, Unterstufungen zur Ausstattung der Lehrlinge im Wege der öffentlichen wie privaten Armenpflege zu erbitten, machen wir hierdurch bekannt, daß die städtische Armen-Direction Ausstattungen zur Confirmation resp. Beihilfen zu denselben grundsätzlich nur infoweit gewährt, als solche für städtische Kinder und Kinder derjenigen Familien, welche laufende Unterstufung (Almoosen) empfangen, bei ihr nachgefragt werden.



Directer Verkehr Hamburg-Breslau



wird unterhalten durch eigene Dampfer im Anschluß an den directen
eigenen Bahnumschlag in Breslau und Frankfurt a. Ober.

Elbe und Havel sind eisfrei.

Die Uebernahme von Stück- und Massengütern hat begonnen;
wegen Frachtsätzen wende man sich an das

Verkehrs-Bureau der

Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft,
Hamburg, Bräuerstraße 24,

oder an die Direction der

Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft,
Dampfschiffreederei, Breslau, Königsplatz.

Ackerbauschule zu Popelan, Kr. Rybnik.

Das Sommer-Semester beginnt am 5. April. Nähere Auskunft
und Prospekte durch
den Director **Defonomierath Dr. Strehl.**

Statt besonderer Meldung.

Die Verlobung meiner zweiten Tochter **Emma** mit dem
Rechtsanwalt Herrn **Dr. jur. Leo Moses** in Breslau be-
ehre ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Kattowitz OS., den 1. März 1891.

Rosa Fränkel,
geb. **Schirokauer.**

Meine Verlobung mit Fräulein **Emma Fränkel**, Tochter
des verstorbenen Kaufmanns **Julius Fränkel** und seiner
Frau Gemahlin **Rosa**, geb. **Schirokauer**, in Kattowitz OS.
zeige ich hierdurch ergebenst an.

Breslau, den 1. März 1891.

Dr. Leo Moses,
Rechtsanwalt.

Die Verlobung meiner ältesten Tochter **Gertrud** mit
dem Kaufmann Herrn **Philipp Biberfeld** hier beehre
ich mich hiermit ergebenst anzuzeigen.

Breslau, im März 1891,
Wallestr. 23, II.

Mathilde Aschkenasi, geb. **Fränkel.**

Gertrud Aschkenasi,
Philipp Biberfeld,
Verlobte.

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Carl Poppelauer,
Regina Poppelauer,
geb. **Baer.**

Landenberg OS., im Febr. 1891.

Emanuel Bach,
Rosa Bach,
geb. **Berl.**
Vermählte.

Kattowitz OS. [2941]

Durch die glückliche Geburt eines kräftigen Söhnchens
wurden hoch erfreut

Dietrich Epping und Frau Elisabeth,
geb. **Becker.**

Hamburg-Uhlenhorst, 2. März 1891.

Statt besonderer Meldung.
Durch die glückliche Geburt
eines kräftigen Jungen wurden
hoch erfreut

Joseph Katschinsky und
Frau Henriette, geb. **Zweig.**
Sohrau OS., 2. März 1891.

Durch die glückliche Geburt
eines prächtigen Jungen wur-
den hoch erfreut

Theodor Beck und Frau
Lina, geb. **Freund.**
Würzburg, den 2. März 1891.

Heute früh 8 1/2 Uhr verschied sanft, nach langem, schwerem
Kranklager, versehen mit den heiligen Sterbesacramenten,
unser lieber guter Vater, Schwiegervater, Grossvater und
Bruder, der Kaufmann und Gutsbesitzer

Herr Adolf Welzel

hierselbst, im 55. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt, um stilles Beileid bittend, hierdurch an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Striegau, 3. März 1891.

Beerdigung findet Freitag, den 6. März cr., Nachmittags
2 1/2 Uhr statt.

Nach schweren langen Leiden entschlief heute sanft unsere
geliebte gute Tochter, Mutter, Schwester und Schwägerin

Rosalie Rosenthal,
geb. **Muskat.**

Statt jeder besonderen Meldung zeigt dies betrübt an

Simon Muskat

im Namen der Hinterbliebenen.

Schmiegel, 2. März 1891.

Beerdigung: Donnerstag Nachmittag.

Rahmen-Fabrik von Bruno Richter

liefert elegante und einfache Einrahmungen.

Oelgemälde

zum Reinigen, Firnissen und Restauriren werden angenommen.

Kupferstiche werden sachgemäss gewaschen.

Bruno Richter, Kunsthandlung, Breslau, Schlossohle.

Breslauer Consum-Verein.

In Sachen der Etiquetts unserer Ungarweine

wollen wir zur Klarstellung der Thatsache auf diesem Wege erklären, daß
wir vor längerem Jahren bei Abschluß des Weinlieferungsvertrages, nach
Rückfrage mit dem damaligen Inhaber der Firma **Tropilowitz**
über eine größere Zahl von Etiquetts, wie solche ähnlich in den hiesigen
lithographischen Anstalten für Jedermann käuflich sind, unserm Lieferanten
dieselben Etiquetts vorgezeichnet haben, unter welchen der Flaschen-
wein zu liefern sei. Der Wechsel unserer Ungarweinfabrikanten hatte einen
Wechsel unserer Weinetiketten um so weniger zur nothwendigen Folge,
als diese in denkbar einfachster Ausführung, ohne Lieferanten-
bezeichnung und ohne in irgend welcher Weise die Rechte eines Dritten zu
verlehen, nur die in den Flaschen befindlichen Weinforten angeben.
Dies ist auf diesem Wege zur Sache unser erstes und letztes Wort.

[1016]

Die Direction.

Beim Austritt aus Concertsälen, Schauspiel- und
Opernhäusern, überhaupt aus überhitzten Localen, namentlich aber
auf dem Heimweg bei scharfen Winden, Nebeln etc. kann nicht dringender
genug empfohlen werden, 1-2 Stück **Fay's ächte Sodener Mineral-**
Pastillen im Munde zu schmelzen zu lassen. Der schädliche Einfluß des
Temperaturwechsels oder der Nachluft auf Brust und Hals wird hier-
durch abgeschwächt oder ferngehalten. Ganz besonders ist dies allen
Küstenkranken, schwächeren Personen, wie auch Jenen zu empfehlen,
die leicht zu Catarrhen neigen. **Fay's ächte Sodener Mineral-**
Pastillen findet man in allen Apotheken, Droguerien und Mineral-
wasser-Handlungen à 85 Pfg. pro Schachtel käuflich. [1001]

Eisenbahn-Directionsbezirk Breslau.
Nebenbahn Lublinitz-Serby.

Die Herstellung der Brücke über die Wiswarthe in Station 103 + 70,00
das Schlagen von Spundwänden, die Erd-, Betonierungs- und Maurer-
arbeiten umfassend, soll einschließlich Lieferung der Hölzer, des Kalkes und
des Sandes öffentlich vergeben werden. Bedingungenunterlagen und
Zeichnungen können im Amtszimmer der Bauabtheilung hier, **Kolbenberger-**
straße, eingesehen, erstere auch gegen vorherige postfreie Einzahlung von
2,00 Mark bezogen werden. Vorchriftsmäßige Angebote sind versiegelt und
mit der Aufschrift „**Wiswarthe-Brücke**“ versehen bis zum Eröffnungs-
termin am

Mittwoch, den 18. März 1891, Vormittag 11 1/2 Uhr,
postfrei einzureichen. Zeichnungen können noch nicht versandt werden.
Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Lublinitz, den 24. Februar 1891.
Der Abtheilungs-Baumeister **Barschdorff.**

Am 1. März d. J. verschied zu Gleiwitz

der Königliche Commerzienrath

Herr Wilhelm Hegenscheidt,

Mitbegründer unserer Gesellschaft und stellvertretender Vorsitzender des Aufsichts-
raths. Ein Theil unserer Werke ist von dem Verstorbenen ins Leben gerufen und
Jahrzehnte hindurch als Privatbesitz in erfolgreichster Weise selbstständig geleitet
worden.

Unsere Gesellschaft verliert in dem Dahingegangenen den eifrigsten, begab-
testen und pflichtgetreuesten Vertreter ihrer Interessen, die Mitglieder des Aufsichts-
raths und des Vorstandes den besten uneigennützigsten Freund und Collegen.

Wir werden dem Dahingegangenen stets das ehrendste Andenken bewahren.

Gleiwitz, den 2. März 1891.

[3427]

Der Aufsichtsrath und Vorstand

der Oberschlesischen Eisen-Industrie, Actien-Gesellschaft
für Bergbau und Hüttenbetrieb.

Heute Nacht verschied nach längerem Leiden, im
67. Lebensjahre

der Königliche Commerzienrath

Herr Wilhelm Hegenscheidt.

Der Verstorbene gehörte seit einigen Jahren un-
serem Stadtverordneten-Collegium als Mitglied an. In
dieser Eigenschaft hat er es verstanden, sich das volle
Vertrauen seiner Collegen, der städtischen Vertreter
zu erwerben und war eifrig bemüht, mit der ihm
eigenen Ueberlegung und Sachkenntniß das Wach-
sthum und Gedeihen unserer Stadt zu fördern zu helfen.

Die unterzeichneten städtischen Behörden werden
dem zu früh aus dem Leben Geschiedenen für alle
Zeiten eine freundliche und ehrende Erinnerung be-
wahren.

Er ruhe in Frieden!

Gleiwitz, den 2. März 1891.

[2914]

Der
Magistrat.
Kreidel.

Die
Stadtverordneten-Versammlung.
Dr. Freund.

Heute Nacht verschied nach längerem Leiden hier-
selbst der

Königliche Commerzienrath

Herr Wilhelm Hegenscheidt

im 67. Lebensjahre. Seit dem Jahre 1871 gehörte
er dem Curatorium der Königlichen Ober-Realschule
hierselbst an und hat der Entwicklung dieser An-
stalt stets sein reges Interesse bewiesen.

Wir werden ihm deshalb auch stets ein ehrendes
Andenken bewahren.

Gleiwitz, am 2. März 1891.

[2915]

Das Curatorium und das Lehrer-Collegium
der Königlichen Ober-Realschule.

gez. **Kreidel,**
Oberbürgermeister,
als Vorsitzender.

Wernicke,
Director.

Verein zur Unterstützung
jüdischer Geschäftsleute.

Gestern starb zu Reife der Rentier
Herr

Julius Friedmann.

Derselbe war langjähriges Mit-
glied unseres Vereins und werden
wir sein Andenken stets in Ehren
halten.

Breslau, den 3. März 1891.

Der Vorstand.

Beerdigung: Mittwoch Nachmittags
4 Uhr vom israelitischen Friedhofe.

Am 1. März Abends 8 1/2 Uhr
verschied sanft, nach längerem
Leiden, unsere geliebte, gute
Mutter, Grossmutter und Tante

Frau

Friederike Fränkel,
geb. **Wolf,**

im Alter von 75 Jahren. Mit
der Bitte um stilles Beileid
zeigen dies Verwandten und
Freunden hiermit an

Die trauernden Hinter-
bliebenen.

Oppeln, Pest, d. 2. März 1891.

Sonnabend, 28. Febr., Nach-
mittags 3 Uhr, verschied sanft
nach langem schweren Leiden
unsere liebe Mutter u. Schwester,
Frau

Ernesine Wechselmann,
geb. **Cohn,**

im 61. Lebensjahre. [2903]

Breslau, März 1891.

Im Namen der Hinterbliebenen

Eugen Wechselmann,
Marie Maren, geb. **Wechselmann.**



Pianinos

Berliner u. sächsischer Fabriken,
sehr preiswerth, schon von
400 Mark an, offeriren

Selinke & Sponnagel,
Breslau, Königsstr. 7,
gegenüber Riegner's Hotel

Nur beste Qualitäten!
Cocos-Läufer

und Abtreter.

Wachstuch-Läufer,
alte, gut getrocknete Waare
zu billigsten Fabrikpreisen.

Jute-Läufer
von 40 Pfennig per Meter an.

Korte & Co.,
unverändert Ring 45, I. Et.

Damen-Hüte

werden nach neuesten Modellen
elegant und rasch zu bekannt
billigen Preisen modernisirt.

M. Liebrecht,
Strohhatfabrik u. Puhgeschäft,
nur Oblauerstr. 52.

PATENTE

besorgen und verworthen

J. Brandt & G. W. v. Nawroeki

Berlin W., Friedrichstr. 78

Geschäfts- Uebernahme.

Ich habe das **G. Pohl'sche**
„**Hôtel garni**“ in Leobischitz
übernommen und empfehle dasselbe
dem reisenden Publikum einer ge-
neigten Beachtung.

Es wird mein eifrigstes Bestreben
sein, durch Verabreichung von nur
besten Speisen u. Getränken die mich
besuchenden Gäste in jeder Weise zu
befriedigen.

Leobischitz, im Februar 1891.
Hochachtungsvoll

E. Kinzer,

Hotelführer.

G. gute Namensföhrerin empf. f. d.
geehrt. Herrsch. i. H., p. Tag 75 Pf.
Off. u. G. H. 45 a. d. Gröb. d. Bresl. Ztg.

Dr. Mittelhaus'
höhere Knabenschule,

Albrechtsstr. 12, Ecke Magdalenenpl.
Anmeldungen für Ostern täglich
von 12-1 Uhr. Dr. K. Mittelhaus.

Danke & Comp., Breslau,
Erf. Bresl. Lehr.-Inst. f. dopp. Buchf.

In einer anständ. streng jüdischen
Familie findet zum 1. April ein
Knabe, der das Gymnasium besucht,
oder ein Lehrling gute Pension.
Näh. b. Fraenkel, Gräbichnerstr. 6, II.



Meine von ärztlichen Autoritäten ge-
prüften und als beste Vorbeugung gegen Rückgrats-
Verkrümmung und Enghüftigkeit empfohlenen

Geradhalter,

mit Erfolg gute Haltung erzielend, **Kinder- und**
Mädchen-Corsets, völlig druckfrei, empfehle in
größter Auswahl, sowie nach Maass in bekannt exactester
Ausführung.

A. Franz, Carlsstr. 8, Ecke Dorotheen-
strasse.

Höhere Mädchenschule u. Pensionat
Klosterstraße 86, Ecke Feldstraße.

Aufnahme neuer Schülerinnen täglich von 12-2 Uhr. [2792]

Marie Klug.

Von der Absicht geleitet, nach langjähriger Thätigkeit mich aus meinem Waarengeschäfte zurückzuziehen und deshalb die bedeutenden Bestände desselben zu verringern, veranstalte ich einen

Grossen Ausverkauf.

Derselbe bietet bei den bei mir üblichen vorzüglichen Qualitäten und den dafür angelegten aussergewöhnlich niedrigen Preisen Gelegenheit zu selten billigen Einkäufen.

Leopold Sachs,

in Firma: **Moritz Sachs**, Königl. Hoflieferant, Breslau, Ring 32.

Moritz Sachs, Königl. Hoflieferant, Breslau, Ring 32.

Großer Ausverkauf

an allen Waarenlagern.

Als besonders preiswürdig erwähnenswerth:

Elegante schwere **Seidenstoffe**,
Sämmtliche **Möblirungs-Artikel**,
Teppiche, Portièren, Gardinen u.

Fertige **Confections und Kleider**,
Günstige Gelegenheit zur Erwerbung
kostbarer **Pariser Original-Modelle**.

Die täglich eintreffenden

Neuheiten von Stoffen aller Art

befinden sich bis auf Weiteres mit in dem Ausverkauf zu entsprechend ermäßigten Preisen.

Verkauf nur gegen Baarzahlung ohne jeden Cassenrabatt.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 4. März: 22. Vorstellung im 5. Actel (weiß) und 78. Vorstellung. Zum ersten Male: „Abrahl.“ Legende in vier Aufzügen von Ferdinand Fontana. Musik von Albert Brachmann.
Donnerstag, 5. März: 22. Vorstellung im 6. Actel (rot) und 79. Vorstellung. 25jähriges Jubiläum und Benefiz des Herrn Wilh. Schauburg. „Nathan der Weise.“ Schauspiel in vier Acten von G. E. Lessing.

Lobe-Theater.

Mittwoch, Donnerstag: „Erbare Mädchen.“ Freitag: Wegen Vorbereitung geschlossen.
Sonabend: Zum ersten Male: „Der neue Herr.“ Schauspiel in 7 Vorgängen von Ernst von Wildenbruch.

Residenz-Theater.

Mittwoch, Donnerstag: „Salmi.“ Freitag: Neu einstudiert: „Lieschen und Fräulein.“ „Die schöne Galathée.“ „Am Clavier.“

Volks- u. Parodie-Theater

Mittwoch u. Donnerstag: Parodie: „Die Quinow.“ „Bäcker Ratschingerata.“

Singakademie.

Mittwoch, 11. März, Abends 7 Uhr im Concertsaal

II. Abonnement-Concert.

Matthäus - Passion

von Seb. Bach.
Soli: Fr. Emma Plüddemann (Sopran), Fr. Clara Schacht (Alt), Herr Franz Litzinger (Evangelist), Herr R. von Mölde (Jesus), Herr Prof. Herm. Kühn (Bass).
Billets zu 3, 2 u. 1 M. sind in der Schletter'schen Buchhandlung zu haben. [2798]

Singakademie.

Heute letzte Uebung zur Passion. Vertheilung der Sängerkarten.

In der neuen Synagoge sind eine Herren- u. eine Frauen-Stelle weggelassen bald zu verkaufen. Näheres Agnesstr. 11, 2. Etage.

Breslauer Orchester-Verein.

Donnerstag, den 5. März, Abends 7 1/2 Uhr, im Musiksaal der Universität: **VII. Kammermusik-Abend**

unter Mitwirkung des Herrn Prof. Dr. B. Scholz.

- 1) Sonate für Clavier und Violine (C-moll) L. v. Beethoven
- 2) Streich-Quintett (D-dur) W. A. Mozart
- 3) Trio (B-dur) Fr. Schubert

Streichquintett: die Herren Concertmeister Himmelstoss, Schnelle, Leipnitz, Backhaus und Melzer.

Der Concertflügel von Bechstein ist aus dem Magazin des Hoflieferanten Herrn Grosspietsch. [2900]

Gastbillets à 2 M. sind zu haben in der Kgl. Hof-Musikalien-, Buch- und Kunsthandlung von Julius Hainauer und an der Abendkasse.

Liebl's Etablissement. Novitäten-Abend.

Gebäude: Gymnastiker.
Crescendo-Troupe, musikalische Exercitien.
Charles Jigs mit seinem singenden Quade.
E. Nizaras, Drahtseil-Production.
Anna Andersen, Production am Pödestal.
Littke Carlsen, Tanz-Parodie.
Lucy und Lola Morro, Gesangs-Duett.
Clemens Due, humoristischer Serenadengesang und Glöckchenimitation.
Valeska Daisy, Trapez-Künstlerin.
Schwestern Andersen, Antipodenstücke.
Geschwister Nizaras, Production an den römischen Ringen. [2874]

Anfang 7 1/2 Uhr.

N. auf Wunsch v. M. verzicht. Gelegenheit, auch ein kl. Opfer br. z. können, m. m. glücklich. [3451]

Freitag, den 6. März, 7 1/2 Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse: **Concert**

von **Katharina Lange** unter Mitwirkung des Pianisten **Percy Sherwood**.

- Programm.
- 1) Arie aus Jessonda. Als um mitternächtl. liche Stunde L. Spohr.
 - 2) Sonate op. 53 B-dur Beethoven.
 - 3) a. Nachtstück op. 36 Nr. 2 Schubert.
b. Suleika's zweiter Gesang op. 31 F. Liszt.
 - 4) Mignon's Lied F. Liszt.
 - 5) a. Rhapsodie Nr. 1 H-moll J. Brahms.
b. Frau Holle F. Bendel. (Herr Percy Sherwood.)
 - 6) a. Lasst mich ruhen A. Jensen.
b. Botschaft op. 47 Nr. 1 Brahms.
c. Wie froh und frisch op. 33 Schumann.
 - 7) a. In der Nacht, aus op. 12 Chopin.
b. Nocturne E-dur op. 62 Nr. 2 Liszt.
c. Polonaise E-dur (Herr Percy Sherwood.)
 - 8) a. Reiselied P. Sherwood.
b. Ständchen M. Stange.
c. Tandaradei op. 19 d. Wüchsen mir Flügel op. 24 Nr. 2 O. Lessmann.
Die Begleitung hat Herr Kahl freundlichst übernommen. [2937]
- Der Concertflügel von Bechstein ist aus dem Magazin des Herrn Grosspietsch.
Nummerirte Sitzplätze à 3 und 2 M., Stehplätze à 1 M. in der Schletter'schen Buchhdlg., Schweidnitzerstrasse 16/18.

Sonabend, den 21. März, 8 Uhr Abends, im grossen Saale der neuen Börse: **Lieder-Abend**

von **Hermine Spies**. Eintrittskarten zu 4, 3 u. 2 M. für nummerirte Sitze, 1 M. für Stehplätze sind in der Musikalienhandlung von Julius Offhaus, Königsstr. 5, zu haben.

J. O. O. F. Morse □ 4. III. V. A. 8 1/2. [3450]

Zoologischer Garten. Heute Mittwoch: Concert. Anf. 4 Uhr.

Verein gegen Verarmung und Bettelei. Die General-Versammlung des II. Local-Verbandes, zu welcher die Mitglieder hierdurch eingeladen werden, findet **Donnerstag, den 5. März** er., Abends 8 Uhr, im „Dominicaner“ statt. Gäste sind willkommen. Um zahlreiches Erscheinen bittet Das II. Local-Comité. C. Jacob, Diakon.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst, mein vorzügliches **Eulmbacher Bier** einem geehrten Publikum zu empfehlen. Bei Entnahme von 10 Flaschen wird Engros-Preis berechnet, à 60 Heller franco Bahnhof Breslau 26 M. Hochachtungsvoll **Wilh. Hübner, Brauerei, Breslau.** [3430]

Permanente Industrie-Ausstellung Louis Seliger & Sohn, Special-Geschäft für **Flügel, Pianinos, Harmoniums**, patentirte mechanische Musikwerke und Leiern mit auswechselbaren Noten, Clavierspiel-Apparate und Oelgemälde, **Breslau, Schweidnitzerstrasse 31**, empfiehlt sich geneigter Beachtung. [3449]

Zeltgarten. Auftreten der Acrobaten-Truppe 3 Gebr. Rose, des Mr. Tschernoff mit seiner Meute dress. Hunde, der Clowns Jo-Jo u. Rufe, des Mr. Woodson, der Luftgymnastin Miss Olga, des Herrn Martin Bendix und Fräuleins Leander u. Arevalo. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf. [2871]

Tivoli. Heute Mittwoch: **Extra-Kinder-Vorstellung.** Anfang 4 Uhr. [2899] Entree 30 Pf., Reserv. 40 Pf. Kinder die Hälfte.

Religiöser Vortrag über „die Zukunft Israels im Lichte der Weissagungen der heil. Schrift“ wird **Mittwoch, den 4ten März, 8 1/2 Uhr Abends**, im grossen Saal des Tivoli (Kaiser Wilhelmstrasse) gehalten. [3375] G. Frhr. v. Richthofen. Hochzeits-Gedichte u. gefert. Z. 201 Exp. d. Bresl. B.

Stern'sches Conservatorium der Musik in Berlin S.W., Wilhelmstr. 20. Gegründet 1850. Directorin: **Jenny Meyer**. Artistischer Beirath: Prof. Rob. Radecke, Prof. Friedrich Gernsheim. Neuer Cursus: 8. April. Aufnahme - Prüfung: 6. April, Morgens 9 Uhr.

a. Conservatorium: Ausbildung in allen Fächern der Musik. b. Opernschule: Vollständige Ausbildung zur Bühne. c. Seminar: Specielle Ausbildung von Gesangs- und Clavierlehrern und Lehrerinnen. d. Chorschule, e. Vorlesungen im Institut. Hauptlehrer: Jenny Meyer (Gesang). Rob. Radecke, Gernsheim (Composition, Direction, Orgel, Chorges.). Bussler (Theorie), Prof. Ehrlich, Gernsheim, Papendiek, C. L. Wolf, Dreychock, v. d. Sandt (Clavier). Florian Zajic, badischer Kammervirtuose, Exner, Kgl. Kammer-Musiker (Cello). Programme gratis durch Unterzeichnete. [1008] **Jenny Meyer**, Sprechstunde 8-9, 2-3

Seirath.

Für m. Freunbin, e. Dame in den Dreißigern, aus e. der besten Famil. Berlins, v. angenehmen Neuzern u. gebildetem, lebenswürdig. Charakter, suche ich einen passenden Lebensgefährten. Das Vermögen beträgt 80 000 M., später noch 40 000 M. Bedingung ist, daß der Mann akademisch gebildet, von ehrenhaftem Charakter und gutem Vorleben sei und e. feste Stellung habe. Kaufleute und Offiziere ausgeschlossen. Nur ernstgemeinte Offerten, d. auf Wunsch sofort zurückgeschickt werden, finden Berücksichtigung. Name u. Photogr. erwünscht; strengste Discretion zu gesichert. Abt. H. S. 537 Berlin, Postamt 46. [1005]

Bekanntmachung. Die Firma **H. Seifert** Nr. 443 unseres Firmen-Registers ist gelöscht. Oppeln, den 26. Februar 1891. Königlich Amts-Gericht. [2919]

Bekanntmachung. In unser Firmenregister ist heute unter Nr. 164 die Firma **Robert Krusche** mit dem Sitz zu Bunzlau und als deren Inhaber der Kaufmann **Robert Krusche** zu Bunzlau eingetragen worden. [2920] Bunzlau, den 25. Februar 1891. Königlich Amts-Gericht.

Bekanntmachung. Bei Nr. 14 unseres Gesellschaftsregisters ist heute in Colonne 4 Nachfolgendes eingetragen worden: Durch Vertrag vom 30. December 1890 ist das Handelsgechäft auf den Mitgesellschafter **William Selbig** übergegangen, welcher daselbe unter der bisherigen Firma **W. Helbig** fortführt. [2922] Demnach ist unter Nr. 163 Firmenregisters die Firma **W. Helbig** mit dem Sitz zu Bunzlau und als deren Inhaber der Kaufmann **William Selbig** zu Bunzlau eingetragen worden. Bunzlau, den 18. Februar 1891. Königlich Amts-Gericht.

Bekanntmachung. Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 206 eingetragene Firma **L. Blumenthal** ist gelöscht. Königsbütte, den 26. Febr. 1891. Königlich Amts-Gericht. [2917]

